CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 Nr. 45 Jahrgang 5 Juni '88 3.00 DM

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

001

7

Pfötchen geben oder Krallen zeigen?

Linke Zeitungsleute aller Blätter, vereinigt euch!

Kurt Regenauer

Red. Nürnberg Es herrscht Ratlosigkeit im linken Blätterwald. Allerortens wird die Krise der Linken auch als die Krise linker Medien oder gar der Menschen, die mit ihnen zu tun haben, erlebt. Entnervte RedakteurInnen, gestresste SäzzerInnen und verärgerte LeserInnen sorgen dafür, daß der Identitätskrise die ökonomische Krise nur zu bald folgt.

Dieses düstere Bild zeichnet CONTRASTE in dieser Ausgabe. AutorInnen aus großen und kleinen, alten und jung- gebliebenen Pro*jekten kommen zu Wort.*

Die MacherInnen des **ID-Archivs z.B. ziehen Bilanz nach 15 Jahren „Verbreitung *unterbliebener Nachrichten*“** (Seite 14) und erklären ihre Liebe an Alternativzeitungen „über deren Tod hinaus“, bevor sie ihr Archiv kurzerhand nach Amsterdam verlagern, weil es in Frankfurt einfach nicht ökonomisch existenzfähig ist.

Während im Norden der Republik links angehauchte Rundschauen eingehen – nur kurz, nachdem der **PFLASTERSTRAND** sich mit einem leisen Servus von der Selbstverwaltung verabschiedet hat (siehe Seite 13) – entdeckt auch die taz ihre nächste Krise. **Eine Management-Ebene wurde beschlossen, um dem drohenden Finanzdebakel zuvorzukommen** (Seite 9/10).

„Aus dem Herzen der Bestie“ hingegen kommt die Frage, ob der Kurs somit eingeklagter Unternehmensführung überhaupt in die richtige (inhaltliche) Richtung weist (Seite 11) und der Weg weg von der „linken, radikalen *Zeitung“ wird denunziert* (**„taz lügt! Lügt taz?**, Seite 10).

Außerdem bieten wir selbstredend für Wiglaf Droste, ist doch klar. Noch bevor er in den Knast einfuhr, schrieb er **„Zeitung (wie) im Fernsehen“** (auf Seite 11)

Wie alles anfing, weiß Klaus Schmitt von der **alten legendären 883...** und liefert uns Kostproben aus ihrem Kleinanzeigenteil (Seite 12/13)

Der Rest-ID hingegen (**vom „Projekt Alltag“**, welches in Frankfurt bleibt) beklagt den Verlust an sozialer Wirklichkeit, wo alternative MedienmacherInnen sich mühelos in den neuen Mittelschichten einordnen und mit der etablierten Öffentlichkeit verschränken (siehe Seite 9)

Aber auch die Frauen fragen sich, wo sie in dieser Medienlandschaft stehen. Der „couragierte“ Traum von der überregionalen Frauenzeitung für Frauen, die nicht von der EMMA angesprochen werden, ist längst ausgeträumt – das **„Ghetto“ der *diversen* Frauenseiten, Pflichtübung im links-alternativen Medienalltag**, will durchbrochen werden (Frauenseite? 12).

Unter dem Strich bleibt offen, wohin die Reise denn nun wirklich gehen soll. Mit Krisen-, Selbstbesinnungs-Workshops der einzelnen Projekte, Frustgelagen in den Kneipen oder jähen politischen Wendemanövern jedenfalls wird der linken Medienkrise wohl kaum beizukommen sein.

Um wirkliche Alternativen zu entwickeln, wären die medienpolitischen Grundsätze der 70er Jahre aus heutiger Sicht zu reflektieren – ein neuer Standort könnte festgelegt werden. CONTRASTE will daher linken Medienprojekten nicht nur kräftig vor's Schienbein treten, sondern lädt gleichzeitig zu solch einer Diskussion ein. Rechtzeitig vor dem berüchtigten Sommerloch vom 1. bis 3. Juli 1988 wollen wir uns treffen.

***

Wacht auf, Medioten dieser Erde! ...vielleicht wird unser Seminar ja ein echter „alternativer Mediengipfel“?

Alternativer Mediengipfel

„Offene Zeitung“ vs. professionellen Journalismus, Betroffenenorientierung vs. mediengerechte Verpackung der Wirklichkeit, radikal linker Kurs vs. marktgerechte Orientierung, Frauen in den Medien, Selbstverwaltung und Managment...

All diese Fragen und einige mehr sind Thema auf unserem Seminar vom 1. bis 3. Juli 1988 im Tagungshaus Bessunger Forst bei Darmstadt.
Anmeldung bei CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1
Rückfragen unter Tel. (06221) 1 34 02. Teilnehmerzahl begrenzt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wider den grünen Kapitalismus, denn:
Hinter den Werkstoren hört die Demokratie auf!

Red. Rhein/Main Oskars Tirade scheint gelungen: Viele sind drauf reingefallen, wenig ist passiert. Endlich haben auch die GRÜNEN das politisch brisante Thema 'Wirtschaft' entdeckt. Allerdings hat die im Mai formulierte Forderung nach dem „ökologischen Kapitalismus“, die uns Selbstverwalter gleichzeitig als „Überbleibsel altlinker Vergesellschaftungsvorstellungen“ darstellt (Stern 18/88, Hubert Kleinert) nur noch sehr wenig mit dem Parteiprogramm der GRÜNEN zu tun. Daß die Selbstverwaltung bei den GRÜNEN nie eine große Rolle gespielt hat, daran haben wir uns schon gewöhnt; dafür ist das Thema zu wenig medienwirksam. Daß sie allerdings soweit gehen und uns wegrationalisieren, um stattdessen „eine ökologische Marktwirtschaft“ zu propagieren, läßt einen schweren Denkfehler vermuten.

Fortsetzung Seite 3

Teile und Herrsche
Wie fair ist die Ökobank

Seit eh und jeh wollen Verbünde und auch Branchenverbände der selbstverwalteten Projekte qualitative Standards setzen, was Selbstverwaltung eigentlich ist oder werden kann. Im Versicherungsgeschäft versucht dies der Verband der Fairsicherungsläden...

Einigen Wirbel verursacht daher die Entscheidung der Ökobank, ihr beträchtliches Versicherungspaket ausgerechnet bei einem Versicherungladen abzuschließen, den sein Branchenverband ausgeschlossen hatte, weil er den Selbstverwaltungskriterien nicht genügt...

Red. Bremen Kooperation und Vernetzung sind schon seit zehn Jahren Anspruch und Forderung der Selbstverwaltungsbewegung. In den letzten Jahren haben sich immer wieder Projekte und Betriebe zusammengetan, um zu versuchen, durch gemeinsames Vorgehen der Isolation und den Eingemeindungsversuchen des Systems etwas entgegenzusetzen.

Es entwickelten sich sehr verschiedene Formen der Vernetzung: So gab es Zusammenschlüsse, die durch die Aufarbeitung von Praxis der einzelnen Betriebe und Projekte und der Diskussion von Utopien die Selbstverwaltungsidee voranzubringen versuchten. (z.B. Lund-Kreis in Berlin oder BIS in Bremen). Auch verschiedene Netzwerke haben sich mit unterschiedlicher Intensität zumindest partiell solchen Versuchen gewidmet. Während diese Zusammenschlüsse in der Regel offen für alle Projekte und formlos, d.h. ohne formalen strukturellen Rahmen (was aber keineswegs strukturlos bedeutet!!!) waren, gab es parallel dazu die Entwicklung von branchengebundenen Vernetzungen. Vollkornbäkkereien kaufen ihr Mehl gemeinsam, Fahrradläden entwickeln ein eigenes Fahrrad und fertigen dies in einer eigenen Manufaktur.

ein Beitrag von Sibylle Göttert

auf Seite 3

Service-Seite

Wie können sich Arbeitslose selbständig machen? Oder weiterhin Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie selbständig sind? Oder welche neuen Regelungen bestehen zur Festlegung von Bemessungsgrenzen für Arbeitslosengeld bei Projektmitgliedern im Arbeitnehmerstatus, die ausscheiden? Und welche Risiken tragen solche Projektmitglieder - welche Risiken können hingegen ausgeschlossen werden?
Auf unserer Service-Seite bieten wir monatlich Wissenswertes und Nützliches für den grauen Alltag im Betrieb

auf Seite 5

Vorankündigung
Vom Mekka der Alternativen zum Babylon der Selbstverwaltung?

Schwerpunktthema unserer Sommerausgabe (Juli/-August) ist ein Versuch, die Sprachlosigkeit der in die Jahre gekommenen Alternativen zu durchbrechen. Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) veranstaltet einen Kongreß über Alternativen bis ins Jahr 2000 (ab 20. Juli) und auch Netzwerk Berlin will sein Zehnjähriges feiern (im Herbst) - die Frage nach der Zukunft der Netzwerke wird aufgeworfen. Großprojekte wie die Berliner UFA wurden von der CONTRASTE besucht - und „alternative Denkmäler“ wurden interviewt - sofern sie sprechen konnten. Wie gehts denn den Alternativen in ihrer vielbeschworenen Krise?
Mehr darüber in unserer kommenden Ausgabe

DER KOMMENTAR:

Zeitung lesen ist nicht schwer, Zeitung machen dagegen ...

Detlef Weiher, Red. Hamburg

Ohne LeaderIn-Figur, ohne Millionen im Rücken, nur mit einer Message und viel Engagement, läßt sich damit eine Zeitschrift mit merkenswertem Verbreitungsgrad in dem gefräßigen Medien-Dschungel am Leben erhalten? Wohl kaum! Eine kam durch, die taz.

Die ersten Tonnen Papier, die ersten den Besatzungsmächten nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrotzten oder abgeschmeichelten Lizenzen bildeten das Fundament, auf dem auch heute noch die Säulen der westdeutschen Print-Medien-Landschaft ruhen. Augstein, Nannen, Bucerius, Burda und Springer stehen für Spiegel, Stern und Zeit, sowie die rechtslastigen Blätter in unserem Lande. Sie gaben ihnen die politische Ausrichtung, durch diese Magazine und Tageszeitungen entstanden die Imperien, die heute unsere Presselandschaft beherrschen, mit dieser Finanzmacht werden die meisten neuen Blätter auf den Markt gebracht und gegebenenfalls wieder eingestellt. Starke Persönlichkeiten und der Drang, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen gedruckt unters Volk zu bringen, das ist der gemeinsame Nenner dieser Leute, mal abgesehen von dem Geld, das mit Zeitungen zu verdienen ist. Später Geborene konnten diese Ungunst selten überwinden: Gremlitza mit Konkret, Alice Schwarzer mit Emma, Horst Stern mit Natur. Damit erschöpft sich die Liste fast schon.

Die taz von heute ist kaum vergleichbar mit der taz aus der Gründerzeit. Von der reinen Bewegungszeitung, dem Insiderblatt hin zur fünften überregionalen Tageszeitung, die bei den RedakteurInnen der „großen" Blätter ganz oben liegt im täglichen Zeitungsstapel, so manches Beben erschütterte Mitarbeiterinnen und Kundschaft dieses heute heißgeliebten und morgen in die Ecke gefeuerten Politblattes. Ein Redakteur der taz schrieb einmal, daß die Zeitung ein größeres Spektrum an Themen und Meinungen beheimaten müsse, als sich der/die Einzelne allein vorstellen könne. Das ergibt zwar kein Konzept, sorgt aber für Leben in der Bleiwüste.

Genau diese Lebendigkeit wurde und wird zumeist vermißt bei den Projekten, die einst unter dem Motto „Die Wüste lebt" die Republik mit „Rundschauen" überziehen wollten. Politisch sozialliberal mit grünen Sommersprossen gerieten sie schnell zwischen die Mühlsteine des Marktes. Guter Journalismus beißt sich mit politischen Rücksichtnahmen, der Zwang zu hohen Anzeigeneinnahmen kann die Unabhängigkeit der Redaktionen beschränken. Entweder laufen die Leser oder die Anzeigenkunden davon. Die - notwendige - Zeit zum Experimentieren können nur gutmeinende Sponsoren und eine auf die bessere (Zeitungs-)Zukunft hoffende Stammleserschaft überbrükken. Dann muß sich so etwas wie Professionalität einstellen. Oder mensch läßt es lieber, das Zeitungsmachen.

Weine nicht, wenn die Letzte kommt ...

z.B. CONTRASTE

Weine nicht, wenn im Dezember die letzte CONTRASTE kommen sollte. Denn dann ist es bereits zu spät.

Zu diesem ungenierten und zweideutigen Erpressungsversuch ihrer Leserschaft entschloß sich die CONTRASTE-Crew auf ihrem vorangegangenen Redaktionsplenum. Nur sprunghaft steigende Abozahlen oder besser gar Mitgliedszahlen im Förderverein CONTRASTE können das Projekt retten. Der derzeitige Stand von ca. 50 Neuabos pro Monat reicht da nicht. 100.000,- DM Mehreinnahmen müssen her. Sonst ist Schluß.

Unsere FeierabendjournalistInnen brauchen die Gewißheit, für ihre (unbezahlten) Anstrengungen nicht weiter draufzahlen zu müssen. Das „negative Zeitungshonorar" gehört einfach abgeschafft.

Und vor allem die Stammbelegschaft, die Herstellung in Heidelberg, braucht endlich eine ausreichende Absicherung. Sie muß von CONTRASTE leben können oder stirbt eben lieber. Zumindest als CONTRASTE-Betrieb.

Deadline ist der erste Dezember. Bis dann muß sich zeigen, wieviel Bewegung noch in der Bewegung ist. Bisher blieb die Reaktion auf unsere erste Drohung, dichtzumachen (in der CONTRASTE 4/88, „Sein oder Nicht-Sein") jedenfalls eher dürftig...

Aber unser Ansinnen richtet sich ja auch nicht nur an einzelne LeserInnen. Gefragt sind ebenfalls alle mächtigen Verbünde und Verbände für Selbstverwalter und, nun ja, wohl auch die „Bank der Bewegung". Dabei wollen wir uns noch nicht einmal Geld pumpen. Oder wollten gar ein dermaßen hohes Fremdengagement, etwa der Bank, anstreben, daß sie in unseren „Aufsichtsrat" **muß,** weil sie nicht mehr zurück kann, und finanziell zu dick drin hängt.

Manche unserer LeserInnen haben den falschen Eindruck, wir seien die Zeitung **der** Ökobank. Wie falsch. Lediglich die Mitglieder des Ökobankvereins erhalten CONTRASTE, die uns dieser Verein zu einem Vorzugspreis, der nicht einmal Produktionskosten auf dem aktuellen Niveau abdeckt, abkauft. Im Gegenzug hat der Ökobankverein seit Jahren die Möglichkeit, mindestens eine Seite der CONTRASTE mit „seinen" Nachrichten zu füllen.

CONTRASTE hat ihren Weg weder als Zeitung **der Ökobank** noch etwa **der Netzwerke** gesucht und will das auch gar nicht werden. Aber als einziges bundesweit vertriebenes Medium für Selbstverwaltung hat sie stets die Diskussion ÜBER Ökobank und Netzwerke geführt. Wenn nun z.B. alle Mitglieder der Ökobank-Genossenschaft und nur von Netzwerk Berlin CONTRASTE zu normalen und für uns wirtschaftlichen Bedingungen abonnieren könnten, wären bereits Mehreinnahmen von weit über eine halbe Million erreicht - natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, da beide Organisationen bereits eigene aufwendige Zeitungsproduktionen für ihre Mitglieder unterhalten.

Trotzdem peilen wir eine Entwicklung in diese Richtung an.

Zu unserem nächsten Redaktionsplenum am 11. Juni sind alle uns nahestehenden Verbände und Verbünde eingeladen, Maßnahmen zu diskutieren und Absprachen zu treffen, die dazu führen, daß ihre jeweilige Basis in CONTRASTE „einsteigt". Und selbstverständlich nur mit Abos, die sich für uns auch rechnen - oder gleich als Mitglieder des Fördervereins CONTRASTE.

Ansonsten bliebe dem Redaktionsplenum nur der Weg, sich auf jene allerletzte Ausgabe der CONTRASTE vorzubereiten. In Diskussion ist derzeit ein Antrag an das Berliner Netzwerk, eine besonders aufwendig produzierte, letzte Ausgabe zu finanzieren: auf Klopapier - mit unseren Konterfeis zum abwischen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 691 30 72; **2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ (040) 439 91 22; **2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ (0421) 7 20 93; **5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ (0228) 21 52 90; **Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** blätterwald eg, Jochen Reinalda, Niederurseler Str. 7, ☎ (06171) 7 80 11; **Kassel, 5445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 1 34 02; **8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Österreich,** 1020 Wien, Sabine Koller, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; **Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ (040) 44 23 28; **7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik, 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 691 78 21; **Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ (069) 43 95 34

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ (0561) 28 37 91; **(Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp - **Druck:** Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:

☎ (06221) 16 24 67

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Jede/r SelbstverwalterIn die/der Steuern zahlt, kann mitmachen. Und das funktioniert so:
CONTRASTE ist ein „bundesweiter" Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung. Seine FördermitgliederInnen können den Mitgliedsbeitrag (mind. 72 DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Personen) daher als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen... natürlich nur, wenn sie auch selbständig sind. Aber dafür können nicht-selbständige SelbstverwalterInnen ja ihre ArbeitgeberInnen bearbeiten, Fördermitglied zu werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: erstmal in Form der monatlichen CONTRASTE, die die FördermitgliederInnen umsonst kriegen (juristische Personen gleich 3 Exemplare von jeder Ausgabe für die ganze Belegschaft).
Zweitens erweitert sich das Forum der SelbstverwalterInnen.
Drittens, weil die Kohle in Heidelberg dringend gebraucht wird, um CONTRASTE noch lesbarer zu machen.

Außerdem: das 100. Fördermitglied bekommt ein Sektfrühstück -das 1.000ste gewinnt einen Urlaub in Spanien - auf Wunsch mit Surfkurs.

Also: nichts wie herein - in den Förderverein. Wir werden berichten.

CONTRASTE - 1986/87 in Stichworten!

CONTRASTE kann mit einem neuen Angebot aufwarten. Für die **Jahrgänge 1986 und (neu!!) 1987** liegen komplette Register über die CONTRASTE - Inhalte vor. Sie enthalten die Auflistungen von Autoren, Institutionen, Personen und Ländern - dazu ein ausführliches Schlagwortregister.

Wer sich diese hilfreichen Nachschlagewerke nicht entgehen lassen möchte, bestelle bei der CONTRASTE-Redaktion in Heidelberg, Gaisbergstr. 97 und überweise (jeweils!!) 12,- DM (incl. Versandkosten) auf das CONTRASTE-Konto Nr. 1130 05 - 756 beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Wider den grünen Kapitalismus, denn:

Hinter den Werkstoren hört die Demokratie auf!

Fortsetzung von Seite 1

Petra Inden

Natürlich ist gegen die Forderung nach ökologisch sinnvoller Produktion nichts zu sagen; viele Selbstverwaltete Betriebe haben sich mit diesem Anspruch auf die Konkurrenz mit kapitalistischen Betrieben eingelassen. Ein gutes Beispiel hierfür bieten die Umweltschutzpapier-Vertreiber, die zahlreiche Anfangsschwierigkeiten in Kauf genommen haben - was so gerne als Selbstausbeutung bezeichnet wird - um das damals wenig begehrte Produkt in Umlauf zu bringen. Heute müssen sie Angst davor haben, von kapitalistischen Betrieben vom Markt gedrängt zu werden. Da wird nämlich inzwischen Umweltschutzpapier in Massen zu Billigpreisen produziert, allerdings immer noch auf dem Rücken der Arbeiter.

Jeder, der mal in einem sogenannten normalen Produktionsbetrieb für längere Zeit gearbeitet hat (wohlbemerkt nicht als Student mal für zwei Wochen, die werden anders behandelt), weiß ganz praktisch, was Ausbeutung bedeutet. Die fängt nämlich mit der täglich geforderten Höchstleistung an und endet in dem „Größer - Schneller - Weiter" geradezu menschenunwürdiger Produktionsbedingungen. Auch aus solchen Erfahrungen sind Selbstverwaltete Betriebe entstanden.

Für persönliche Bedürfnisse bleibt da kaum Freiraum. Und da hilft auch keine Humanisierung der Arbeitswelt durch Arbeitgeberseite; mit Absicht hat man wohl nicht das deutsche Wort dafür gewählt - hätte man sich und anderen dabei doch eingestehen müssen, daß etwas von wenigen Menschen Gemachtes im Nachhinein noch 'vermenschlicht' werden muß.

Zudem beschränkt sich diese Humanisierung allzuoft auf Hydrokulturen in den Produktionshallen oder auf die Verbesserung (Technologisierung) von Maschinen, wodurch ganz nebenbei Arbeitsplätze wegrationalisiert und die Produktion gesteigert wird. Ein Widerspruch in sich.

Mir scheint, daß bei dem Wort Ökologie nur allzuoft der Mensch ausgeklammert oder - wie es die Gewerkschaft macht - auf Lohnerhöhungs- oder Arbeitszeitverkürzungsforderungen reduziert wird. Sein Recht auf demokratische Mitbestimmung darf er alle vier Jahre in Anspruch nehmen, nicht aber z.B bei der direkten Gestaltung seines Arbeitsplatzes. In deutschen Werkshallen hat es schon Diskussionen darüber gegeben, ob eine Kaffeetasse auf dem Tisch stehen darf oder nicht. Daß sich das ein Hubert Kleinert nicht mehr vorstellen kann, ist uns noch verständlich. Wo doch der Kampf für die Arbeiterklasse eh allseits aus der Mode kommt. Stattdessen beginnt jetzt der Kampf der Parteien um die Wählerschaft im Dienstleistungsbereich, der oft nichts anderes zu tun hat, als die zu verwalten, die produzieren oder das, was sie produzieren.

Und damit wären wir wieder beim Thema. Der Selbstverwaltung ureigenste Gedanke ist weder, möglichst wenig zu arbeiten noch den größtmöglichen Profit zu erwirtschaften; viel wichtiger ist, daß der Einzelne mit seinem Handeln weitestgehend identisch ist, dadurch, daß er an allen Entscheidungsprozessen beteiligt ist und daß es **kein Eigentum an Produktionsmitteln gibt.** Während allerdings viele Kollektive (nicht alle!) dem Kampf mit dem Kapitalismus nicht gewachsen waren und einige grundlegende Ansprüche über Bord geworfen haben, haben die Arbeitgeber von uns 'gelernt'. 1985 machte Professor Fritz Raidt, Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" bei einem Colloquium für leitende Mitarbeiter darauf aufmerksam, daß die „Innerlichen Kündigungen" von Mitarbeitern zu hohen Verlusten deutscher Unternehmen führten. Die Chefs sollten doch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit anstreben, damit im Betrieb wieder das unverzichtbare „Wir-Gefühl" hergestellt werde, dessen Fehlen sich katastrophal auswirken würde.

Unter dem Vorwand der Arbeitermitbestimmung werden heute Unmassen von Arbeitern verschaukelt, und eine Partei wie die GRÜNEN hält es nicht für nötig, dem Kapitalismus noch zu widersprechen. Schließlich geht es ja um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Daß die allerdings bei einem System der fortschreitenden Technologisierung und Rationalisierung nicht zu verhindern ist, solange man sich bei der Verteilung der Arbeit weiterhin auf bestehende Arbeitsplätze beschränkt, dürfte auf der Hand liegen. Auch Oskars Lohnverzicht dürfte sich inzwischen allen als Milchmädchenrechnung offenbart haben. (?) Denn der „von alten Linken prophezeite Zusammenbruch des kapitalistischen Systems an seinen sozialen Widersprüchen" ist nicht - wie Hubert Kleinert sich ausdrückt - „ausgeblieben"; dafür, daß es an allen Ekken und Enden kracht, gibt es genug Beispiele. Was sonst auch sollte damit gemeint sein, daß die Grenzen des Wachstums erreicht sind, bei einem System, das auf Wachstum begründet ist?

Langsam dürfte es wohl mal darum gehen, tatsächlich neue Wege ökologischer Wirtschaft zu stärken, auszubauen, zu unterstützen und nicht darum, die Kapitalisten um Einsicht und Almosen zu bitten, die dann doch nur wieder in Form von Profit oder Wahlergebnissen in den Taschen der Mächtigen dieses unseres Landes landen. Desweiteren dürfte im Angesicht einer Angebot- Nachfrage - Marktwirtschaft und einer stetig wachsenden Arbeitslosenzahl erneut die Frage auftauchen, woher denn in Zukunft die Kaufkraft kommen soll, die das ganze trägt; kurz und gut: die Frage nach der Verteilung der geschaffenen Werte.

Ja, es wundert mich auch, „daß die ökologische Sensibilität bei Unternehmern noch so unterentwickelt ist" (Hubert Kleinert). Geht es ihnen letztendlich doch selbst an den Kragen. Aber solange man Ökologie lediglich auf die Umwelt bezieht, liegt das wohl daran, daß die Produktion direkt angegriffen ist. Der Mensch ist geduldig, die Natur - Gott sei Dank - wehrt sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Für uns Selbstverwalter dürfte sich ein weiteres Mal die Frage stellen, ob die GRÜNEN in der Lage sind, unsere Ziele zu vertreten. Dies wird sich hoffentlich auf dem Perspektivenkongreß im Juni erweisen.

In der Hoffnung, daß die Selbstverwaltung nicht kleinzukriegen ist und daß **Ökologie und Kapitalismus sich auch weiterhin widersprechen,** lebe der Kampf für die Revolution (aber nicht die, die ihr so geliebt habt)!

PS: Wir kommen ja auch nicht plötzlich auf die Idee, selbstverwaltete AKWs zu bauen oder einen kollektiven Rüstungsbetrieb aufzumachen. Oder?

Teile und Herrsche – Wie fair ist die Ökobank?

Undurchsichtige Interesssen gefährden Kooperationen und Vernetzungen. Von Trittbrettfahrern und Spaltpilzen.

Fortsetzung von Seite 1

Sibylle Göttert

... überschaubare Strukturen

Vernetzungen dieser Art haben über den politischen Hintergrund hinaus ganz handfeste ökonomische Interessen: Die Betriebe werden so vom Kleinabnehmer mit oft ungünstigsten Einkaufsbedingungen (z.B. Vorauskasse) quasi zum Großabnehmer. Sie kommen so leichter in den Genuß von günstigeren Preisen und Rabatten. Dadurch werden sie herkömmlichen Betrieben gegenüber am Markt konkurrenzfähiger. Darüberhinaus versuchen die Betriebe durch Kooperation die Konkurrenz untereinander abzubauen. Dort, wo es gelingt, Konflikte auszutragen statt sie unter den berühmten Teppich zu kehren, scheinen günstige Bedingungen für Vernetzungen zu herrschen.

So gibt es inzwischen einige gutfunktionierende - in der Regel bundesweit arbeitende - Zusammenschlüsse. Grundlage für lebensfähige Kooperationsmodelle scheint die Schaffung von klaren, überschaubaren Strukturen sowie die Definition und Abgrenzung gemeinsamer Ziele zu sein. Wichtig ist auch die stetige Diskussion um die Strategien zur Erreichung definierter Ziele. Doch nun fallen Schatten auf alle Vernetzungsbestrebungen: TrittbrettfahrerInnen und Spaltpilze sind unterwegs!

Das Versicherungsgeschäft als faire Sache

Zu berichten ist hier vom Verbund selbstverwalteter Fairsicherungsläden. Dieser Zusammenschluß entstand 1985 aus dem Bedürfnis nach qualifizierter kundenfreundlicher Beratung und Informationsaustausch über Praktiken einzelner Versicherungen heraus - und dem Problem, kapitalistisch orientierte Verträge für Kollektive tragbar zu machen. Ziel ist vor allem eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen, auch die Betreuung von KundInnen der Partner oder die Abgabe der Kundschaft an den entsprechenden Fairsicherungsladen der Region. Durch das geschützte Markenzeichen wird gewährleistet, daß nur solche Läden damit werben können, die an den gemeinsamen Zielen des Verbundes mitarbeiten.

Schutzmaßnahmen dieser Art haben sich schon des öfteren als wirksam erwiesen: So konnte bisher ein „Kollege", der mit seinem Kampf gegen Wackersdorf wirbt, nicht aufgenommen werden, weil er offensichtlich andere Ziele verfolgt als die Läden des Verbundes. Es ist eine eigentlich recht häufig gemachte Erfahrung, daß immer wieder Leute versuchen, in die Szene der Alternativ-Betriebe einzudringen, um dort das große Geschäft zu machen. Schon von daher sind Schutzmaßnahmen und Abgrenzungen geboten.

Wer sich der Aufnahmeprozedur stellt, muß sich allerdings auch der Kritik an der eigenen Arbeit stellen. Dies gilt natürlich auch für die Läden, die bereits Mitglied im Verbund sind. In den drei Jahren seines Bestehens ist bisher nur ein einziger Laden wieder ausgeschieden. Dieser Vorgang ist ansich nicht weiter dramatisch, der Laden in Düsseldorf ist aus eigenem Entschluß ausgetreten. Allerdings wird gemunkelt, daß dieser Laden durch seinen Austritt einem Rauswurf aus dem Verbund gerade noch zuvor gekommen ist. Die Praxis dieses Ladens ließ sich nicht mehr mit den Zielen des Verbundes vereinbaren.

Ist die Ökobank unfair?

So weit, so gut. Doch geradezu nach Sensation stinkt es, wenn sich herausstellt, daß dabei noch eine ganz andere Seite eine Rolle spielt: nämlich die Ökobank. Wie das? Die Ökobank hat Anfang Mai dieses Jahres ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Der aufmerksamen Kundin wird aufgefallen sein, daß die Ökobank in allen Veröffentlichungen damit wirbt, (u.a.) Versicherungsvermittlung als Service zu bieten. War in der Ökorrespondenz Nr. 2 im Dezember noch zu lesen, daß dies in „bundesweiter Zusammenarbeit mit dem 'Verbund der Selbstverwalteten Fairsicherungsläden'" geschehen soll, heißt es bereits in der Ökorrespondenz Nr. 3 vom April dieses Jahres: „In der Hauptsache werden wir mit einer Versicherung aus dem genossenschaftlichen Sektor zusammenarbeiten, mit der R+V Versicherung." Von einer Zusammenarbeit mit dem Verbund ist keine Rede mehr.

Was ist passiert? Es ist so banal, man/frau ahnt es schon: die Ökobank arbeitet mit dem Düsseldorfer Laden zusammen, statt mit dem Verbund. Und zwar bundesweit! Damit erhält dieser Fall eine Dimension, die weit über das übliche Hick-hack der Selbstverwaltungsszene hinausgeht.

Der Vorgang wirft viele Fragen auf, die der dringenden Beantwortung bedürfen:

1. Warum arbeitet die Ökobank statt mit dem Verbund nun bundesweit mit einem ehemaligen Verbundmitglied zusammen? Wenn - aus welchen Gründen auch immer - es effektiver scheint, mit nur einem Partner zu kooperieren, warum dann nicht mit dem Frankfurter Laden des Verbundes?
2. Wie kommt es, daß sich die Ökobank geradezu in die Arme von einer bzw. zwei Versicherungsgesellschaften wirft? Das Argument, daß die R+V eine genossenschaftliche Versicherung sei und ihre Gewinne wieder dem genossenschaftlichen Bereich zugute kämen, kann doch nicht ernst gemeint sein. Wenn das wahr ist, dann bräuchten wir doch keine Ökobank, denn es gibt doch genügend genossenschaftliche Banken!
3. Wo bleibt eigentlich die politische Dimension im Handeln der Ökobank? Ist es politisch, einerseits mit dem Genossenschaftsgedanken zu argumentieren, andererseits bestehende Strukturen der Kooperation außen vor zu lassen?
4. Glaubt die Ökobank, sie könne die Prinzipien des Verbundes wie z.B. faire Beratung, Unabhängigkeit von Gesellschaften, örtliche Nähe zu KundInnen bundesweit umsetzen mittels einer zentralistischen Sturktur?
5. Oder sollte die Ökobank gar bereit sein, aus finanziellen Gründen die wichtigsten Grundsätze der Selbstverwaltung zu verraten? Sie erwartet für dieses Jahr ein Minus von ca. 300.000 DM. Muß die aus dem Versicherungsgeschäft kommende Provision helfen, die laufenden Kosten zu decken?

Es geht nicht darum, die Ökobank bloßzustellen. Zu hinterfragen sind auch die Praktiken des Düsseldorfer Ladens. Sollte dieser etwa die Ökobank benutzen, um besser in das bundesweite Geschäft einsteigen zu können?

Vergangenheit, die nie vergeht

»Damals glaubten wir, daß dies der Höhepunkt der Judenverfolgung sei. In Wahrheit war es das letzte Alarmsignal vor der Vernichtung.« Von dieser dramatischen Fehleinschätzung handeln die vorliegenden Bücher.

Fischer Taschenbuch Verlag

Bd. 4320 DM 10,80

Bd. 4364 DM 16,80

Bd. 4321 DM 12,80

Bd. 4353 DM 14,80

Bd. 4391 DM 14,80

Bd. 4392 DM 11,80

Bd. 4374 DM 14,80

Bd. 4386 DM 14,80

Bd. 4326 DM 14,80

Bd. 4373 DM 16,80

Kurz notiert...

Workcamps - Alternative zum Massentourismus

Fünfzehn junge Leute aus sieben Ländern pflegen ökologisch wertvolle Gebiete im Raum Konstanz und erfahren etwas über den Umweltschutz in Ost und West. Im New Yorker Stadtteil Harlem hilft eine Gruppe bei der Betreuung Obdachloser und setzt sich mit dem Problem der Armut auseinander. Freiwillige in Plovdiv (Bulgarien) restaurieren Gebäude in der Altstadt und diskutieren über Probleme und Perspektiven der Jugend in Ost und West.

Drei Beispiele für internationale Workcamps, von denen der Service Civil International (SCI) in diesem Jahr über 500 anbietet.

Gegen freie Unterkunft und Verpflegung arbeiten die Jugendlichen zwischen zwei und vier Wochen in Projekten, die sich mit Problemen wie Umweltschutz, Frieden, Antifaschismus, Solidarität mit der Dritten Welt oder sozialen Problemen und Frauenfragen beschäftigen. Neben der praktischen Arbeit setzen sie sich in einem „Study-Teil" mit dem Thema des Camps auseinander.

Die TeilnehmerInnen müssen für Camps im Inland mindestens 16, im Ausland 18 Jahre alt sein. Sie kommen für die Fahrtkosten selbst auf und zahlen eine Anmeldegebühr von 80 DM (Ausland 100 DM).

Alle, die mehr über die Camps erfahren möchten:
Das SCI-Sommerprogramm ist gegen 2 DM in Briefmarken erhältlich bei:

Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 20 86

Video

Die Stadt Beirut hat einen reichen, christlichen Ostteil und einen arabischen Westteil mit der ehemals schicken Einkaufsstraße el Hamra. Dazwischen erstreckt sich der Elendsgürtel mit seinen Slums und Ghettos, mit Orten wie Sabra und Schatila; Zuflucht für die Verjagten und Vertriebenen, für die palästinensischen Flüchtlinge und obdachlosen Libanesen.

Ruinenlandschaften, Trümmerberge, das ist Schatila heute, am Ende des dritten Lagerkrieges, der im November '86 begann.

Eingegraben unter der Erde, in Bunkern und Kellern, verbunden durch ein System unterirdischer Gänge, widerstanden hier über 4000 Menschen permanenter Bombardierung und totaler Belagerung.

In dieser Situation filmte einer der Eingeschlossenen das Leben unter Trümmern; den Willen und den Mut, das Leid und die Hoffnung, mit der die Menschen ihr Überleben organisieren. Die entschlossene Verteidigung des Lagers, Versuche, die Hungernden mit Lebensmitteln zu versorgen, die vielen Toten und Verletzten.

Die Bilder aus Schatila lassen die Dimensionen des Krieges erahnen, der im ganzen Süden des Libanon gegen das palästinensische Volk geführt wird. Es ist ein Vertreibungskrieg. Die Palästinenser stören die Macht- und Kontrollbestrebungen der schiitischen Amalmilizen im Südlibanon, sie stören Israel durch ihre bloße Existenz als vertriebenes Volk und sie stören Syrien durch ihr Beharren auf einer autonomen, nicht von Syrien diktierten palästinensischen Politik.

Titel: Schatila - Auf dem Weg nach Palästina

Verleih und Vertrieb:
Medienwerkstatt Freiburg
Konradstr. 20
7800 Freiburg
☎ (0761) 70 97 57

Selbstverwaltete Schreinereien ganz gut drauf

Bundesweites Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien Anfang Mai 1988 in Neustadt/Weinstraße bei B*A*U*M

Andreas Küstermann

Red. Heidelberg **Ja,** wir haben uns wieder getroffen und das Treffen hat bei mir, entgegen meiner früheren Unkenrufe, den Eindruck hinterlassen, daß wir uns (wieder) was zu sagen haben!! Diesmal war es mehr als nur der Austausch des Gewesenen, das Plauschen über den Collective-Alltag im vergangenen halben Jahr und das Absolvieren der Arbeitsgruppen, weil die halt mehr oder weniger dazugehören.

Nein, dies Alles spürte ich diesmal nicht, sondern es entstand, fast unabgesprochen eine Einigkeit darüber, daß ein wesentlicher TOP die Vorbereitung des nächsten Treffens unter neuen Gesichtspunkten sein soll.

Für mich so bemerkenswert daran ist, daß diesmal nicht der Eindruck zurückgeblieben ist, das Hauptziel für jede/n ist, ein kleines, praktisches Ergebnis für den Alltag mitzunehmen, und abzuwarten, wie es das nächste Mal wird, sondern das praktische Ergebnis im Fortbestand und der Verbesserung des Treffens zu sehen.

Gleich vorweggenommen bedeutet dies, das 10. Treffen (23.-25. September, Handwerkergenossenschaft, Mannheim) findet unter einem Oberthema statt, auf das alle Arbeitsgruppen das Wochenende über Bezug nehmen, mit dem Ziel, jeweils eine abgeschlossene kompakte Einheit zu schaffen.

Konkret versucht werden soll dies mit dem Begriff 'Büroarbeitsplatz', der unter den Aspekten Organisation, Technik im Büro, Ergonomie, Design und der inhaltlichen Bedeutung des Büroarbeitsplatzes in unseren Betrieben beleuchtet werden soll.

Dazu bereiten verschiedene Betriebe eine Istzustandbeschreibung ihrer oder anderer Büros vor, sollen fertige Modelle aus Finn-pappe (1:5) für einzelne Möbel mitgebracht werden, Bilder und viele andere bearbeitungsfähige Vorschläge und Referate.

Die restlichen Aktivitäten des Wochenendes waren allerdings auch nicht zu verachten.
Alexander, von den *Haidhausener Kistlern*, der ein Jahr im Rahmen der Aktion 'SchreinerInnen für Nicaragua' als Ausbilder dort verbrachte, berichtete ausgiebig über die aktuelle Lage Nicaraguas aus seiner Sicht. (Infos: Tel. (089) 448 46 10). Mittlerweile ist ein zweiter Schreiner drüben, der seine Nachfolge angetreten hat, aber die Unterstützerarbeit hier kann Phantasie und Arbeitskraft zur Kohlebeschaffung immer vertragen.

Die Arbeitsgruppe 'Betriebskosten', die vom Kollektiv **B*A*U*M** veranstaltet wurde, verband eine exemplarische Betriebskostenrechnung nach Datev-Kontenrahmenplan mit einer Beratung für BetriebsanfängerInnen. Auf diese Art und Weise wurde diesmal auch dem Wunsch entsprochen, bei einem Tagesordnungspunkt die NeuanfängerInnen mit ihren speziellen Problemen mehr zu berücksichtigen.

In der AG Kleinserien wurde vorläufig das letzte Mal getagt. Der Austausch von Kalkulationsmodellen und Stückzahlen soll nun in praktischer Zusammenarbeit unter den Kollektiven mit eigenen Läden münden. Die Organisation dafür wurde aber an den Betriebsalltag zurückverwiesen. In wieweit ein gemeinsames Auftreten auf der Möbelmesse in Köln sinnvoll sein kann (und zu welchen Konditionen) wird von den *Elefanten* in Frankfurt ausbaldowert. Auch regionale Messen könnten interessanter werden, wenn verschiedene Betriebe sie gemeinsam gestalten.

Die wesentlichen Lieferanten unserer Betriebe sollen mehr in die Pflicht genommen werden, zum einen verarbeiterorientierte Fortbildungen zu machen (Organische Chemie) und zum anderen bei der Präsentation ihrer Produkte und dem Marketing mehr auf regionale Schreinereien anstatt auf die Firma mit dem unsäglichen Elch zu verweisen. Eine 'Nachrüstung' vieler Naturkostläden und Baumärkte auf ein Regalsystem aus der eigenen Infrastruktur wäre sowieso schon lange angesagt.

Messwerte von Plattenwerkstoffen zum besseren Festnageln unserer Zulieferer sollen mit Daten zu Herstellern und Lieferanten für alle interessierten Betriebe zusammengestellt werden. Das Ziel werden vorrangig die Formaldehydwerte sein. Interessierte Betriebe senden bis zum 15.06.88 eine 8x8 cm grosse Holzprobe mit genauen Angaben (s.o.) ein an die **Biiraboom Holzwerkstatt in Selbstverwaltung,** Mercedesstr. 8, 7053 Stetten/Remstal. **Die anfallenden Kosten** , DM 80,-/Probe, werden auf alle Beteiligten umgelegt.

Also dann, bis September beim **10. Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien** in Mannheim bei der *Handwerkergenossenschaft*. Dort fand übrigens auch 1984 das erste Treffen in dieser Reihe statt.
Wenn das kein Grund zum Kommen ist ...

Selbstverwaltungsverband in Baden-Württemberg gegründet

Andreas Küstermann

Red. Heidelberg Ende April trafen sich 16 Menschen aus 7 selbstverwalteten Projekten und Betrieben beim WIR-Projekt in Gauselfingen, um den „Verband selbstorganisierter Projekte und Betriebe in Württemberg e.V." zu gründen.

Dies war der vorläufige Schlusstrich unter die eineinhalbjährigen Bemühungen, ein breites Spektrum von Projekten und Betrieben für die Organisationsform eines Verbandes auf Landesebene zu gewinnen. Übrig geblieben sind von den anfänglichen 20 interessierten Betrieben gerade die für die Gründung notwendigen 7 juristischen Personen. Die drei Vorstände sind: Torsten Bonk (Holzhof, Gerabronn), Peter Sachse (Ökotherm, Bretzfeld), Jörg Kunze (Holzhof, Gerabronn).

Sitz des Vereins ist Bretzfeld (Hohenlohe), die Geschäftsstelle ist bei WIR in Gauselfingen angesiedelt. (Recksteinstr. 14).

Es zeigte sich, daß aus Regionen mit informellen, aber aktiven regionalen Zusammenschlüssen (Rems-Murr- Kreis, Nordwürttemberg, Baden) Kritik an der Verbandsidee geäußert wurde und an einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit kein Interesse zu wecken war. Gründe waren (sind) vor allem Bedenken gegen einen künstlichen Überbau, der eine Zusammenarbeit in den Regionen nicht ersetzen kann und vorerst keine neuen Ansätze aufzeigt, die eine solche Arbeit attraktiv erscheinen lassen. Einziger greifbarer Inhalt ist Lobby-Politik, an der viele kein Interesse haben, bzw. sie ablehnen. Auch seien die gewachsenen Strukturen in einigen Regionen noch so spärlich, daß Verbandsarbeit mehr eine Politik von oben darstelle. Schlußendlich kam auch immer wieder das Beispiel des verkrachten Hessenverbandes als Argument gegen die Gründung.

Anläßlich dieser gehäuften Kritik, die allerdings sehr diffus und über die verschiedensten Kanäle kam, entschlossen sich die AktivistInnen, die beabsichtigte Gründung von Oktober 1987 auf Mai 1988 zu verschieben und in Stuttgart zu einer kontroversen Diskussion einzuladen. Diese fand im Februar im „Forum drei" statt, war aber ein vollkommener Flop mangels Beteiligung.

Immerhin führte dies frustrierende Desinteresse dazu, daß beschlossen wurde, in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß der Verband nicht die Interessen aller existierenden Betriebe und Projekte vertritt, sondern nur die der darin organisierten.

Als Beginn der praktischen Arbeit ist eine Darstellung der den Verband tragenden Betriebe und Projekte geplant.

Wir werden weiterhin berichten.

AURO Nr. 111 Borsalz-Holzimprägnierung

Der reine Stoff

Die AURO Borsalz-Holzimprägnierung Nr. 111 besteht ausschließlich aus einer Mischung feinkristalliner Borsalze. Es handelt sich um ein hochwirksames Holzschutzmittel, für das AURO als Naturfarbenhersteller die amtliche Prüfnummer PA V-1226 des Instituts für Bautechnik in Berlin erhielt.

Die AURO Borsalz-Holzimprägnierung Nr. 111 erfüllt die Anforderungen an vorbeugenden Holzschutz nach DIN 68 800 – und das unter Wahrung strengster ökologischer und toxikologischer Kriterien. Denn Borsalz ist – wie alle von AURO verarbeiteten Rohstoffe – dem Menschen seit Urzeiten vertraut. Sowohl seine Gewinnung und Verarbeitung als auch seine Entsorgung stehen

im Einklang mit ökologischen Kreisläufen. Und problemlos zu verarbeiten ist es natürlich auch.

Der Natur vertrauen.

AURO

Postfach 1220 · D-3300 Braunschweig · Telefon 05 31 - 89 50 86

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dachverband der Selbstverwaltungswirtschaft
Nachtrag

Der Artikel von Thomas Schaefers über den *CECOP-Arbeitskreis „ICGA"* in der letzten CONTRASTE-Ausgabe wurde an einer wesentlichen Stelle gekürzt wiedergegeben. Es hieß: *„In dieser Situation haben die Ökobank e.G. und der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. sich mit einer Reihe von Projekten und Vernetzungseinrichtungen zusammengesetzt und die Bildung eines informellen Arbeitskreises angeregt, der allen Interessierten offensteht und Kontakte zu CECOP in Brüssel aufgenommen hat. In diesem informellen Arbeitskreis sollte niemand ausgegrenzt und der typische politische Konflikt nach Möglichkeit vermieden werden."* **Der folgende zentrale Ab**schnitt, in dem sowohl der Zeitrahmen, die beteiligten Gruppen und der Name des Arbeitskreises enthalten war, fehlte: *„Im Verlaufe von mehreren Sitzungen des Arbeitskreises seit August 1987, an denen Vertreter der blätterwald eG, des Verbandes der Umweltschutzpapierbetriebe, der Ökobank eG und des Ökobank- Vereins, der G.I.B., der Netzwerke und der BAG, des Wohnbundes, der CONTRASTE, des Institutes für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung und weitere teilgenommen haben, bildeten die beteiligten Gruppen eine „Interessengemeinschaft cooperativ-genossenschaftlich arbeitender Betriebe und Projekte" (ICGA)."*

Nachträgliche Anmerkung des Autors: Mit dieser Passage sollten nicht alle der aufgezählten Gruppen als Gründungsmitglieder der ICGA reklamiert werden. Die CONTRASTE-Mitarbeiter kamen z.B. zur Gründungsversammlung leider zu spät - erst nachmittags. Sehr wohl haben aber die Vertreter der CONTRASTE an mehreren Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen und waren inhaltlich sowohl durch persönliche Kontakte als auch durch umfangreiche Protokolle immer gut informiert.
Dasselbe trifft für Vertreter des BAG Bundesvorstandes zu.

Stellungnahme
zu „1992" und „Dachverband..." in CONTRASTE Mai 1988

In der Mai-Contraste wurde von Dieter Reinke (Ökobank) und Thomas Schaefers (Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens) die ICGA (Interessengemeinschaft cooperativ arbeitender Betriebe und Projekte) vorgestellt. Damit verbunden war die Aufforderung zur Mitarbeit, besonders an die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke (BAG), die sich bisher der ICGA gegenüber skeptisch und reserviert verhält. Auf seiner letzten Sitzung hat sich der BAG-Vorstand mit der ICGA befaßt. Hier seine Stellungnahme.

Vorweg sei betont, daß uns nicht an einem endlosen polemischen Schlagabtausch gelegen ist. Die Beschäftigung mit dem Thema „europäischer Binnenmarkt" finden wir grundsätzlich richtig, wenngleich ihr von seiten der BAG nicht derselbe Stellenwert beigemessen wird wie offensichtlich von der ICGA. Um aber überhaupt in der Lage zu sein, eine fundierte Entscheidung darüber zu fällen, ob ein Engagement auf EG-Ebene mit all den damit in Zusammenhang gebrachten Konsequenzen (Dachverband, Lobby in Brüssel, etc.) notwendig oder für die Selbstverwaltungswirtschaft gar überlebensnotwendig ist, bedarf es noch eines inhaltlichen Klärungsprozesses. Aus Sicht des BAG-Vorstands aber sind bisher alle inhaltlichen Fragen weitestgehend offen geblieben, als da sind:

- was ist der gemeinsame politische Nenner in der ICGA für die ansonsten doch so unterschiedlichen Organisationen G.I.B., Ökobank, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung, blätterwald, Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens etc.
- welche finanziellen und politischen Ziele sollen mit der ICGA verfolgt werden?
- auf welche Erfahrungen beruft sich die ICGA, wenn es heißt, nach den bisherigen Erfahrungen sei ein Lobbyverband, der für die Selbstverwaltungs-Wirtschaft national und international auftreten kann, notwendiger denn je?
- welche konkreten Auswirkungen sind für die Selbstverwaltungs-Wirtschaft nach der Einführung des europäischen Binnenmarktes 1992 zu erwarten?
- was ist unter einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt der Selbstverwaltungs-Wirtschaft zu verstehen? Ist ein solcher Aktionsradius für die Selbstverwaltungs-Betriebe überhaupt denkbar und wenn ja, wie?
- was ist in diesem Zusammenhang von einer Kooperation mit der CECOP zu erwarten? Welche Möglichkeiten werden dadurch eröffnet?

Angesichts dieser Fülle ungeklärter Fragen kann unserer Meinung nach die Mitarbeit in der ICGA weder grundsätzlich bejaht noch verneint werden. Dennoch halten wir es für sinnvoll, das Thema „Binnenmarkt" weiterzuverfolgen und sich eine Einschätzung der davon auf die Selbstverwaltungs-Wirtschaft ausgehenden Wirkungen zu erarbeiten.

Der Vorstand der BAG

TIPS

Künstlersozialkasse
Verlage, Galeristen, Werbeagenturen und andere professionelle Kunstvermarkter müssen in die Sozialversicherung der Künstler einzahlen. Selbständige Künstler und Publizisten werden durch die Künstlersozialversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung pflichtversichert. Sie zahlen wie Arbeitnehmer den halben Beitrag. Die andere Hälfte wird zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln aus der „Künstlersozialabgabe" finanziert. Diese Abgabe wird von professionellen Vermarktern erhoben. Bemessungsgrundlage für den Umlagebeitrag des einzelnen Vermarkters sind seine jährlichen Honrare an die Künstler, unabhängig davon, ob die Künstler nach dem Gesetz versichert sind oder nicht.

Mutterschaftsgeld
Auch für Kollektive gilt der § 200 der RVO, wenn eine Kollektivistin sozialversicherungspflichtig ist. Erfolgt eine Entbindung früher, als nach dem Zeugnis eines Arztes anzunehmen war, und beginnt der Sechswochenzeitraum für den Anspruch auf Mutterschaftsgeld gemäß § 200 RVO dementsprechend früher, so besteht auch der Anspruch auf Zuschuß zum Mutterschaftsgeld für die Zeit, für die Mutterschaftsgeld zu zahlen ist.

Versicherungspflicht
Auch die geringfügige Beschäftigung ist ja in Kollektiven und Projekten üblich. Hier ist jedoch unbedingt aufzupassen, denn der Arbeitgeber - das Kollektiv oder Projekt - hat bei Mehrfachbeschäftigten auch dann Beiträge zur Krankenversicherung und Rentenversicherung abzuführen, wenn ihm unbekannt geblieben ist, daß eine Person im Rahmen geringfügiger Beschäftigung durch eine weitere Tätigkeit anderweitig versicherungs- und beitragspflichtig geworden ist. Der Arbeitgeber haftet also für die Beiträge!

Ökologie
Da der Bereich der Ökologie in der CONTRASTE bislang nur sehr bescheiden vorkommt, sollen insbesondere ökologische Forschungsinstitute und Projekte angesprochen werden, die CONTRASTE verstärkt auch als Sprachrohr und Diskussionsforum zu nutzen. Neben einem Beitrag in einem Rundbrief an alle AGÖF-Institute und Projekte, mögen auch die dort nicht organisierten Projekte sich hierdurch angsprochen fühlen. Bis zu weiteren Entscheidung sollen diese Beiträge durch die Bremer Redaktion koordiniert werden.

Arbeitsförderungsgesetz

Neufassung der Vorschriften über die Bemessung des Arbeitslosengeldes

Red. Bremen Entscheidend für die Statuswahl im Betrieb ist unter anderem auch der Gedanke, für alle Fälle den Fuß in der Tür zur Sozialversicherung zu halten. Dieses gilt insbesondere für den Fall der Arbeitslosigkeit bei Ausscheiden aus dem Kollektiv. Hier hat sich allerdings entscheidendes getan und vielen Absichten ist jetzt der Weg verbaut durch die Änderung des § 112 AFG und die Ergänzung des § 132 a.

Die wohl entscheidenste Änderung ist der § 112. Galt bislang die Regel, daß das Einkommen der letzten drei Monate vor Ausscheiden aus dem Betrieb Bemessungsgrundlage war, so hat sich jetzt der Gesetzgeber etwas neues einfallen lassen. In der sogenannten Arbeitsbescheinigung ist das Einkommen der letzten **zwölf** Monate zu dokumentieren. Zweck ist die Prüfung, ob in den letzten zwölf Monaten eine außergewöhnliche Lohnsteigerung zu verzeichnen war. Ist dem so, dann wird das Durchschnittseinkommen der gesamten zwölf Monate für die Bemessung des Arbeitslosengeldes herangezogen.

Als außergewöhnliche Steigerung sieht das Arbeitsamt eine Einkommenserhöhung an, die über die betriebsüblichen Erhöhungen hinausgeht **und** wenn sich dadurch das durchschnittliche Wocheneinkommen in den letzten drei Monaten um mehr als ein Drittel erhöht hat, als der durchschnittliche Jahresverdienst.

Im umgekehrten Fall ist also zukünftig darauf zu achten, daß eine Einkommenssteigerung für die letzten drei Monate vor Ausscheiden 32 % nicht überschreitet.

Um Falschauskünften einen Riegel vorzuschieben, ist auch der § 132a ergänzt worden. Hier wird jetzt den Arbeitsämtern die Möglichkeit eingeräumt, eine stichprobenartige Überprüfung vornehmen zu können. Die zum 1.7.87 neu geregelte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld ergibt sich aus folgender Tabelle:

P.H./H.D.

Nach einer Beitragspflicht von	innerhalb einer Rahmenfrist von	ab Lj.	Anspruchsdauer
12 Monaten (360 Kalendertagen)	3 Jahren		6 Monate (156 Wochentage)
16 Monaten (480 Kalendertagen)	7 Jahren		8 Monate (208 Wochentage)
20 Monaten (600 Kalendertagen)	7 Jahren		10 Monate (260 Wochentage)
24 Monaten (720 Kalendertagen)	7 Jahren		12 Monate (312 Wochentage)
28 Monaten (840 Kalendertagen)	7 Jahren	42.	14 Monate (364 Wochentage)
32 Monaten (960 Kalendertagen)	7 Jahren	42.	16 Monate (416 Wochentage)
36 Monaten (1080 Kalendertagen)	7 Jahren	42.	18 Monate (468 Wochentage)
40 Monaten (1200 Kalendertagen)	7 Jahren	44.	20 Monate (520 Wochentage)
44 Monaten (1320 Kalendertagen)	7 Jahren	44.	22 Monate (572 Wochentage)
48 Monaten (1440 Kalendertagen)	7 Jahren	49.	24 Monate (624 Wochentage)
52 Monaten (1560 Kalendertagen)	7 Jahren	49.	26 Monate (676 Wochentage)
56 Monaten (1680 Kalendertagen)	7 Jahren	54.	28 Monate (728 Wochentage)
60 Monaten (1800 Kalendertagen)	7 Jahren	54.	30 Monate (780 Wochentage)
64 Monaten (1920 Kalendertagen)	7 Jahren	54.	32 Monate (832 Wochentage)

Unterstützung des Arbeitsamtes für Selbständige

Red. Bremen Seit 1986 unterstützt das Arbeitsamt Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen. Nach einer positiven Stellungnahme einer fachkundigen Stelle (Betriebsberater, Steuerberater, Handels- und Handwerkskammern usw.) wird Arbeitslosengeld oder -hilfe für **26 Wochen** unter dem Namen **Überbrückungsgeld** plus 30-50% für Versicherungsleistungen weitergezahlt. Danach stellt das Arbeitsamt die Zahlungen ein. Muß ein Existenzgründer nach einem Jahr sein Geschäft schließen, ist evtl. eine weitere Zahlung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe ausgeschlossen. Hierbei sind die jeweiligen persönlichen Voraussetzungen entscheidend.

Wenn sich jemand selbständig machen will, kann er dies aber auch in der Form einer **Nebentätigkeit** machen. D.h., man eröffnet ein Geschäft und arbeitet darin weniger als 18 Stunden in der Woche. In einem derartigen Fall wird weiterhin Arbeitslosengeld oder -hilfe gezahlt. Wird aus dem Betrieb jedoch ein Einkommen erzielt, so wird dieses angerechnet wie bei einer sonstigen lohnabhängigen Beschäftigung.

Wichtig ist: Man steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und ist bereit, eine evtl. zugewiesene zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Ist man mehr als 18 Stunden pro Woche im Betrieb tätig, steht man dem Arbeitsmarkt eben nicht mehr zur Verfügung. Eine zeitliche Befristung aufgrund der selbständigen Tätigkeit wie beim Überbrückungsgeld gibt es nicht.

Sollte es also Probleme mit dem Geschäft geben, kann man immer noch auf die laufende Unterstützung des Arbeitsamtes zurückgreifen. Es sollte sich also jeder überlegen, ob er gleich ins „kalte Wasser springt" oder es erstmal „nebenbei" ausprobiert.

Auf jeden Fall muß die Gewerbeanmeldung dem Arbeitsamt gemeldet werden.

H.D.

Anzeige

Für Kollektive, Teams, selbstverwaltete Betriebe:
KOMMUNIKATIVE BRUCHLANDUNG — PLEITE IM BETRIEB?
Finanzielle und betriebswirtschaftliche Probleme fördern Psycho-Streß im Betrieb, Kommunikationsstörungen in der Gruppe blockieren die Arbeit. Oft schaukelt sich beides gegenseitig auf, bis nichts mehr geht. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, müssen beide Problemfelder gleichzeitig bearbeitet werden. Wir tun das.
Broschüre bestellen oder anrufen:
»Organisation und Feeling«
Supervision, Betriebsberatung
D. Bruchschmidt (Dipl. HdL)
G. Beck (Dipl. Supervisor)
Wolfsgangstr. 84, 6 Ffm. 1
Tel. 0 69 - 59 37 91

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kollektiv & Recht

Arbeitnehmerhaftung in Kollektiven

Die Tatsache, daß auch in Kollektiven und selbstverwalteten Projekten rechtlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch unterschiedlichen Status unterschieden werden kann, ist bekannt. Daß dieses Verhältnis allerdings zu massiven Konflikten führen kann, ist weniger bekannt.

Solange ein Kollektiv funktioniert, kann es sich solidarisch verhalten und Fragen der Arbeitnehmerhaftung auch kollektiv klären. Da dieses aber zukünftig nie voraussehbar ist, sollten Kollektive sich darum bemühen, zumindest in diesem Punkt Regelungen für einen Haftungsausschluß zu finden.

Nach bisheriger Rechtslage haftet nämlich ein Arbeitgeber für grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführte Schäden. d.h., er kann für einen entstandenen Schaden ersatzpflichtig gemacht werden! Eine Haftungseinschränkung gibt es bei sogenannter gefahrgeneigter Arbeit. Hierunter versteht man Arbeiten, die durch ihre Eigenart eher zu möglichen Fehlern führen können. Diesen Bereich näher zu beschreiben, ist einerseits aus Platzgründen nicht möglich, andererseits urteilt hier die Rechtssprechung so, daß sie sagt, was gefahrgeneigte Arbeit ist, ist in jedem Einzelfall separat zu prüfen.

Grundsätzlich ist der Arbeitgeber natürlich im Rahmen seiner Fürsorgepflicht gehalten, den Arbeitnehmer von ruinösen Schadenersatzforderungen freizuhalten, etwa durch den Abschluß von Versicherungen, wie etwa einer Betriebshaftpflichtversicherung oder bei Kraftfahrzeugen z.B. einer Vollkaskoversicherung.

Allerdings geschädigter braucht nicht der Arbeitgeber, das Kollektiv, zu sein. Ein Koch z.B., welcher schlechtes Essen austeilt, haftet persönlich, ebenso, wie eine Betreuerin, die ihre Aufsichtspflicht verletzt. Diese Punkte sollen beim Versicherungsschutz genau besprochen werden.

Problematischer wird es z.B. bei Transport-Kollektiven. Verursacht dort z.B. ein Arbeitnehmer einen Unfall, so ersetzt zwar der Transportversicherer den Schaden am Ladungsgut, kann aber den Fahrer versuchen in Regress zu nehmen. Dieses passiert auch in der Praxis und kann zu unschönen Auseinandersetzungen führen, wenn nämlich ein Gericht den Regress für rechtens hälst und der Arbeitnehmer wiederum prüfen muß, ob er seinen Arbeitgeber wegen Verletzung der Fürsorgepflicht verklagen kann. Gerade was diesen Punkt angeht, ist immer jeder Einzelfall zu prüfen. Grundsätzlich prüfen sollten jedoch Kollektive, inwieweit hier für alle Beteiligten vertragliche Regelungen diese Auseinandersetzungen vorher verhindern können.

H.D.

Die Redaktion der Service-Seite ist bemüht, aktuelle Fragen aufzugreifen. Wer Themenvorschläge machen will oder auch konkrete Fragen zu anstehenden Problemen hat, der kann sich an die Hamburger Redaktion wenden. Wir greifen diese Fragen thematisch auf, beantworten sie direkt oder leiten sie an entsprechende Einrichtungen zur Bearbeitung und Beantwortung weiter.

Redaktion Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22

Rezension

Anarchismus: Mit oder ohne Genossenschaften?

Burghard Flieger

Eine einzigartige Gelegenheit: Das Genossenschaftssystem und der anarchistische Kollektivismus existierten Mitte 1936 bis Anfang 1939 im spanischen Katalonien gleichzeitig. Stefan Loibl nimmt dies zum Anlaß, in seinem Buch „Kollektiv oder kooperativ?" Überschneidungen, vor allem aber Unterschiede und Widersprüche beider Sozialbewegungen herauszuarbeiten. Ohne dies eindeutig zu formulieren, macht er es sich zur Aufgabe, die „Fortschrittlichkeit" der Genossenschaften zu untersuchen in einer Situation, „in der sie über ungleich mehr Möglichkeiten verfügten als unter 'normalen' Bedingungen."

Ein schwieriges Unterfangen. Versucht doch Loibl Einblick in eine Zeit zu geben, die mehr durch Mythen als durch Dokumente widergespiegelt wird. Hierin liegt der größte Verdienst des Buches, in den - wie es der Genossenschaftstheoretiker Klaus Novy ausdrücken würde - „wirtschaftsarchäologischen Bemühungen zur Vielfalt verschütteter Formen der Gegenökonomie". Loibls Ergebnis bleibt denn auch zwiespältig: „All das in Gesamtheit gibt aber keineswegs ein geschlossenes Bild, sondern vergrößert noch die Verwirrung. Das Verhältnis der Kollektivisten zu den Genossenschaften bleibt ungeklärt - genauso unklar, wie es sich (aus den schon geschilderten Gründen) umgekehrt darstellt."

Wer also klare Ergebnisse erhofft, wird enttäuscht. Dabei sind die Sympathien Loibls eindeutig. Sein Herz schlägt auf Seiten der Kollektivisten. Dies verstellt ihm auch manchmal den Blick, wenn er etwa wenig Verständnis für den Widerstand genossenschaftlicher Bäckereien gegen ihre Kollektivierung zeigt. Daß die mit diesem Beispiel verbundene Zentralisierung zudem gegen anarchistische Prizipien verstößt, nimmt er einfach nicht wahr.

Festzuhalten bleibt, die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Katalonien nahm einen eher konservativen Verlauf, „bedacht auf die Stärkung der wirtschaftlichen Situation seiner einzelnen Einheiten - und damit auf den materiellen Vorteil der Mitglieder ausgerichtet, als bemüht um gesellschaftsverändernde Perspektiven." Loibls Kritik gilt aber auch der Kollektivbewegung, „von der nicht genügend - oder falsche - Schritte unternommen wurden, um die bestehenden Genossenschaftsstrukturen in die Revolution zu integrieren."

Seine Schlußfolgerung daraus liegt nahe: Er rät den SelbstverwalterInnen, sich mit ihren historischen Vorläufern zu beschäftigen, „um grundsätzlich Aufschluß darüber zu erlangen, ob ihre Ansprüche und Ziele überhaupt Rückhalt im Charakter und den tatsächlichen Erfahrungen dieser Konzepte finden; und zweitens, um sich Kenntnis über die strittigen Aspekte und konkreten Probleme zu verschaffen". Genau hierfür ist sein Buch ein weiter zu vertiefender Ansatz.

Stefan Loibl: Kollektiv oder kooperativ? Genossenschaften und Kollektive in Katalonien, Verlag edition tranvía, Berlin 1988, DM 16,80.

Laßt uns Lernen lernen!
Arbeit und Ausbildung in Selbstverwaltung

Endlich ist er da!

Der READER zur bundesweiten Tagung vom Mai '87 in Bremen - mit vielen verschiedenen Beiträgen zur Theorie und Praxis selbstverwalteter Arbeit und **Ausbildung.**

Zu bestellen beim VERBUND
DM 10,-/Exemplar
zahlbar per Scheck
oder Briefmarken

Verbund **Ausbildung in Selbstverwaltung** e.V.
Heinrichstraße 2f
2800 Bremen 1
Telefon 04 21/32 69 84

Genossenschafts-förderung

Vereinsperspektiven

Der „Verein zur Förderung des Genossenschaftsverbandes" steht vor einer neuen Aufgabe. Ab August wird er für zwei Jahre Träger eines Modellprojektes des *Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung* aus dem Haushaltstitel *„Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik"*.
Der Auftrag lautet: Erschließung neuer Wege für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohter, die sich mit genossenschaftlich geführten Betrieben selbständig machen wollen. Neben der Aufbauhilfe bzw. Projektfindung steht die neue *„Verbundsstelle"* dann auch bei der Durchführung von konkreten Projekten als Anlaufadresse zur Verfügung. Drei MitarbeiterInnen werden das Team im Vereinsbüro verstärken. Schon jetzt können Gruppen, Vereine, Verbände u.ä., die in Zukunft in dieser Sache mit der „Verbundstelle" zusammenarbeiten wollen, mit uns in Verbindung treten.

Rechtsform-Arbeitskreis

Am 16. Mai traf sich der Rechtsform-AK des Vereins zur ersten, konstituierenden Sitzung in Bonn. 15 Experten, überwiegend Mitglieder des Vereins, kamen zusammen, um *Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung neuer Genossenschaften* zu erarbeiten. Im Vordergrund der Diskussion standen Novellierungsvorschläge des bestehenden Genossenschaftsgesetzes in Hinblick auf die Erfordernisse kleiner produktiv-genossenschaftlicher Betriebe. Die Planung und Koordination des Arbeitskreises haben *W. Beywl* und *A. Bußmann* übernommen. Über Arbeitsergebnisse werden wir noch berichten.

Genossenschafts-seminare

Voraussichtlich vom 26.-27. Oktober 1988 wird der Verein, in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein Genossenschaftsseminar durchführen. Der vorläufige Arbeitstitel der Veranstaltung lautet: *„Selbsthilfe heute - die Aktualität des Genossenschaftsgedankens, internationales Seminar zum 100. Todesjahr Raiffeisens"*. Themenschwerpunkt wird die vergleichende Darstellung der Rahmenbedingungen genossenschaftlicher Betriebe im Ausland sein. Außerdem sollen aus vorliegenden internationalen Erfahrungen Perspektiven für die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft in der Bundesrepublik erarbeitet werden. Dabei wird dem Verhältnis von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften ein besonderer Platz eingeräumt. Nähere Informationen werden in der CONTRASTE bekannt gegeben.

Das Gustav-Stresemann-Institut in Bonn veranstaltet ein *„Deutsch-italienisches Seminar zu Genossenschaften und sozialer Selbsthilfe"*. Das Seminar trägt den Titel: Moderne Zeiten - alte Rezepte. Die Veranstaltung ist als Bildungsurlaub anerkannt und findet vom 12.-18. Juni statt. Es werden italienische Gäste aus genossenschaftlichen Betrieben kommen. Für Simultan-Übersetzung ist gesorgt. Weitere Informationen erteilt das
Gustav-Stresemann-Institut
Langer Grabenweg 68
5300 Bonn 2
☎ (0228) 810 71 69

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Marsch durch die Organisationen oder Selbstorganisation?

Gedanken zu den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden

Bodo Treichler

Red. Freiburg Ist es eigentlich kleinkariertes Szenedenken, wenn die Selbstverwaltungswirtschaft nicht den geraden Genossenschaftspfad entlangstapft, sondern mit fliegenden Fahnen die Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder die Gesellschaft mit beschränkter Haftung kürt? Eindeutig beantworten läßt sich die Frage nicht, aber die folgenden Überlegungen und Argumente tragen vielleicht zu einem Klärungsprozess bei.

Zur Erinnerung: Seit dem 30. Oktober hat jeder genossenschaftliche Prüfungsverband – laut Reichsanzeiger Nr. 256 – unverändert folgende Aufgabe:

„Die genossenschaftliche Prüfung ist anders als die aktienrechtliche Prüfung keine bloße Bilanzprüfung, sondern erstreckt sich auf die gesamten Einrichtungen, die Vermögenslage sowie die Geschäftsführung der Genossenschaft. Zur genossenschaftlichen Prüfung gehört nicht nur die Prüfung, ob die Bilanz nebst Verlust- und Gewinnrechnung ordnungsgemäß aufgestellt ist, und ob die Bewertung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht; die genossenschaftliche Prüfung hat sich auch darauf zu erstrekken, ob die gesamte Geschäfts- und Kreditpolitik der Verwaltung der Genossenschaft den besonderen langjährigen genossenschaftlichen Erfahrungen entspricht."

Übertragen wurde ihm also eine Prüfung generale, die neben der Prüfungsverfolgung auch die Beratung und Betreuung durch den Prüfungsverband miteinschließt. Ideologisch geprägt sind die Kriterien, nach denen die Prüfung erfolgt, durch langjährige genossenschaftliche Erfahrungen in Geschäfts- und Kreditpolitik sowie in der Verwaltung.

Problematische Vermischung unterschiedlicher Aufgaben

Kritik an der Prüfung „general" ist den Alt-Genossen nicht neu. So forderte beispielsweise der Betriebswirtschaftler *Niklisch* schon sehr früh, daß sich die Verbände auf ihre Prüfungsaufgaben beschränken und die Fremdbestimmung durch sie beendet werden solle. Seine Grundüberlegung:

- Die Genossenschaft wird sonst zu sehr von der Beratung des Genossenschaftsverbandes abhängig.
- Die Prüfung durch den Prüfungsverband ist nicht unabhängig genug von der zu prüfenden Genossenschaft.

Auch im Referentenentwurf von 1962 für ein neues Genossenschaftsgesetz wurde die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft diskutiert. Sie scheiterte an dem Widerstand der Genossenschaftsverbände, die sich in ihrer Arbeit seit 1934 bestätigt fühlten. Ebenfalls konnte der Vorschlag einer Trennung der Doppelnatur der Prüfungsverbände, der Prüfungs- und Beratungsfunktion, politisch nicht durchgesetzt werden. Der hinter solchen Veränderungsbemühungen steckende Vorwurf, die Prüfungsverbände würden ihre Ratschläge und Empfehlungen zwanghaft durchsetzen, läßt sich nur schwer belegen. Sie verweisen mit Recht darauf, daß es für sie keine rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten gibt. Alles erfolge jeweils aufgrund „freiwilliger Vereinbarungen". Die nicht unübliche Praxis, insbesondere in der ländlichen Genossenschaftsbewegung, Mitarbeiter der Prüfungsverbände als Geschäftsführer einzusetzen, gibt allerdings einen der vielen Anlässe zu Zweifeln.

Hinzu kommt ein verändertes Leitbild der heutigen Verbände. Zielgruppe ist nicht die kleine Selbsthilfekooperation, sondern das expandierende genossenschaftliche Großunternehmen. Die unterkapitalisierten Kleinbetriebe sind nämlich insolvenzgefährdet und schaden dem Ruf der Sippe. Die Verbände werden damit zum Interessensorgan der bestehenden, konsolidierten Genossenschaften mit ihren Kernzielen Marktbehauptung, Wachstum und Konkurrenzfähigkeit.

Die Kraft der Selbsthilfe wird der Produktivgenossenschaft, auch den neuen Selbstverwaltungsbetrieben zuerkannt. Nach Auffassung der Prüfungsverbände ist es für diese aber überlebensnotwendig, hehre Ziele der Selbstverwaltung einschließlich Kapitalneutralisierung und Kostendeckung abzustreifen. Sie sollen zu den „gemeinsamen" Zielen wie Selbstverantwortung, Solidarität und Gewinnmaximierung zurückkehren.

Soziale Innovation durch Annäherung

Welche Überlegungen sind nun der eigentliche Grund für einen Versuch, mit den traditionellen Genossenschaftsverbänden Arm in Arm in die selbstverwaltete Zukunft zu gehen? Die andere Lösung, parlamentarische Mehrheiten für eine Veränderung des Genossenschaftsgesetzes, das ja für die Erlangung der Rechtsform die Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband vorschreibt, steht vorerst in den Sternen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung sehen die Marschierer durch die genossenschaftlichen Institutionen für ihren Weg folgende Vorteile:

- Für die Gründung eines eigenen Verbandes fehlen die finanziellen Mittel.
- Ob die möglichen Verbandsträger ausreichende Qualifikationen aufweisen können, ist zweifelhaft, da nur mit einem Wirtschaftsprüfer das Prozedere einer Verbandsgründung eingeleitet werden kann.
- Verbandsmitgliedschaft in einem traditionellen Verband bedeutet auch über den Verband hinaus akzeptierter Schutz mit den Chancen einer verbesserten Wirtschaftlichkeit und Stabilität der neuen Genossenschaftsbewegung.
- Der Genossenschaftsgedanke könnte in einem Annäherungs- und Akzeptanzprozess neu belebt werden und zu einer sozialen Innovation zwischen der „alten" und der „neuen" Bewegung führen.
- Die genossenschaftliche Tradition und Rechtsform sollte nicht kampflos den transformierten Genossenschaften überlassen werden. Einklagbar ist eine gemeinsame Plattform unter den Leitbegriffen „Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung".

Tatsache ist, daß sich zwei unterschiedliche Bewegungen gegenüberstehen. Die eine kommt aus der Arbeiterbewegung und karitativen Denkern des Wirtschaftsliberalismus. Sie schufen einen Kooperationsbegriff, der nur noch als taktisches Element im betriebswirtschaftlichen Kalkül der genossenschaftlichen Großunternehmen erhalten blieb. Die andere Bewegung hat ihre Wurzel im ökologischen Produkt, in der intellektuellen Arbeitslosigkeit und im Bestreben, egalitäre Arbeits- und Lebensweisen zu verwirklichen.

Gemeinsam ist beiden Bewegungen, daß sie ihre Existenz in einer Markt- bzw. Konkurrenzwirtschaft behaupten müssen. Dies erfordert die Verwendung eines betriebswirtschaftlichen Instrumentariums, das ihr Überleben sichert. Hier jedoch trennen sich eigentlich schon wieder die Wege. Das betriebswirtschaftliche Instrumentarium ist nicht neutral. Vielmehr erfordern unterschiedliche Werte und Ziele auch unterschiedliche Mittel und Betrachtungsweisen: Ökologie und Selbstverwaltung lassen sich nicht unter dem ausschließlichen Primat der Kostenminderung erreichen.

Ein Verband nicht nur für Genossenschaften

Ausweg aus dem Dilemma der Ziel- und Werteunterschiede wäre ein eigener Verband für die Selbstverwaltungswirtschaft.
Was aber könnte der grobe Orientierungsrahmen eines solchen Verbandes sein? Soll Selbstverwaltung verstärkt entwickelt und gefördert werden, ist zu berücksichtigen, daß sich die Betriebe der Selbstverwaltungswirtschaft nicht nur in der Rechtsform der Genossenschaft bewegen: Offener Zutritt für nicht als Genossenschaft geführte Betriebe wäre somit unabdingbar.

Weitere Aufgabe des Verbandes könnte sein, spezifische Beratungs- und Förderinstrumentarien für die unterschiedlichen Selbstverwaltungsbetriebe und -einrichtungen zu ermitteln und zur Verfügung zu stellen. Bedarf besteht vermutlich in der Gründungsberatung, bei der Evaluierung der Zielformulierungen, der Bewältigung bzw. der Erfüllung gesetzlicher Auflagen, dem Aufbau gemeinsamer Vernetzungs- und Absatzstrukturen, der Entwicklung eigener Marketingstrategien, der Festigung einer partizipativen Aufbau- und Ablauforganisation sowie der Vertiefung eines spezifischen Qualifizierungsangebotes.

Kurzmeldungen

Freiheit bei der Verbandswahl als Vielzweck-genossenschaft

Gründung der Lerchenhof e.G.

Die Handwerksgenossenschaft Lerchenhof e.G. wurde mit dem 13.4.1988 in das Genossenschaftsregister aufgenommen. Sie ist Mitglied beim Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. Hamburg.

Auf den ersten Blick erscheint die Mitgliedschaft einer **Handwerks**genossenschaft in einem Prüfungsverband der Konsum- und Verbrauchergenossenschaften eher ungewöhnlich, handelt es sich doch offenbar um eine Produktivgenossenschaft, die durch ihren Geschäftsbetrieb Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Die Lerchenhof e.G. hat sich jedoch lt. Satzung zugleich zum Ziel gesetzt, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im Bereich dezentraler Energieversorgung aufzubauen sowie ihre Mitglieder durch Bildung von Einkaufsgruppen und Beratung in allen Verbraucherangelegenheiten zu fördern. Damit sind die Förderzwecke einer Verbrauchergenossenschaft ebenfalls erfüllt. Es handelt sich daher um eine sogenannte „Vielzweckgenossenschaft", die unter mehreren für sie infrage kommenden Verbänden wählen kann.

Die Lerchenhof e.G. nahm bereits im September 1987 ihren Geschäftsbetrieb als Genossenschaft in Gründung auf. Ihre Hauptaktivitäten liegen im Bausanierungshandwerk und umfassen die Gewerbe Mauerei, Tischlerei, Gas-/Wasser- und Elektroinstallation. Die Genossenschaft wurde sowohl von der Hamburger LAWAETZ-Stiftung als auch von der Stiftung Jugendmarke, Bonn, durch Zuwendung finanzieller Mittel unterstützt.

Die Genossenschaft wird von sechs MitarbeiterInnen und einem eingetragenen Verein getragen; die Aufnahme weiterer Mitglieder ist geplant.

Thomas Schaefers

Gemeinnützigkeit durch Förderung Behinderter

Gärtnerei am Stüffel e.G.

Die Gemeinnützige Gärtnerei am Stüffel e.G., Hamburg, wurde am 2.3.1988 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Sie zeigt ein wesentliches Charakteristikum ihrer Aktivitäten bereits im Titel an: die Gemeinnützigkeit. Die Gärtnerei am Stüffel erfüllt verbraucherwirtschaftliche Zwecke im Rahmen der Förderung von Integration und Ausbildung behinderter Menschen. Kernstück des Projektes ist ein Gärtnereibetrieb, in dem bis zu neun Jugendliche unter Anleitung eines Gartenbaumeisters eine dreijährige Ausbildung erhalten. Sie soll die Jugendlichen dazu befähigen, nach Abschluß der Gesellenprüfung auch in jedem anderen Gartenbaubetrieb arbeiten zu können.

Angebaut werden alle gängigen Gemüsesorten nach dem biologisch/dynamischen Verfahren. Die Produkte sollen frei verkauft sowie den Schulküchen der Hamburger Rudolf-Steiner-Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Genossenschaft geht hervor aus dem Rudolf-Steiner-Bildungswerk und wurde beim Aufbau maßgeblich unterstützt von der dem Bildungswerk zugehörigen Christophorus-Schule in Hamburg-Berstedt. An der Gründung beteiligten sich 31 Lehrer und Eltern der Schule.

Thomas Schaefers

Standbein durch wirtschaftliche Aktivitäten im Freizeitbereich

Metall-Holzmanufaktur, Genossenschaft für Arbeit und Leben i.G.

In Rhauderfehn, Ostfriesland, besteht seit einiger Zeit die „Metall-Holzmanufaktur, Genossenschaft für Arbeit und Leben i.G.". Rhauderfehn liegt in einer Region Ostfrieslands, die mit über 25 % Arbeitslosigkeit einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik hält. Zweck der Genossenschaft ist die Schaffung sinnvoller, dauerhafter Arbeitsplätze, insbesondere für Jugendliche, die nach Abschluß von Qualifizierungsmaßnahmen wieder von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Da die Absatzmöglichkeiten handwerklicher Produkte im strukturschwachen Ostfriesland gerade für neugegründete Unternehmen sehr schwierig sind, wurden zunächst wirtschaftliche Aktivitäten im Freizeitbereich aufgenommen, um das Überleben des Handwerksbetriebes abzusichern. Zur Organisation dieses zweifachen Geschäftsbetriebes erweist sich die Rechtsform der Genossenschaft als die geeignete, weil das erwirtschaftete Kapital am Gesamtbetrieb gebunden bleibt. Die Genossenschaft wird in diesem Jahr interessante Gruppenreisen nach Kuba, China, Ungarn und in die DDR durchführen.

Die junge Genossenschaft ist auf Solidarität und Unterstützung angewiesen.

Kontaktanschrift:
Am Heidacker 2
2953 Rhauderfehn-Burlage
☎ (04967) 5 66

Ludger Porada

Wohngemeinnützigkeit und Selbstverwaltung

Red. Köln/Bonn Auf Antrag der SPD-Fraktion kam es am 10. März im Bundestag zu einer heftigen Debatte um die geplante *Aufhebung der Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen* durch die Bundesregierung (siehe auch CONTRASTE 1/88). Mit der Aufhebung der Steuerbefreiung ist nicht nur der Mieterschutz von fast 8 Mio. zumeist einkommensschwacher Mieter gefährdet, sondern auch der Bestand an historisch gewachsenen, mieternahen Wohnformen. Leider wird die gemeinnützige Wohnungswirtschaft allzuoft als Synonym für „Neue Heimat" gebraucht, wobei übersehen wird, daß der überwiegende Teil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen überschaubar und mieternah ist. Das geplante Gesetz ist politisch nichts anderes als ein Gesetz zur Förderung der Privatisierung sozial-gebundenen Wohnungsbestands. Eine sozial-politisch erwünschte Erhaltung, Unterstützung und Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen bedarf der Novellierung und Stärkung der Wohngemeinnützigkeit. Dies forderte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (Drucksache 11/1389). Die Fraktion der Grünen hat bereits einen Gesetzesentwurf dazu vorgelegt (Drucksache 11/2199).
Die Drucksachen sind gegen Entgeld zu beziehen bei:
Verlag Dr. H. Heger
PF 20 13 63, 5300 Bonn 2

Ludger Porada

Weg aus der Krise

In CONTRASTE April '88 wird eine Stellungnahme der Ökobank zum Thema Schuldenkrise der Entwicklungsländer/IWF angemahnt. Hierzu hat die Ökobank einen, mit der Thematik vertrauten, Banker gebeten, Stellung zu nehmen. Die folgenden Ausführungen sollen einen möglichen „Weg aus der Krise" aufzeigen. Weitere Überlegungen müssen folgen.

Die Schulden-Medaille hat zwei Seiten: Auf der einen Seite die Entwicklungsländer (EL) mit inzwischen mehr als 1.200 Milliarden US-Dollar (!) Schulden, auf der anderen Seite die Industrie- und Ölländer, die auf Rück- und Zinszahlung bestehen.

Jedem ist dabei heute klar, daß die EL ihre Schulden nicht werden zurückzahlen können. Das sagen heute nicht nur Fachleute, wie der Präsident der FAO (Welternährungsorganisation) Saouma, sondern auch eingefleischte Systembewahrer wie Dr. Herrhausen, immerhin Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank.

Die Gründe, warum die Regierungen der Gläubigerländer und deren Banken das Problem dennoch weiter vor sich herschieben, sind vielfältig, lassen sich aber in zwei Hauptargumenten zusammenfassen: Von Seiten der Gläubigerregierungen ist es die Angst, daß ein Schuldner, dem einmal die Kreditrückzahlung erlassen wurde, auch künftig seine - neu aufgenommenen - Schulden nicht mehr bezahlen wird. Von Seiten der Gläubigerbanken ist es die Befürchtung hoher (Bilanz-)Verluste, da vor allem bei US- und japanischen Banken bisher nur unzureichende Rückstellungen gebildet wurden, so daß bei diesen Banken erhebliche Pleiten drohen.

Praktikable Lösungen im Interesse der EL müssen daher diesen Hintergrund berücksichtigen, wenn sie in der derzeitigen Situation ernstgenommen werden wollen.

Ein derartiger Vorschlag, der auch innerhalb des derzeitigen (Weltwährungs-) Systems durchführbar ist, soll hier in Umrissen zur Diskussion gestellt werden:

50 % der Schulden eines jeden EL werden zum Tageskurs in Inlandswährung umgewandelt. Mit diesem Kapital kann die Gläubigerbank nach Belieben verfahren, wobei vor allem an Investitionen zu denken ist, an denen es den EL in erheblichem Umfang mangelt. Die restlichen 50 % der Schulden werden wie folgt bezahlt: Das einzelne EL kauft für diesen Betrag langlaufende (20 Jahre) sogenannte Zerobonds. Das sind Anleihen, die im Zeitpunkt der Ausgabe (angenommen) 25 % des Wertes kosten und nach etwa 20 Jahren (zusammen mit dem zwischenzeitlich aufgelaufenen Zins und Zinseszins) zu 100% zurückgezahlt werden. Die Gläubigerländer bzw. -banken erhalten also nach 20 Jahren ihre Forderungen in voller Höhe zurück, müssen allerdings auf laufende Zinszahlungen verzichten. Für die erwähnten 25 %, die von den EL zum Kauf der Zerobonds aufgewendet werden müssen, stellen Weltbank und IWF einen - zinslosen - Kredit zur Verfügung, den das jeweilige EL innerhalb von 20 Jahren tilgt.

Nach diesem Vorschlag würde sich die Verschuldung der EL auf 1/8 des Stands von heute reduzieren, die gewaltigen Zinslasten würden völlig verschwinden.

Die Abschreibungen der Gläubigerbanken würden sich zwar erhöhen, aber wohl kaum die intern dafür bereits gebildeten Reserven überschreiten (ausgenommen möglicherweise die US-Banken).

Dafür würde sich in der Zusammenarbeit zwischen EL und den Industriestaaten eine ganz neue Dimension ergeben. Denn die Knebelung der EL durch die Kolonialherrschaft ist ja inzwischen durch die subtilere aber nicht minder demütigende finanzielle Unterwerfung abgelöst worden. Ihre Abschaffung wäre ein erster wichtiger Schritt, um eine für beide Seiten menschenwürdige Zusammenarbeit in Gang zu setzen.

credicus

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wie arbeitet der Ökobank-Verein weiter?

Nach Gründung der Ökobank hat der Verein „Freunde und Förderer der Ökobank" sein satzungsgemäßes Ziel erreicht. Es stellt sich nun die Frage, was macht man mit diesem Verein? Konsens besteht darin, daß die Arbeit dieses Vereins weitergeführt werden soll. Und zwar, um die Ökobank konstruktiv-kritisch zu begleiten und zu unterstützen (z.B. durch regionale Beiräte; beim Aufbau eines Zweigstellennetzes usw.). Uneinigkeit besteht darin, in welcher Form diese künftige Arbeit am besten geleistet werden kann. Die eine Fraktion möchte im wesentlichen an einem Bundesverein festhalten. Die andere Fraktion möchte den eingeschlagenen Weg der Umorganisation des Bundesvereins zu mehreren Landesverbänden mit einem Bundesdachverband weiterverfolgen.

Der Bundesgeschäftsführer des Ökobankvereins und Aufsichtsratsvorsitzende der Ökobank, Dieter Reincke, hat sich zum Wortführer der Fraktion für die Beibehaltung des Bundesvereins gemacht. Bedauerlicherweise erweckt er durch seine Art der Darstellung den Eindruck, als gäbe es keinen Disput in dieser Angelegenheit.

Dieser Eindruck ist falsch. Es gibt nicht nur eine qualifizierte Opposition zu dieser Position, sondern die Mutmaßung ist naheliegend, daß das vorgetragene Votum für einen Bundesverein in der alten Form eine Minderheiten-Position darstellt. Votiert haben für diese Form ca. 10 Delegierte eines Bundesvereins, der ca. 2400 Mitglieder zählt. Nicht anwesend auf dieser Tagung waren Vertreter der LV's Berlin, Niedersachsen-Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und der Regionalgruppen München und Münster u.a.. Sie blieben dieser Versammlung ostentativ fern und haben diese Haltung und dazu ihre Bedenken schriftlich begründet (sonst waren ca. 40 Delegierte immer anwesend). Dennoch wird von den Anwesenden durch das Protokoll dieser Sitzung der Eindruck vermittelt, als würde eine für den Verein repräsentative Beschlußlage herbeigeführt worden sein.

Besonders bedauerlich ist es, daß die vorgetragene Kritik der Nord-AG an dem Modell „Bundesverein" nicht gewürdigt und diskutiert wurde. Den vorgetragenen Argumenten ist nicht begegnet worden. Daß sogar durch das Protokoll und die Verlautbarungen der fälschliche Eindruck vermittelt wird, als gäbe es Einstimmigkeit in dieser Sache, möge der Leser selbst bewerten.

Soviel an Kritik zum Verfahren.

Zur Kritik am Modell „Bundesverein" (das in seiner überarbeiteten Form noch nicht vorliegt):

1. Ortsansässige (in diesem Fall Frankfurter Mitglieder) bzw. in der näheren Umgebung wohnende Mitglieder werden bevorteilt wegen kürzerer und billigerer Anreisen bei Versammlungen (MV's, Del.- Versammlungen etc.)
2. Anderen Mitgliedern wird die Teilhabe an Entscheidungsprozessen durch oben genannte Gründe erschwert. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen dies hinlänglich.
3. Die Meinungs- und Entscheidungsfindung läßt sich in dieser Form nicht effizient gestalten.

4a. Mangelnde Effizienz führt mittelfristig zu mangelnder Teilnahme (s. Del.-Rat vom 23.04.88 wurde nur von einem 1/4 der üblichen Teilnehmerschaft besucht).

4b. Mäßige Teilnahme führt auch nur zu mäßigen (nicht tragfähigen) Beschlüssen.

4c. Beschlüsse ohne ausreichenden Hintergrund können
a) zu falschen Entscheidungen und
b) zu Unmut in der Mitgliedschaft führen.

4d. Unmut in der Mitgliedschaft kann zum Ende der Mitgliedschaft führen.

4e. Das Ende mehrerer Mitgliedschaften führt auch zum Ende einer Sache.

5. Ein Bundesverein ist teuer. Die Verwaltung eines Bundesvereins erfordert eine (mindestens) hauptamtliche Stelle und produziert damit erhebliche Kosten. LV's lassen sich ehrenamtlich und ggf. mit Aufwandsentschädigungen verwalten.
6. Eine Bundesgeschäftsführung kann ein Eigenleben entwickeln, das
a) nicht unbedingt gewünscht ist und
b) dessen Überprüfung Energien und Aufwand erforderlich macht, die anderweitig gewinnbringender einzusetzen sind.
7. Die konstruktiv-kritische Begleitung der Ökobank kann nur vor Ort erfolgen. Eine Bundesorganisation entspricht diesem Anspruch nicht. Diese Aussage ist durch Erklärungen von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern der Ökobank und deren AR-Vorsitzenden bestätigt und belegt worden: 'Die Ökobank braucht das Know-how vor Ort'.

Weitere Kritik der Nord-AG an dem vorgelegten Modell ist allen Delegierten zugegangen und dort oder in Hamburg abforderbar. Wir favorisieren weiterhin das Modell des Dachverbandes mehrerer Landesverbände. Wir sind davon überzeugt, daß in dieser Form eine aktive Teilhabe an der Sache möglich ist. Und zwar mit vertretbarem, individuellem zeitlichen und finanziellen Aufwand.

Der Einwand, das durch die Bundesgeschäftsführung vorgetragene Modell sei schließlich doch ein Kompromiß zwischen den Positionen, ist durch die vorgebrachte Kritik der Nord-AG entkräftet worden. Eine Erwiderung auf diese Argumente gibt es bislang nicht!

Jens Reuter

Die Mühen der Ebenen

Zur Zukunft des Ökobank-Vereins

Überstanden sind die Mühen der Berge. Die Ökobank ist da. Der Verein "Freunde und Förderer der Ökobank" hat sein Ziel erreicht. Was machen wir nun mit ihm ?

Man kann den Ausgangspunkt zukünftiger Perspektiven auch folgendermaßen umschreiben: Stell dir vor, die Bank ist da, und darf sich politisch nicht äußern. Darf nichts zur Politik der Deutschen Bank in Südafrika und anderswo, darf nichts zu IWF und Weltbank sagen. Sie darf nichts zur politischen Durchsetzung ökologisch und sozial sinnvoller Produkte und Produktionsweisen sagen. Sie darf lediglich Geld verteilen. Der Weg der Bank zu einem gewöhnlichen Geldvermittlungsinstitut wäre ohne politisch handlungsfähigen Verein vorgezeichnet. Die Bank als Instrument zur Förderung neuer Wirtschaftsformen bedarf einer treibenden Kraft.

Winfried Damm hat in „Quo vadis Ökobankverein" (CONTRASTE April 88) bereits die Konturen der zukünftigen Vereinsaufgaben beschrieben:

Lobbyarbeit, Vernetzung und **Forschung** für die Betriebe. Zu ergänzen ist: Mit den Betrieben, frei nach Burghard Flieger. Er hatte bereits vor einiger Zeit in der CONTRASTE auf das Manko konventioneller Forschung hingewiesen: Die Betroffenen bleiben draußen. Sie sind weiterhin Objekt der Forschung. Notwendig ist die Integration der Beforschten in den Untersuchungs- und Erkenntnisprozeß.

Zynische Kritiker mögen einwenden, es würde über die neuen Kooperationen mehr geforscht als dort gearbeitet werde. Tatsache ist aber, daß kaum jemand einen Überblick darüber hat, wer wo über was bei wem forscht. Genau hier könnte einer der Schwerpunkte des neuen Vereins liegen:
Erstens, **Zusammenführen und Aufzeigen der Schwerpunkte landes- und bundesweiter sowie entstehender europäischer Dachverbände kooperativer Zusammenschlüsse** wie CECOP, BAG Netzwerke, Ökofonds, GRÜNEN-Stiftung, AGÖF, Wissenschaftsläden, Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden, Bundesverband der Gartenbaubetriebe, des Naturkosthandels, der Tagungshäuser, der sozio- kulturellen Zentren ...

Zweitens, **Koordination gemeinsamer politischer Lobbyarbeit** für die Ziele in den Ländern, Bonn und Brüssel. In Erinnerung sind noch die Klagen der GRÜNEN über ihre Schwierigkeiten im Umgang mit der Basisdemokratie (Netzwerke): Mit wem können wir reden, wer ist unser Ansprech-/Verhandlungspartner. Mit Rolf Schwendter heißt das: Schließt euch zusammen, gründet Verbände.

Wie schon angesprochen, wird zur alternativen Ökonomie und selbstverwalteten Betrieben kräftig geforscht. Doch was fehlt ist, drittens, eine **Informationszentrale zur Zusammenführung der Forschungsarbeiten.** Hier und da gibt es eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen, aber eben noch keine Vernetzung in dem Sinne, das dortige Wissens- und Geldpotential zu nutzen. Eine Verdichtung der Kontakte zu und unter den Hochschulen sollte in Zukunft vom Ökobankverein geleistet werden, um den mit der Bank begonnen Weg über die Mühen der Ebenen fortzusetzen.

In dem Bemühen zur Umsetzung von Theorie und Praxis hätte der Verein, viertens, weitere Aufgaben im Bereich (Aus- und Weiter-) **Bildung.** Hier liegt die Chance zur Entwicklung und Initiierung neuer Dynamiken. Derartige Anstöße können keinesfalls "von oben" aus der Bank heraus kommen. Sie müssen aus den Betrieben, aus den Regionen heraus erarbeitet werden. Hier können die Regionalinitiativen wichtige Vorarbeit leisten. Entsprechende Aufgaben des Vereins hat Winfried Damm bereits konzipiert
(Punkte 2a-d).

Fünftens, (theoretische) **Gedanken und Konzepte müssen in die Praxis umgesetzt werden.** Mit der Instrumentalisierung der Bank kann dabei viel zukunftsweisendes gelingen. Beispielsweise ergibt sich in der wissenschaftlichen Diskussion, daß ökologische Buchführung ein überaus nützliches (volkswirtschaftliches) Instrument darstellt. Der Verein sucht, ggf. mit Hilfe (Anreize) der Ökobank, Betriebe, die freiwillig einen Versuch damit durchführen wollen. Der Verein kann nun direkt helfen oder vermitteln in Bereichen der Schulung, Implementation, Betreuung, Projektkoordination und der wichtigen Auswertungsphase. Überlegungen über weitere Anwendungen der ökologischen Buchführung könnten sich anschließen, bis hin zur Lobbyarbeit für den (rechtlichen) Zwang zur Führung von Schadstoffbilanzen in einzelnen Industriebranchen (z.B. Chemie).

Der Verein sollte sich eine funktionsfähige Geschäftsstelle mit einem richtungsweisenden Vorstand einrichten. Neue Ziele erfordern neue Leute. Zur Überwindung 4-jähriger Verkrustungen sollte der Verein auch mit neuen Gesichtern besetzt werden. Nach Abschluß des ersten Jahres muß sich der Verein mit seiner neuen Konzeption der Szene stellen. D.h. am Ende des ersten Geschäftsjahres muß ein Resumée gezogen werden, etwa durch ein einwöchiges Seminar à la Achberg.

Werner Sperschneider (Göttingen), Antonia Simon (Berlin)

Richtigstellung

Es ist **unrichtig,** daß sich der Bundesgeschäftsführer des Ökobankvereins zum Wortführer der Fraktion für die Beibehaltung des Bundesvereins gemacht hat.

Richtig ist, daß er es abgelehnt hat, sich zum Wortführer einer Minderheitenposition machen zu lassen.

Richtig ist auch, daß er es abgelehnt hat, über die Köpfe der Vereinsmitglieder hinweg Regelungen zu treffen, die lt. Satzung nur von einer Mitgliederversammlung getroffen werden können.

Richtig ist auch, daß er den Vertretern der Minderheitenposition geraten hat, sich direkt an die in ihrem Landesverband ansässigen Vereinsmitglieder zu wenden und daß er sie dabei auf jede Weise unterstützt hat. So mit einem Schreiben, in dem diesen Mitgliedern versichert wird, daß der Bundesverein die Gründung von selbständigen Landesvereinen nicht als Konkurrenzgründung ansieht, so mit einer positiven Kommentierung der Minderheitenposition in CONTRASTE Januar '88.

(Beides ist nachzulesen in Kontrovers 1/Januar '88 auf Seite 2).

Der Bundesgeschäftsführer
Dieter Reincke

Ökobank

Mitgliederversammlung

der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. am 25.06.88 in Frankfurt/Main (Mainzer Landstr. 147, Beginn 11 Uhr)

Wir haben es an dieser Stelle bereits ausführlich dargelegt: Mit Gründung der Ökobank hat der Verein sein Satzungsziel erreicht. Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung am 27.02.88 sprach sich die überwältigende Mehrheit der anwesenden Mitglieder dafür aus, die Vereinsarbeit auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen mit erweiterten Zielsetzungen fortzuführen.

Die Mitgliederversammlung beauftragte eine Kommission, bis zur MV am 25.06.88 eine entsprechende Satzung auszuarbeiten.

Dieser Satzungsentwurf liegt jetzt vor. Nachstehend berichten wir über den Verlauf der Sitzung des Delegiertenrates, auf dem dieser Entwurf ausführlich diskutiert wurde, und bringen sodann den Text der neuen Satzung - als Antrag an die MV - allen Mitgliedern des Vereins zu Kenntnis.

Für den Vorstand: Dieter Reincke

Bericht über den Verlauf der Delegiertenratssitzung

Der von der letzten Mitgliederversammlung eingesetzte Ausschuß legte die von ihm erarbeitete Satzung vor. In einer konzentrierten Diskussion wurde dieser Satzungsentwurf Paragraph für Paragraph durchgesprochen. Dabei wurden einige Präzisierungen und Erweiterungen vorgenommen, zu grundsätzlichen Änderungen kam es dabei nicht mehr. Gegenstimmen zu der dann verabschiedeten Fassung gab es nicht.

Breiten Raum nahm die Aussprache über die inhaltlichen Perspektiven der künftigen Vereinsarbeit ein. Es bestand Einigkeit darin, daß das Schwergewicht dieser Arbeit in der kulturellen Vernetzung der Bank mit der politischen Szene liegen muß, der diese Bank ihre Existenz verdankt. (J. Kemmler). Dabei dürfen alte Rivalitäten keine Bedeutung mehr haben. Altgedienten Vereinsmitgliedern kann keine Sonderrolle zukommen, nur weil sie die politische Bedeutung der Bank früher erkannt haben, als Gruppen und Organisationen, die erst jetzt dazukommen (und die möglicherweise die Gründung der Bank sogar bekämpft haben).

Die genossenschaftlich demokratische Mitgestaltung der Bank sollte Zug um Zug in die Hände der Genossen der Bank gelegt werden. Überall dort, wo das gelingt, sollte sich der Verein zurückziehen (B. Söder). Jedem Vereinsmitglied steht es frei, in seiner Funktion als Genosse der Bank, in der Genossenschaft aktiv zu werden.

Bernd Steyer äußerte die Auffassung, daß die neue Vereinsperspektive in den Regionen mit Sicherheit auf große Sympathie stoßen werde, vorausgesetzt, die Bank enttäusche in ihrer Praxis jetzt nicht die großen Erwartungen, die in sie gesetzt werden. Die Bank sei am Zuge. Sie müsse in ihrer Arbeit beweisen, daß sie das große Vertrauen, das man ihr entgegenbringe, auch verdiene.

Einig waren sich die Delegierten abschließend darin, daß der jetzt vorliegende Satzungsentwurf allen Regional- und Landesverbänden die Möglichkeit bietet, ihre spezifischen regionalen Vorstellungen umzusetzen.

Jeder Verband hat die Möglichkeit, sich seine eigene juristische Form zu geben, die Mitgliedsbeiträge seiner Mitglieder selber zu verwalten, die Gemeinnützigkeit anzunehmen oder abzulehnen, dem Bundesverein als Gliederung anzugehören, oder aber ihn - über den Beitritt als juristische Person - als Dachverband zu nutzen, und seine volle Unabhängigkeit zu wahren.

Der Delegiertenrat - so ebenfalls die einhellige Meinung aller Anwesenden - hat sich als „Parlament des Vereins" bewährt und soll auch in Zukunft seine zentrale Stellung im Verein beibehalten.

Dieter Reincke

Termine

Regionalfirma · Ökobank- Bonn
Information und Beratung: Jeden Montag 17:OO - 18:30 Uhr im Ökozentrum, Heerstr. 20a, 5300 Bonn 1, Tel. 69 22 20 u. nach Vereinbarung.
Die nächsten Regionaltreffen in Bonn:
13.6.88, 19:00 Uhr Ökozentrum
Großes Infotreffen 27.6.88, 20:00 Uhr "Zur Laterne", Ermekeilstrasse.

Satzungsänderungen

Antrag an die Mitgliederversammlung am 25.06.88 zum TOP Satzungsänderungen: Die Vereinssatzung soll künftig lauten:

Präambel

Die satzungsmäßigen Ziele des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank e.V. sind mit der Zulassung der Bank und der Aufnahme des Geschäftsbetriebes an diesem Punkt erreicht.
Nicht erreicht ist damit ein Ansatz ökologischer Ökonomie, der gesellschaftlich tragfähig ist, weil die Gründung einer Bank nur eine Facette für umweltorientierte Ökonomie sein kann.
In diesem Sinne setzt der Verein seine Tätigkeit fort.

§1 Name und Sitz des Vereins

a) Der Verein führt den Namen: Ökonovia - Gesellschaft für ökologisches kooperatives Arbeiten und Leben.
b) Der Verein hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.
c) Er ist rechtsfähig durch die Eintragung in das Vereinsregister.
d) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§2 Zweck des Vereins

A a) Der Verein ist parteipolitisch und religiös neutral und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
b) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
c) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins.
d) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

B **Zweck des Vereins ist die Förderung des Umweltschutzes und der Wissenschaft.**

a) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch unentgeltliche Unterstützung von Einrichtungen, die sich um ökologische Produktionsverfahren bemühen. Dabei sollen Einrichtungen Vorrang haben, die nach dem genossenschaftlichen Grundgedanken der Eigeninitiative und Selbsthilfe organisiert sind. Die Unterstützung besteht in der Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der Ökologie und der Förderung praktischer Modellversuche, die keinem eigenwirtschaftlichen Interesse dienen dürfen. Insbesondere sollen Projekte entwickelt werden, die dem länderübergreifenden, globalen Charakter der Umweltverschmutzung Rechnung tragen.
b) Praktische Ansätze und Projekte im Bereich der Ökologie sollen wissenschaftlich begleitet werden durch Auswertung, Dokumentation und Vergabe von Forschungsvorhaben, Organisierung und Durchführung von Tagungen und Seminaren, sowie Herausgabe von Publikationen auch auf internationaler Ebene.

§3 Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die den Vereinszweck unterstützt.
Die Mitgliedschaft ist schriftlich bei dem Vereinsvorstand zu beantragen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Falls der Vorstand einen Antrag auf Aufnahme ablehnen will, hat er die Entscheidung hierüber dem Delegiertenrat vorzulegen, der mit einfacher Mehrheit entscheidet.

§4 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft wird beendet:
a) durch freiwilligen Austritt,
b) durch Ausschluß,
c) durch den Tod des Mitglieds.

zu a) Der freiwillige Austritt erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Vorstand. Die Erklärung muß einen Monat vor dem Austritt schriftlich erfolgen.

zu b) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen schwer verstoßen hat, aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ein Ausschlußgrund liegt vor, wenn für 6 Monate die Beiträge nicht gezahlt worden sind.
Der Ausschluß erfolgt durch Vorstandsbeschluß. Der Beschluß ist der Mitgliedschaft durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Gegen diesen Beschluß kann das ausgeschlossene Mitglied binnen eines Monats eine Entscheidung des Delegiertenrates beantragen, der mit einfacher Mehrheit entscheidet.

§5 Beiträge

Die Höhe der Beiträge wird auf Vorschlag des Vorstandes durch Beschluß des Delegiertenrates festgesetzt. Die Mitgliedsbeiträge werden zentral vom Bundesverband erhoben. Spenden an einzelne Gliederungen des Vereins sind hiervon ausgenommen.

Der Delegiertenrat beschließt auf Vorschlag des Vorstandes den Haushaltsplan. Teil des Haushaltsplans ist ein Schlüssel, nach dem die Gliederung des Vereins an den Beiträgen ihrer Mitglieder beteiligt werden.

§6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlng, der Vorstand und der Delegiertenrat.

§7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung tagt mindestens einmal jährlich.
Sie ist außerdem einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert, wenn 1/20 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung verlangen oder der Delegiertenrat es mehrheitlich beschließt.
Die Einberufung der Mitgliederversammlung hat 3 Wochen zuvor zu erfolgen. Der Vorstand schlägt die Tagesordnung vor und macht Einladung und Tagesordnung gem. §8 der Satzung bekannt.

§8 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen des Vereins erfolgen in der Vereinszeitung, durch Rundschreiben oder durch Presseveröffentlichungen, wobei gewährleistet sein muß, daß diese allen Mitgliedern zugehen.

§9 Beschlußfassung der Mitgliederversammlung

Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Eine Vertretung in der Stimmabgabe ist unzulässig. Wer das Stimmrecht einer juristischen Person ausübt, muß die Vertretungsbefugnis nachweisen. Satzungsändernde Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder.
Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand und den/die Rechnungsprüferln, sowie den Kassenwart.
Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu protokollieren und von dem Protokollanten und mindestens einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Die Protokolle werden in der nächsten Mitgliederversammlung in ausreichender Anzahl ausgelegt; erfolgt in dieser Mitgliederversammlung kein Einspruch, so gelten sie als genehmigt.

§10 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens 3 höchstens 5 Mitgliedern. Der Kassenwart ist automatisch Mitglied des Vorstandes. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und seine Stellvertreter. Ein Stellvertreter ist der Kassenwart. Der Vorstand bleibt für die Dauer von 2 Jahren gewählt und bleibt solange im Amt, bis ein neuer gewählt ist. Jedes Vorstandsmitglied ist alleinvertretungsberechtigt. Der Vorstand kann durch Beschluß Einschränkungen vornehmen.
Der Delegiertenrat kann Vorstandsmitglieder wählen, soweit die Mitgliederversammlung nicht die Höchstzahl gewählt hat. Die Wahl ist durch die nächste Mitgliederversammlung zu bestätigen.

§11 Delegiertenrat

Der Delegiertenrat setzt sich aus 3 bis 5 Vertretern der einzelnen Bundesländer zusammen. Pro angefangener 100 Mitglieder kann ein Delegierter gestellt werden. Weiterhin werden 7 Sitze für länderübergreifende Initiativen bereit gehalten. Bei der Aufstellung der Delegierten sollen die aktiven Regionalgruppen berücksichtigt werden. Nur anwesende Delegierte sind stimmberechtigt. Über die Zulassung zum Delegiertenrat entscheidet die Delegiertenversammlung, die im übrigen ihre Geschäftsführung intern regelt.
Für den Delegiertenrat wird Geschlechterparität angestrebt.
Die Sitzungen des Delegiertenrates sind vereinsöffentlich.
Die Aufgabe des Delegiertenrates besteht aus Beratung und Kontrolle des Vorstandes.

§12 Gliederung des Vereins

Der Verein gliedert sich in rechtlich selbständige Landes und/oder Regionalverbände.
Über die Anerkennung eines Landes- oder Regionalverbandes des Vereins entscheidet der Delegiertenrat. Zur Gründung einer Gliederung müssen alle im Gebiet ansässigen Mitglieder des Bundesvereins eingeladen werden.

§13 Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluß der Mitgliederversammlung, die mit 3/4 der erschienenen Mitglieder den Beschluß herbeiführen kann.

Sofern die Mitgliederversammlung nicht besonders Liquidatoren bestellt, sind die Vorstandsmitglieder gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte abzuwickeln und das vorhandene Vereinsinventar in Geld umzusetzen.

§14 Vermögensbindung

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für den Umweltschutz.

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Für die Quick: Ja Für die taz: nein!

Alternative Medien und fremder sozialer Alltag – Eine Polemik

Brigitte Heimannsberg
Richard Herding
(Informationsdienst: Zentrum für alternative Medien)

Beispiel 1

Ein Bauer, der über seinen Rechtsanwalt mit dem ID Kontakt aufnimmt, bekämpft Behörden und CDU-Filz in seinem Dorf; daraufhin droht ihm die Zwangsversteigerung. Wir überzeugen die alternative Videogruppe „Cinemedia" Frankfurt davon, einen Film darüber zu drehen. Das Kabel-TV in Koblenz, dem Gerichtssitz des streitbaren Provinzlers, will den Beitrag übernehmen, und der Betroffene verspricht sich davon den Durchbruch in eine wirksame Öffentlichkeit. Doch das Stadt-Fernsehen hat kein Geld für Fremdbeiträge, auch für diesen nicht. „Kostenlos arbeiten?" empört sich die Videogruppe: sonst schon, wenn's der Sache dient, aber für's Kommerz-TV - nein danke.
Der Film ist nie gelaufen. Der Bauer fährt heute LKW, sein Traum von der Landwirtschaft ist aus.

Beispiel 2

Eine taz-Regionalredakteurin bringt uns zwei kopierte Blättchen, „Strafjustiz im Freistaat Bayern" steht darauf. Ohne den Segen der Knastleitung plädieren zwei Langzeitstrafler auf „Unschuldige Opfer der Justiz". Der eine, Kaufmann, soll in Nigeria Firmengelder eingesteckt haben, behauptet aber, es seien landesübliche Schmiergelder gewesen. Der andere, Zahnarzt, soll seine Geliebte zum Mord an seiner Frau angestiftet haben, wofür es nur magere Indizien gibt; er sitzt lebenslänglich. Bei beiden galt „Im Zweifel gegen den Angeklagten", und da die Justiz zusammenhält, müßten die Medien aufschreien. Wir liefern der taz die Recherchen ab. Reaktion: „Für die Quick wüßt ich das aufzubereiten, für die taz nicht." Bis heute ist in der taz keine Zeile über die Gefangenen erschienen, wohl aber in der BUNTEN und in der ZEIT.

Beispiel 3

Eine türkische Arbeiterfamilie soll ausgewiesen werden. Der Vater war bei einem gewerkschaftlichen Streik in einer Textilfabrik außer sich geraten und hatte einen Streikbrecher angeschossen. Wir organisieren Unterstützung bei den Medien der Region, damit die Familie dableiben kann, nachdem die Knastzeit abgesessen ist. „Frankfurter Rundschau" und "Regionalfernsehen setzen sich erfolgreich ein, verständnisloses Achselzucken dagegen beim Rhein-Main-Stadtmagazin „Pflasterstrand", und nur zu einem müden Pflicht- Artikel reicht es in der taz.

Die gemeinsame Erfahrung bei solchen und vielen ähnlichen „Betroffenen"-Berichten war für uns:
Es knirschte im Getriebe der alternativen Medien oft erheblich mehr als bei den etablierten, bevor sie derartige Konflikte verstanden und sich hineinknieten. Besonders mühsam war's, wenn die Ereignisse sich erdreisteten, ins gewohnte Links-rechts / Unten-oben- Schema nicht reinzupassen, meistens ging es dann irgendwie gegen die „verwaltete Welt" von der eigenen Anwaltskanzlei bis zur feindseligen Stadtverwaltung. Vor allem aber spielten die Geschichten in Milieus, die sich von dem der „neuen Mittelschichten" gründlich abheben. Verstehen wir unter diesen mal die Leute aus den qualifizierten Dienstleistungsbranchen mit hohen Anforderungen, die eigene Subjektivität in die Arbeit einzubringen, so stehen ihnen Bauern, Arbeiter, ImmigrantInnen, Zahnärzte, Exportkaufleute einigermaßen fremd gegenüber.

In den linken Medien seit der Studentenrevolte waren Berichte aus fremder sozialer Wirklichkeit dem Avantgarde-Schema unterworfen. Die intellektuelle Avantgarde entdeckte real-historische Avantgarden: die Arbeiterklasse, die Dritte Welt, dann die Frauen, die Jugend, die Massenarbeiter, die Randgruppen, die Bauern. Berichte aus fremden Milieus steckten voller Stilisierungen und Idealisierungen in propagandistischer Absicht.

Mit der Neuorientierung auf Ökologie verschwand die Perspektive auf historische Avantgarden der Umwälzung. „Umwelt" oder „Natur" sind ja nicht als Klasse präsent, sondern als kritische Vision der neuen Mittelschichten von einer unreglementierten „Lebenswelt". Der Zerfallsperiode der Avantgardenkonzepte verdanken wir so erfrischend Freches wie Micky Remanns „Globaltrottel" (Rotbuch- Verlag), der die Dritte Welt so erlebte und beschrieb, wie das niemand bisher gewagt hatte.

Doch von der Avantgarde über dieses Amüsement ging es zum Aus. Die Medienwelt ist heute davon gekennzeichnet, daß die Angehörigen der neuen Mittelschichten sich mehr und mehr nur noch selber zum Thema nehmen, gegenseitig „verfietschern": heute im Rundfunk die Kollegin als emanzipierte Frau, morgen der Funk-Autor von ihr in „Brigitte" als „neuer Mann" beschrieben. Denn alternative und etablierte Öffentlichkeit haben sich verschränkt. Die Leute aus den neuen Mittelschichten haben in alternativen Medien gelernt, in der Öffentlichkeit „Ich" zu sagen, und verderben jetzt, wo sie in die etablierten Medien einsickern, hemmungslos die letzten Rücksichten auf fremde Milieus. Kürzlich nahm ich an einer - für alle offenen Mitmachdiskussion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk teil. Da kannten sich Dreiviertel der Anrufenden, allesamt Schul-, Medien-, Staatsdienstmenschen, untereinander, siezten sich mit kaum verhohlenem Kichern: Angehörige der „kommunikativen Klasse" unter sich. Und die Redakteurin hatte das auch noch kräftig arrangiert.

Die neuen Mittelschichten haben mit Erfolg Milieu- Öffentlichkeit für sich (wieder)hergestellt. Aber wie kommen sie aus der Beschränkung auf sich selbst heraus? Eine wichtige Frage, denn der Arbeitsmarkt verschlägt zunehmend diejenigen, die bei den Alternativen gelernt haben, in die großen allgemeinen Publikums-Medien. Und umgekehrt werden sich taz und Alternativ-Radios auch für fremde Milieus öffnen müssen. Doch soll auch deren Milieu- Öffentlichkeit in „erster Person" stattfinden; also läßt sich alternative Öffentlichkeit nicht übertragen, ohne zu verfälschen. „Sollen die andern doch ihre eigene Öffentlichkeit machen" - diese schlaue Parole übersieht, daß die neuen Mittelschichten als „kommunikative Klasse" diejenigen, die in Werbung, Kultur, Bildung, Sozialarbeit beschäftigt und leichten, respektlosen Umgang mit Medien gewöhnt sind - die Medienöffentlichkeit insgesamt, also auch für die anderen, weitgehend strukturieren. Ein Blick etwa auf die heutigen Jugendmedien oder die Arbeitermedien zeigt das drastisch.

Für dieses Paradoxon gibt es keine Patentlösung, doch was sich heute abspielt, ist zum Heulen. Bei der taz führte das Problem mangelnder Knast- Berichterstattung dazu, daß die LeserInnenbrief-Redaktion, die selbst nicht der Redaktion, sondern der Sazz- Technik zugehört, Knast- Berichten Raum auf der LeserInnenbriefseite zuschiebt. Geniale Krücke - aber die Last und Lust redaktioneller Recherche bleibt den ordinären Knackis vorenthalten.

Abtauchen als letzte Stufe des Umgangs mit fremden Milieus? Vielleicht ließe sich stattdessen eine informierte, kritisch- sympathisierende Neugier lernen. Eine Neugier, die auch Fremdheit zum Thema machen kann.

Eine Management- Ebene für die taz

Red. Heidelberg Zum Sommeranfang des Jahres 1986, am 21. Juni bei schönstem Sommerwetter, beschloß das „Nationale Plenum" der taz, für die Neugründung eines Bremer Lokalteils unter bestimmten Voraussetzungen grünes Licht zu geben. Während des gleichen Treffens beschloß dieses „höchste Entscheidungsgremium" unseres Unternehmens auch noch ein rundes Dutzend neuer Planstellen in allen möglichen Bereichen - Redaktion, Technik, Verwaltung: Da waren viele Wünsche lange offengeblieben. Nun konnten wir sie uns endlich erfüllen.

Martin Kempe

Es war die Zeit des Aufschwungs. Nach heftiger Krise erklomm die taz seit Monaten ungeahnte Auflagenhöhen. Die Zukunft stand uns offen und nichts schien ferner als die nächste Krise dieses größten Alternativbetriebes der Republik, der inzwischen stolze 190 Leute beschäftigt. Aber die Realität hat uns schnell wieder eingeholt. Mit der Auflage stiegen nicht zuletzt die Kosten. Es zeigte sich schnell, daß der Finanzierungsspielraum der taz für neue Projekte wie den Bremen-Teil oder für Personalaufstockungen nach wie vor schmal blieb und eine wortgetreue Umsetzung jener Beschlüsse die Zeitung mitten im Aufschwung in die nächste Finanzkrise gestürzt hätte.

taz-Krise

Damals im Sommer hat dann der Vorstand des taz- Vereins versucht, die auf dem Plenum beschlossene völlig absurde Kostenexplosion einzudämmen. Und weil der Selbstbedienungscharakter dieser an sich auch für den Vorstand verbindlichen Beschlüsse offensichtlich war, störte sich auch niemand daran, daß der Vorstand eindeutig seine Kompetenzen überschritt, als er einen Teil der Beschlüsse kurzerhand außer Kraft setzte.

Vorgängen wie diesem verdankt die taz manche ihrer bisherigen Krisen. Natürlich sind taz-Krisen immer auch Krisen des taz-Journalismus. Aber in aller Regel sind sie mehr: Sie sind Ausdruck unseres Unvermögens zu vorausschauender, flexibler Unternehmenspolitik, Ergebnis der Unübersichtlichkeit und Zufälligkeit unserer internen Entscheidungsprozesse. Die Summe aller Abteilungsinteressen ergibt eben nicht automatisch das Gesamtinteresse des Projekts. Und die Selbstverwaltung der Bereiche führt auch nicht immer zu optimaler Arbeitsorganisation.

Aber ein Betrieb mit inzwischen rund 190 Beschäftigten, mit chronisch schmaler Finanzausstattung, mit einem hocharbeitsteiligen, unter ständigem Zeitdruck zu absolvierenden Produktionsprozeß, ein Betrieb, der seine Stellung auf dem Medienmarkt gegen ungleich mächtigere Konkurrenten aufgebaut hat und weiter ausbauen muß, um überleben zu können, kann nicht mehr ohne effiziente Arbeits- und Entscheidungsstrukturen auskommen. Diese Erkenntnis gibt es in der taz, weil sie so offensichtlich wahr und banal ist, schon seit langen Jahren. Aber Konsequenzen daraus haben wir erst seit etwa einem Jahr gezogen.

Desolate Entscheidungsstrukturen

Seit dieser Zeit haben wir die Dienste einer Unternehmensberatungsfirma in Anspruch genommen, die auch (aber nicht nur) im Alternativsektor gearbeitet hat. Möglicherweise das wichtigste Ergebnis der umfassenden Zusammenarbeit mit der Karlsruher ibek-Unternehmensberatung war ein Arbeits- und Diskussionsprozeß über die Entscheidungsstrukturen der taz, der seinen vorläufigen Abschluß auf dem kommenden „Nationalen Plenum" während der Pfingsttage finden wird.

Rund 30 taz-Leute sind im Februar zusammen in ein Wochenendseminar gefahren, um über die desolaten Entscheidungsstrukturen der taz zu diskutieren und erste Arbeitsschritte zur Veränderung zu unternehmen. Der Hauptmangel des bisherigen Zustands liegt im Fehlen einer „Management-Ebene", die die vielfältigen und disparaten Arbeitsprozesse zu einem Gesamten zusammenfaßt und so etwas wie Projektplanung und Projektinnovation organisiert. Denn mit der Abschaffung der betrieblichen Hierarchie traditioneller Betriebe sind die Funktionen, die in Normalbetrieben vom Management wahrgenommen werden, nicht gleichfalls verschwunden. Die Frage war, wie wir diese Funktionen wahrnehmen können, ohne gleichzeitig unsere Vorstellungen von Selbstverwaltung, Projektautonomie und - transparenz aufzugeben.

Die Installation klassisch hierarchischer Entscheidungsmodelle kommt daher nicht in Frage (wäre auch, selbst wenn es jemand wollte, in der taz überhaupt nicht möglich). Auf der anderen Seite ist auch klar, daß ein so großer und komplexer Betrieb wie die taz nicht mittels reiner Plenumsdemokratie funktionieren kann. Aber im Spannungsfeld zwischen diesen beiden idealtypischen Modellen liegen jene Entwürfe für eine neue Entscheidungsstruktur der taz, die auf jenem Wochenende zunächst fragmentarisch von unterschiedlichen Arbeitsgruppen skizziert wurden. Inzwischen sind die Vorschläge soweit ausgearbeitet, daß wir darüber beschließen können.

Fortsetzung auf Seite 10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 9

„Leitende"?

Insgesamt liegen vier Vorschläge vor. Einer, das „Plenums-Modell", versucht, die innerbetrieblichen Entscheidungen der taz soweit wie möglich nach „unten" in die Autonomie der verschiedenen Bereiche, Abteilungen bzw. der Mitarbeiterversammlung zu verlagern. Zentrales Entscheidungsgremium soll danach das „Monats-Plenum" sein, d.h. eine monatlich tagende Versammlung aller taz- MitarbeiterInnen (was in der Praxis vor allem die Leute aus der Berliner Zentrale wären). Aber auch dieser Vorschlag sieht für die Redaktion zwei „Freigestellte" vor, die mittel- bis langfristige Redaktionsplanung und -koordination betreiben sollen.

Die drei anderen Modelle sehen solche „Freigestellten", d.h. Leute, die nicht irgendeinen Spezialjob haben, sondern deren Job das Allgemeine ist, für alle Bereiche der taz vor, also auch für Verwaltung und Technik. Übereinstimmend weisen diese Vorschläge den „Freigestellten" - oder wie sie auch genannt werden: „Leitende" bzw. „Koordinatoren" - jene Aufgaben zu, die bisher offenkundig brachliegen: Projektkoordination und mittel- bis langfristige Projektinnovation. Die bisher bestehende Autonomie der Abteilungen wird in allen Modellen mehr oder weniger eingeschränkt, auf das Gesamtinteresse der taz bezogen. Der wesentliche Unterschied zwischen den drei sogenannten „Freigestellten-Modellen" liegt in der Kompetenzausstattung jener Leute, die zukünftig so etwas wie die Manager der taz sein sollen. Während die einen ihnen zwar koordinierende und konzeptionelle Funktionen, aber keinerlei eigenständige Entscheidungskompetenz zubilligen, sollen sie in zwei der vorliegenden Modelle unterhalb der Ebene projektstrategischer Grundsatzbeschlüsse durchaus sowohl innerhalb ihrer Bereiche (Redaktion, Verwaltung, Technik) als auch für das Gesamtprojekt Entscheidungen treffen können. Ergänzt wird diese Kompetenzzuweisung allerdings durch komplementäre Kontroll- und Einspruchsrechte der MitarbeiterInnen. Es wird Macht delegiert, aber diese Macht ist kontrollier- und rückholbar.

Wenn wir an Pfingsten über unser Innenleben entschieden haben, werden wir hoffentlich darangehen können, endlich zu tun, was eigentlich unsere Aufgabe ist: systematisch an der Verbesserung der Zeitung zu arbeiten. Schließlich ist sie heute genauso wichtig wie vor zehn Jahren und, so denke ich, noch längst nicht am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

Nun hat's die taz!

Der/die wohlinformierte LeserIn weiß sicher schon längst, daß die Würfel bei der taz inzwischen gefallen sind. Derzeit werden sechs Freigestellte ausgeguckt, die die Geschicke der taz in die Hand nehemen sollen. Eine „starke Minderheit" war zwar dagegen, wie die taz selber berichtete (am 25.5.88). Aber der Wunsch nach arbeitsfähigen Strukturen war letztendlich doch noch stärker.

Auch neue „Kreuzberger Abgründe" beschäftigten das taz-Plenum. Ein Redakteur hatte sich bedroht gefühlt und war zur Polizei gegangen. Der Verdacht, Informationen über den Kiez seien weitergeleitet worden, mußte entkräftet werden. Da die Spannungen in SO 36 inzwischen durchaus auch Projekte berühren, soll in CONTRASTE ebenfalls von diesem Teil der Geschichte weiter berichtet werden...

KR

„taz lügt!" – lügt taz?

Red. Heidelberg Der Euphemismus „taz lügt" zierte in den wilden Nächten und Tagen nach dem 1. Mai 1987 Wände und Rolläden auf Berlins heimlichem Broadway, der Oranienstraße in Kreuzberg, U-Bahnen trugen den Satz als Graffitto durch die Stadt und LKWs von Szene-Läden fuhren die Parole spazieren: Offenbar gab es also einige Leute, die sich noch über das Blatt aufregen konnten.

Ganz im Gegensatz zu den „normalen" Lesern in Berlin, wo, so sehr man es auch bedauern mag, immer noch die deutschen Moden gemacht werden, - jedenfalls die ideologischen. Was man hier denkt und trägt, sieht man im Jahr drauf in Hamburg und Kreta, noch ein Jahr später importieren es die Münchner als letzten Schrei aus Ibiza, und noch'n Jahr drauf sieht mans dann im Otto-Katalog, dagegen in Düsseldorf nie. Hier also, wo die fixesten Denker lesen und die taz ihren Aufstieg nahm, sinken seit gut einem Jahr kontinuierlich die Abo-Zahlen. Das Blatt gilt als spießig, realo- hörig, uninformiert, oberflächlich und nicht mal als Staatsschutz--Organ, dazu ist es zu langweilig.

Die Luftblasen-Kommentare der Möchtegern-Staatsmänner auf den ersten Seiten halten die Berliner Leser nicht mal mehr der Aufregung über soviel reaktionären Stuß wert: Sieht man im Café „Jenseits" am Heinrichsplatz beispielsweise (das sein zweites Abo mangels Bedarf gerade abbestellt hat) jemanden die taz durchblättern, so beginnt er sie meist von hinten, verweilt etwas bei Mariannes Tratsch und einem Berlin-Aufmacher, sofern es gegen die Polizei geht. Vom Kulturteil liest man die Bilder, zu meinem eigenen Leidwesen überblättern die meisten Leser, die ich beobachten konnte, auch die Fernsehseite, obwohl sie einige Monate lang „in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" als authentisch autonom galt.

Wiglaf Droste, ihr erstaunlicher Redakteur, der, wie es Tucholsky von Jacobsohn sagte, in die Texte seiner Autoren genau das hineinkorrigierte, was sie **eigentlich** sagen wollten, ist meiner Meinung nach der zur Zeit begabteste taz- Schreiber und mit Sicherheit der Frechste. Seine „Endlösung der Dudenfrage" ist legendär, und für seine „Wehrsportgruppe Wörner" will ihn die Bundeswehr im Knast sehen. Tatsächlich wurde er am 1. Mai 1988, beim sogenannten Gedächtniskrawall am Lausitzer Platz verhaftet und für mehrere Wochen in Moabiter U-Haft gesperrt. Während des Frauenstreiks (antiporno) und in den Monaten davor hat eine gewisse Gruppe in der Redaktion mehrfach versucht, Wiglaf zu kündigen. Was sie eigentlich genau gegen ihn haben, ist mir nie so richtig klar geworden. Wahrscheinlich sind sie doch nur neidisch, weil sie nicht so spritzig schreiben können ...

Dies ist das erste, worin die taz lügt: daß sie ein Projekt sei, in dem die Kollegen menschlicher, offener, diskussionsfreudiger, weniger hämisch und kleinlich, kurz: anständiger miteinander umgingen als in entsprechenden bürgerlichen Klitschen. Das Gegenteil ist der Fall.

Ersatztaz...

Im Oktober 1987 ergab sich wegen der Umstrukturierungs-Pause der Berliner Redaktion die Chance, gemeinsam mit Setzern, Lay-Outern etc., also Leuten aus dem streng abgeteilten sogenannten nichtredaktionellen Bereich, für drei Wochen eine eigene andere taz zu machen, die legendäre, gefürchtete Ersatz-taz.

Einige Kritiker behaupteten, wir hätten uns jeden Morgen überlegt, wen wir denn heute ärgern könnten. Wir nahmen nichts und niemanden ernst und griffen auf erfrischend niveaulose Weise alle die Leute an, die sonst in der taz über jede Kritik erhaben sind: Funktionäre der Alternativen Liste, die Renovier- und Sozialarbeits-Reformisten „im Kiez", Linkspolitiker und Dummköpfe aller Fraktionen. Einem Polizeiführer spielten wir übel mit, weil wir einen Sprengstoffanschlag auf seine Hollywoodschaukel ganz witzig fanden. Das war wilder, fröhlicher Anarchismus und machte ungeheuer Spaß und über fünfzig Leserbriefe waren seit Jahren von der taz wieder begeistert.

Unbedachterweise hatte ich vorschnell einen Recherchier--Auftrag übernommen, und sollte in Kreuzberg herausbekommen, was denn mit der Parole „taz lügt" eigentlich gemeint sei und ich wurde sehr bald fündig. Offenbar hatte die alte Berlin-Redaktion Flugblätter fehlerhaft zitiert und Zusammenhänge zwischen „Gewaltaktionen" hergestellt, die nichts miteinander zu tun hatten, in der Zeitung aber den Eindruck erweckten, als würde eine paramilitärische terroristische „Kiezmiliz" Schutzgelder erpressen, Leute schlagen, Läden und Reporter überfallen.

„Kreuzberger Abgründe"

Politisch ging das ganze gegen „die Autonomen" und paßte erstaunlich gut in eine AL-interne Kampagne gegen den eigenen „linken" Flügel, der sich nicht prinzipiell von „Gewalt" distanzieren wollte. Ob da Absprachen vorgekommen sind, weiß man nicht, einige der führenden Fraktionisten wohnten jedenfalls zusammen und der Verdacht, daß die Zeitung für windige politische Machenschaften benutzt werden sollte, ließ sich nicht ganz von der Hand weisen.

Der Rest der Berliner Presse, Funk und Fernsehen schrieb blind von der taz ab und so entstand der Eindruck, im Kiez tobe der Bürgerkrieg. Dies war mit einigen Zitaten schnell enthüllt und der Spuk von der „Kiezmiliz", den ein paar witzige Alkoholiker zum Narren der Presse erfunden hatten, zerplatzte wie eine Seifenblase. Darüber, wieso die Berlin-Redaktion ein so schiefes Bild der Kreuzberger Verhältnisse gezeichnet hatte, ist selbstverständlich nie diskutiert worden. Dieser Artikel „Kreuzberger Abgründe", in dem diese ersten Recherchen vorgestellt wurden, war eines der Prunkstücke der Ersatz-taz und trug mir den Haß von ein paar nachtragenden taz-Redakteuren ein, so wie ein „Schreibverbot" im gesamten Berlin-Teil.

Das Traurige an den ganzen Vorkommnissen ist, genau wie im Falle der versuchten Entlassung von Wiglaf Droste, daß niemals darüber diskutiert worden ist, welche **politischen** Projektionen diesen dauernden ekelhaften Streitfällen zugrundeliegen.

Denn das ist das zweite, worin „taz lügt": „Täglich eine linke radikale Zeitung" war die Geburtslosung des Projektes; dafür haben Initiativen Geld gesammelt, Unterstützer Beruf und Studium geopfert, Künstler und Sympathisanten wie wild jahrelang Reklame gemacht ... Und nun plötzlich soll die taz nichts weiter mehr sein als eine Art linker FAZ.

Aufgrund irgendwelcher Marktsegment-Analysen sind einige Redakteure vom alten Stamm und der Vorstand übereingekommen, daß die taz im linksradikalen Spektrum keine ökonomische Zukunft mehr hat und daß deswegen versucht werden solle, im Segment der mehr Linksliberalen, der Lehrer, Sozialarbeiter und des rotgrünen Spektrums neue Leser zu gewinnen.

Wohin die Reise geht ...

Diese Neuorientierung ist meines Wissens niemals grundlegend diskutiert und abgestimmt worden, jedenfalls haben die Leser das nur insofern mitgekriegt, als die politische Richtung der Kommentare und der Artikel über Gewalt, Grüne und Terrorismus immer mehr nach „rechts" tendierte. Dies ist also kein Zufall oder redaktionelle Unfähigkeit, sondern ökonomische Absicht. Kundenfang. Die Arbeitsplatzinteressen der tazler haben über die politische Orientierung gesiegt.

Dagegen wäre ja auch prinzipiell gar nichts einzuwenden, würde nicht die taz immer noch mit ihrem linken Image werben, und wäre sie nicht ihrer Gründergeneration, den linken Hoffnungen Fritz Teufels („Meine Geliebte"), der Tornados und der Helfer der ersten Jahre wenigstens moralisch verpflichtet. Das ehrlichste wäre, der taz- Verein würde sein Produkt an Holtzbrink verkaufen und ganz ehrbar und solide den kleinen Marktanteil zwischen FR links und Süddeutscher rechts besetzen; denn da steht sie momentan politisch.

Im übrigen halte ich diese Orientierung für saudumm, denn der „linke Lehrer", der ehemalige '68er, die frauenbewegte Beamtin und der alternative Geschäftsführer im Öko-Laden haben ihre eigene Geschichte verraten und sich mehr oder weniger dem Kapitalismus angepaßt. Entsprechend ängstliches Zeug füllt ihre Birne aus. Über die RAF wird gar nicht mehr nachgedacht, „Imperialismus" hält man/frau für etwas, was irgendwie mit Südamerika zu tun hat, jedenfalls weit weg stattfindet, und das Konto bei der Deutschen Bank haben sie auch nur wegen der günstigen Kreditmargen. Im übrigen absorbieren Beruf und Kinder die meisten Aktivitäten und politische Informationen holt man sich montags im SPIEGEL.

Wozu dann also noch eine taz? Ja eben, wozu, wenn nicht die taz über all das schreibt, was diese armen Behinderten in ihrem satten Leben nicht mehr finden: Die Barrikade, den mutigen Gedanken, Lustigkeit und Aufruhr. Meine These: Die taz macht den Fehler, daß sie ihrer neu ersehnten Leserschaft nicht mehr das ganz Fremde, andere bietet, sondern nur noch denselben langweiligen Müll, den die sowieso im Kopf (und im Herzen) haben und vor dem sie so oft und so weit wie möglich zu fliehen versuchen: Die dramatische Ausweitung der Reisebeilage ist das deutlichste Zeichen für die Perversion, an der die taz je länger je lieber zu partizipieren sucht. Und für Leute, die hierbleiben, bietet 'mtm' inzwischen schon wieder die Wahl der SPD an ...

Lügt taz also? Nein. Sie hat nur vergessen, ihren Lesern deutlich mitzuteilen, wohin die Reise geht. Dann wären solche peinlichen Mißverständnisse wie in Kreuzberg gar nicht erst vorgekommen.

Dr. Seltsam

Woher kannte Adorno die taz??

Aus:
Minima Moralia
2. Teil, 1945

„Die **Esternacher Springprozession** *ist nicht der Gang des Weltgeistes; Einschränkung und Zurücknahme kein Darstellungsmittel der Dialektik. Vielmehr bewegt diese sich durch die Extreme und treibt den Gedanken durch äußerste Konsequenz zum Umschlag, anstatt ihn zu qualifizieren. Die Besonnenheit, die es verbietet, in einem Satz zu weit sich vorzuwagen, ist meist nur Agent der Gesellschaftlichen Kontrolle und damit der Verdummung."*

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aus dem Herzen der Bestie

gemeint ist die mit der tazze

„Was wäre eigentlich", so die heftig diskutierte Frage unter den Arbeitern vor den Werkstoren in Pasolinis Film 'Teorema' (1968), „Was wäre eigentlich, wenn unser Kampf erfolgreich wäre und uns würde die Fabrik gehören?" - „wir würden zu Kapitalisten", lautet nach einigem Hin und Her die Antwort.

Keine Angst, liebe LeserInnen, hier soll nicht von alten Filmen die Rede sein (die manche gar für veraltet halten mögen), sonderm vom größten Alternativprojekt der Republik.

***

Vorletzte Woche fand in den Räumen der Wattstraße zum ersten Mal seit langer Zeit des „Aufschwungs" wieder ein Krisenplenum statt: Seit Ende 1987 sinken die Verkaufszahlen. Und zwar in einem Zeitraum, in dem die Abonnenten- und Kiosk-Verkaufsstatistik in früheren Jahren eher Zuwachs vermeldete. Wie tief wird das Vertriebs-Sommerloch in diesem Jahr werden, wenn die Kurve schon jetzt nach unten weist? Und was geschieht mit dem taz-Einheitslohn (der gerade erst angehoben wurde), wenn das Finanzpolster des Projekts aufgebraucht ist?

Die Berlin-Pleite

Nach langen - und hoch wogenden - Diskussionen wurde ab November letzten Jahres der Berlin-Teil der taz erweitert: Mit täglich vier Seiten mehr, also drei Seiten Politik, zwei Kultur, einer „gemischten" Letzten Seite plus erweitertem Anzeigen- und Veranstaltungsteil sollte die taz in Berlin als Erstzeitung verankert werden.

Nach einem halben Jahr ist die Lage niederschmetternd: Der Berlin-Abo-Stand liegt niedriger als 1986, der Kiosk- und Handverkauf ging um mehrere tausend Exemplare zurück. Einzig und allein gestiegen ist der Erlös aus Anzeigen. „Anzeigenerlöse sind einer der ganz wenigen Hoffnungsschimmer um dem Aborückgang entgegenzuwirken." (Aus dem Protokoll der Elferratssitzung vom 9.5.87).

Als Modellprojekt der Druckindustrie?

HdA - hinter diesem Kürzel verbirgt sich ein Forschungsprogramm zur „Humanisierung der Arbeit" des BMfT. An diesem Programm soll sich die taz - so zumindest einige tazler - beteiligen. „Die Tageszeitung will im Laufe des nächsten Jahres die nächste Technikgeneration in Produktion und Verwaltung einführen. Im Vordergrund steht dabei: - die Einführung sogenannter 'Redaktionssysteme' in die Produktion; - die technische Integration von Produktions- und Verwaltungsrechner; - die Bildübertragung bei der Fernbelichtung." (...) „Die 'Tageszeitung' ist daher daran interessiert, mit dem nächsten technischen Innovationsschub eine Lösung zu realisieren, die einerseits den Erfordernissen an Effektivität des Arbeitsablaufes gerecht wird und andererseits eine spürbare Verbesserung der Arbeitssituation für alle Beteiligten mit sich bringt." (...) „Die Umsetzung dieses neuen Innovationsschubs ist mit erheblichen organisatorischen und qualifikatorischen Konsequenzen belastet." (Alle Zitate aus „Ideenpapier HdA-Projekt im Branchenprojekt Druckindustrie" der ibek - Ingenieur- und Beratungsgesellschaft für Organisation und Technik mbH - mit der die taz kooperiert.)

***

Seit letzten Herbst finden mit Unterstützung von ibek Workshops, Arbeitsgruppentreffen, plenare Wochenenden statt, die sich mit dem Problemfeld „Verbesserung der Organisations- und Entscheidungsstruktur innerhalb der taz" befassen. Ausgegangen wird dabei von der Annahme, daß die bisherigen Gremien des Projekts in ihrer Beschlußfassung und deren Ausführung nicht mehr ausreichen. An diesen Gremien, als da sind: die Arbeitsplena, die Redaktionsplena, der Elfer(n)rat (Delegiertentreffen der Abteilungen), der Vorstand (quasi die kollektive Geschäftsführung, ausführendes Organ des Nationalen Plenums), eben dieses (als höchstes und richtungsweisendes Organ) und nicht zuletzt die Mittwochsplena als spontan einberufene und für alle tazlerInnen offene Diskussionsrunde für aktuelle Fragestellungen an dieser Gremienstruktur wird nun kritisiert, daß die Einhaltung der gefaßten Beschlüsse kaum oder nicht überwacht werden kann, daß Druckmittel bei Nichteinhaltung nicht, bzw. kaum vorhanden sind. Kurz gesagt, wird angenommen: Plenare Modelle sind zu träge.

Künftig mit „Chef-Ebene"

Folgerichtig tauchen in den Antragspapieren für das kommende Nationale Plenum (über Pfingsten), auf dem die neue taz-Organisations- und Entscheidungsstruktur beschlossen werden soll, nicht nur einmal die Formulierungen „überwachen", „Rechenschaft ablegen", „Weisungs- und Entscheidungsrecht gegenüber ihren Abteilungen und Bereichen" und sogar das Wort „Abmahnung" auf.

***

Während der Diskussionen um die Erweiterung des Lokalteils der taz-Berlin hatten Kritiker dieses Projektes Einwände in zwei Hauptrichtungen ins Feld geführt:

1. *Ökonomisch* hielten viele das Projekt für zu gewagt: Bei monatlichen Mehrkosten von 50.000 DM müßte die taz monatlich 250, in einem Jahr 3.750 Abonnenten in Berlin hinzugewinnen (bzw. täglich fast doppelt soviel Zeitungen am Kiosk vertreiben) - oder diese Kosten durch größere Anzeigenaufkommen decken.
2. *Inhaltlich* wurde am alten Lokalteil jede Menge Kritik laut, was allein schon deshalb naheliegend ist, weil der Vergleich zwischen Berliner Ereignissen, deren subjektiver Wahrnehmung und dem Bild, was sich dann in der Zeitung vermittelt, am Ort des Geschehens am einfachsten ist. *Thematisch* sei der Lokalteil zu sehr eingeschränkt; die *politische* Ausrichtung beschränke den Weltblick noch weiter. Die Diskussion zeichnete sich aber schon länger dadurch aus, daß die Redaktion Kritik an ihrer Arbeit so gut wie nie annahm.

Abgesehen davon, daß den meisten KritikerInnen diese inhaltliche und politische Ausrichtung ganz einfach nicht paßte, führten sie ins Feld, daß höchstwahrscheinlich die Leser-Zielgruppe (Marktsegment), die so etwas täglich lesen will, schlichtweg zu klein ist, selbst in einer Stadt von der Größe West-Berlins. Nun, die KritikerInnen wurden nicht gehört, das Projekt gestartet.

Bis heute jedenfalls, haben diese aber rechtbehalten, die oben erwähnten Zahlen geben ihnen - leider erst im Nachhinein recht.

***

Bezogen auf das HdA- Programm scheint mir zunächst im Kern ähnliche Kritik angebracht, wie beim vorgenannten Lettre-Projekt (dahinter verbirgt sich die Edition der europäischen Kulturzeitschrift „Lettre International" durch den taz-Ableger „Autoren GmbH"). Eine Unmenge von Gedankenarbeit, Arbeitszeit, Ideen usw. soll in das Begleitprogramm zur Einführung neuer Techniken gesteckt werden. Das Programm würde drei Jahre laufen, erkleckliche Summen kosten, der (Forschungs-)Bericht aber müßte am Ende der gesamten Druckindustrie zur Verfügung gestellt werden. Wieder würde der investierte Aufwand nicht direkt der Verbesserung der Zeitung zugute kommen.

Unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz auf dem Medienmarkt ist jedoch auch zu fragen, ob die taz ausgehend von (immer noch) relativ flexiblen Arbeitsstrukturen nicht bereits heute das bessere (weil im Kern immer noch kollektive) „Management" besitzt und vor diesem Hintergrund eine Menge know-how, nachdem sich andere („bürgerliche") Medienprojekte, die ja von konventionellen Konzepten ausgehend sich fortentwickeln, die Finger lecken werden.

Formale oder inhaltliche Debatte

Bezeichnend an dem Diskussionsprozeß um die Verbesserung der (Entscheidungs-)Strukturen im Projekt taz ist seine Abgehobenheit von der konkreten Zeitung und ihren Inhalten, wie sie uns tagtäglich auf den Frühstückstisch flattert. Die Debatte wird auf *formaler* Ebene geführt, mit dem Ziel, Handlungsspielraum für einen Redaktions- und eine Verlags*chef* zu gewinnen, die dann allerdings die *inhaltliche* Ausrichtung der Zeitung bestimmen werden. Und darüberhinaus besteht leider genügend Grund zu befürchten, daß diejenigen Personen, die diesen formalen Diskussionsprozeß initiiert haben, diejenigen sein werden, die dann diese Positionen ausfüllen werden.

***

Selbst auf die Gefahr hin, (wiedermal) als derjenige bezichtigt zu werden, der dem taz-Projekt in den Rücken fällt (mit der *formalen* Kritik, daß ich mit diesem Artikel Projektinterna nach außen trage), will ich nicht verheimlichen, daß dieser Personenkreis beispielsweise die Erweiterung des Berlinteils durchsetzte (bisher jedenfalls zum *Schaden* des taz-Projekts) und u.a. monatelang daran gestrickt hat, den Mitarbeiter Wiglaf Droste aus dem Projekt zu drängen, was lediglich durch einen Beschluß des Mittwoch*plenums* verhindert werden konnte. Daß eben diese taz-Menschen das Spendenkonto „Waffen für El Salvador" lieber nicht mehr in der Zeitung sehen, gleichzeitig aber ignorieren, daß die Meldung über die Kritik von tazlern am Geschmack von „Sandino-Dröhnung" in Nicaragua als Entzug der Solidarität aufgefaßt wird, nimmt nicht Wunder.

Wundern tun sich diese Ignoranten dann darüber, warum die taz-Verkaufszahlen fallen.

Als kleines Bonbon für Sie, geneigte LeserInnen, verweise ich auf nebenstehenden Artikel von Wiglaf, der einen kleinen Eindruck gibt von der Stimmung im Projekt.

Wie aktuell sind „alte Filme".

Johannes Surek, Aushilfssetzer

Zeitung (wie) im Fernsehen

Eine kleine, tapfere Zeitung in West-Berlin. Beharrlich arbeitet eine Handvoll engagierter Frauen und Männer daran, sich und ihr Blatt überflüssig zu machen. Beinahe haben sie ihr Ziel erreicht, als sie von einer Gruppe skrupelloser Fälscher und Hacker heimtückisch überfallen wurden. Ordnung und tägliche Routine, Mißmut und Langeweile sind ernsthaft gefährdet. In letzter Sekunde aber wird die sinistre Fälscherbande als Analphabetenclub Nordhorn- Süd enttarnt. Mit neuem Mut macht sich die kleine verwegene Schar wieder an ihre große Aufgabe.

Nach „Jäger des verlorenen Satzes", „Invasion der Körperfresser" und „Yoghurt für yeden" ist „Artisten in der Zeitungskuppel humorlos" der vierte Teil der Reihe „Utopia - vergiß es!", die nicht für das Kleine Fernsehspiel, sondern direkt für die kleinkarierte Wirklichkeit produziert wird.

Verbissene Schwerblütigkeit und psychologische T(r)iefseetaucherei machen „Artisten ..." zu einer mühevollen Angelegenheit, der von einer als Endlosschleife angelegten Dramaturgie vollends der Garaus gemacht wird. Weinerliche und selbstgefällige Dialoge, ein eher wirres Drehbuch und durchgängig laienhaftes Chargieren sorgen ebenfalls für Langeweile und Mißvergnügen. Einzig die Rolle des demaskierenden Rächers ist professionell besetzt, wenn auch die Zukunft des Hauptdarstellers mehr beim Radio und beim großen Theater zu liegen scheint.

„Artisten in der Zeitungskuppel - humorlos" ist, wie bereits seine Vorgänger, ein schlechter Film. Die Reihe wird fortgesetzt. Garantiert.

Wiglaf Droste

KEIN ABO AUF
EWIGE WAHRHEITEN

die tageszeitung
FÜR SELBSTDENKER

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.

796

Datum, Unterschrift: .....

Die Kleinanzeigen der Agit 883

Auch die Kleinanzeigen der **achtachtdrei** waren der Ausdruck einer Jugendbewegung, die sich an die Berliner Studentenrevolte 1967/68 anschloß und sich von ihr emanzipierte. Für diejenigen, die sie nicht mehr kennen: Unsere „linke Bildzeitung" **Agit 883** wurde 1969 von Dirk Schneider, Karl Ultsch und einigen anderen in der Uhlandstraße in Wilmersdorf gegründet. Sie war, im Format der **BZ,** zunächst vier Seiten „stark" und für 20 Pfennig auf Demos und in Charlottenburger Kneipen zu haben. Auflage: wöchentlich, später mit 12 bis 24 Seiten - monatlich zwischen 4.000 und 6.000 Exemplaren, gedruckt und oft beschlagnahmt in der Druckerei von Peter-Paul Zahl und seiner Ex-Frau Urte. Auf der Titelseite aggressive und provokante Karrikaturen von Verlage, Hachfeld, Witt, Masuhr und Holtfreter, selbstgeklebte Collagen, Fotos von Gefangenen, Befreiungsaktionen und Flugzeugentführungen; innen, im Schreibmaschinenflattersatz, selbstgestrickte Artikel sowie aus anderen Zeitschriften und aus Büchern abgedruckte Texte von bzw. über Che, Seale, Cleaver, Rosa Luxemburg, Bakunin, Marighella, Habache und Hawathmeh, die Weatherman und die Young Lords, Briefe aus dem Knast von Karl-Heinz Pawla, jenem Aktionisten, der in den Gerichtssaal schiß, von Fritz Teufel, Dieter Kunzelmann, Bommi Baumann, Horst Mahler und vielen anderen. Und die Sprüche! „Pig ist Pig, und Pig muß putt!" und von Ton, Steine, Scherben vertont: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!"

Die Kleinanzeigen waren meist das erste, was gelesen wurde: „Klavierhocker gesucht", „Suche Schädel", „Verkaufe 1 Paddel für 1 Mann-Schlauchboot", „Alle mögl. Näharbeiten für APO- Mietzen u. autoritäre Genossen usw. macht Every". Eine Doris sucht (sehr weise!) einen „bisexuellen Partner", jemand anders einen „Psychoanalytiker, der sich an die analytische Theorie von Wilhelm Reich hält". Ein Rock-Fan tauscht Hendrix-Scheiben gegen Beatles-Doppelalben. Auch Jazz- Fans gab es noch!

„Ein Initiativausschuß hat zugeschlagen", wird gemeldet: „Im SILK HAT (Schlüterstr. 60) zapft der blonde Volker per Getränk eine Groschen für das sozialistische Zentrum ab." „Genossen vom ML/OJS sind in Geldnot! Verkaufen billig: Mao-Bände ... und Mao-Abzeichen." Die Zeitschrift **Love** wirbt mit „All you need ist LOVE. LOVE verändert die Welt. LOVE ist Revolution". Und „Gerda soll Sacklaus- Klaus anrufen. Es eilt."

„Wegen bösartigem Hauswirt" werden zwei „kleine, niedliche und schön gemusterte" Kater angeboten, ein „2- jähriger Black Panther und weiße Mutter (27) suchen Platz in Wohngemeinschaft und Kinderladen" und ein Linksintellektueller eine „emanzipierte, hochgewachsene Frau bis zu 30 J. nicht nur zur Marxexergese". Neuss sucht „dringend Genossen, der in Afganistan war, zwecks Gespräch vor einem baldigen Tramp. Anschließendes Besäufnis wird garantiert", und „Thomas möchte sich bitte bei der K1 melden. Vinz.".

Die Frauenbefreiungsfront FIA meldet: „Die militanten Panthertanten Terror schon vor Rauschgift kannten." „Schöne Glaspfeifen, aus denen man Haschisch rauchen könnte, gibt es bei Butscher", wohnhaft in einer Fabriketage in Kreuzberg.". „Hilfe!", schreit ein Schüler, „Welche Genossin oder Gen. zieht mich subversiv aus der LATINUMscheiße?", und es wird gebeten, „sofort die Profitmeute v. Danny's Pan" auszuräuchern: „Wer dort nicht ständig säuft, fliegt raus. Schafft sozialistische Kneipen!!".

Auch subversive Nachrichten tauchen auf: „Wenn Oma Tussamag auftaucht, soll F. sofort in die Eisdiele kommen. 20 Sapinon mitbringen. Bitte Tr. nicht weiter-

Fortsetzung Seite 13

Tarantel, Damenwahl, Schamlos & Co

Vom Sinn und Zweck der regionalen Frauenzeitungen

Kerstin Lück

Die Medien sind ein Fortsatz der PolitikerInnenreden; die PolitikerInnen setzen die Medieninhalte fort. In diesem „harmonischen Räderspiel" sind Zeitungen und Zeitschriften mit einer kleinen Auflage und einer begrenzten Zielgruppe als Ergänzung gedacht. Eine Vielzahl der politischen Programme, die sich in Zeitschriften widerspiegeln, ist auf einem größeren Forum nicht mehr auseinandersetzungsfähig. „Wir schreiben für uns selbst", ist die Devise.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Frauenbewegung und ihre Presse hat einen gänzlich anderen Ansatz, nämlich die radikale Kritik an allen Fronten, eben auch an der männerdominierten linksradikalen, und sie ist doch zugleich im „Ergänzungscharakter" verhaftet. Die Auflagen sind gering, zwischen 500 und 2000 Exemplaren, und die Auflagenstärkste (60.000), „Emma", scheint nach außen hin *den* bundesrepublikanischen Feminismus zu repräsentieren. Und diese ist dann auch die letzte Front, gegen die angeschrieben wird. Themen und Diskussionen hagelt es also von allen Seiten, die denkende und schreibende Feministin ist Tag und Nacht gefordert. Alles soll mit neuer Perspektive gedacht und beschrieben sein. Für die ansässige Frauenszene wird das Lokalkolorit beschworen, für den überregionalen Zusammenhang wird die Diskussion mitangekurbelt, die Grünen Frauen werden auf's Schärfste observiert, die „große" Politik hinlänglich attackiert, den linken Männern das Maul gestopft und letztendlich wird versucht, den Teil der Frauenbewegten zu erreichen, der sich von „Emma" nicht angesprochen fühlt. Nur so gelingt der feministische Alltag einer Schreiberin, welche hochgradig unbezahlt mit hehrem Idealismus zur Tat schreitet.

Auf der einen Seite also paßt die Erscheinung einer regionalen Frauenzeitung gut ins pluralistische Mosaik nach dem Motto: „Jeder Laubenpieper-Kolonie die eigene Zeitung.", auf der anderen Seite gilt der Anspruch eben doch *allen* Frauen, die in dieser Region leben und das sind wahrlich nicht wenige.

Wer liest uns wirklich?

In Berlin soll es die meisten Feministinnen geben, doch auch Rita Süßmuth bezeichnet sich als solche und so schwankt die Zahl, das Bewußtsein wie auch die Definition einer solchen. Aber selbst in Berlin mit seiner frauenfreundlichen Infrastruktur steigt die verkaufte Zahl von PRIMADONNA, . Berliner Frauenzeitung, nicht über 2000 Exemplare. Das unterhält nicht gerade den langen Atem der Freizeitproduzentinnen.
Nichtsdestotrotz haben viele regionale Zeitungen Expansionsträume, die sich auf die Auflagenhöhe und den Verbreitungsraum beziehen.

Nun gibt es ca. 30 regionale Frauenzeitungen in der BRD, die sich einem radikalen Feminismus, d.h. Kampf gegen Vereinnahmung allüberall, verschrieben haben. Die Rechnung 30 Zeitungen x 2000 Leserinnen ergibt eine verkaufte Auflage von 60.000 Exemplaren. Damit könnte sich eine überregionale professionelle Zeitung gut sehen lassen. Doch das bleibt vorerst noch konkrete Utopie. Pläne für eine zweite überregionale Zeitung gibt es zwar schon, aber die Diskussion um Vor- und Nachteile von Zentralisierung und dezentralem, separatistischem Charakter der Frauenbewegung überwiegt.

Zwischenlösung auf dem langen Marsch durch die Diskussionen bleibt die Einrichtung einer Seite für Frauenbelange. Sowohl Tageszeitungen wie Programm-Magazine als auch „CONTRASTE" sind diesen Schritt gegangen, der einst ein Aufgeben der Ansprüche von inhaltlicher Quotierung (taz) war und jetzt zum resignierten Status Quo gerinnt. Weder wird eine Frauenseite der Vielzahl der zu überdenkenden Phänomene und Probleme gerecht noch dem Anteil von Frauen an der Bevölkerung. Es gilt unter Feministinnen schon lange als Befriedungsstrategie, Frauenbeauftragte und Frauenseiten einzurichten. Solange die Frauenbewegung als soziale Bewegung unter anderen gilt, bleibt ihr umfassender Ansatz gegen das herrschende Patriarchat gerade auch in linken Köpfen ausgeblendet und ebensolange sind autonome feministische Zeitungen bittersüß nötig.

Kerstin Lück ist Redakteurin bei PRIMADONNA Berliner Frauenzeitung

INTERVIEW

Es herrscht so ein merkwürdiger Zeitgeist, der sich gegen Frauen richtet

Maria Neef-Uthof von der taz-Frauenredaktion im Gespräch mit CONTRASTE über das Innenleben der taz und die Bedeutung von Frauenseiten im besonderen ...

Maria, Du arbeitest seit langem in der taz-Frauenredaktion. Wieviele Frauen arbeiten bei Euch mit?

Die taz hat eine Quotierung. Bei gleicher Qualifikation stehen 52 % aller Stellen Frauen offen. Häufig werden offene Stellen aber nicht mit Frauen besetzt, weil behauptet wird, ihre Qualifikationen reichten nicht aus. Zur Zeit arbeiten in den Redaktionen ca. 33 Frauen und 51 Männer. Die meisten Frauen arbeiten aber im Büro, im Satz und im Vertrieb - eben in den technischen Bereichen.

Es besteht also eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung?

Ja, weil wir sehr viele Frauen in diesen technischen Bereichen haben.

Habt Ihr Regelungen für Alleinerziehende?

Indirekt haben wir das. So gehen Eltern, wenn die Kinder klein sind, eher mal nach Hause. Das ist zwar nicht offiziell geregelt und sie tun das mit einem schlechtem Gewissen. Leute mit Kindern kriegen 400,- DM mehr als den üblichen taz-Einheitslohn. Das bezieht sich aber nicht auf Alleinerziehende.

Wie beteiligen sich die Frauen an Entscheidungen?

Genau wie überall. Die Möglichkeiten, sich an Entscheidungen zu beteiligen, sind völlig da, aber die Frauen halten sich eher zurück. Sie kommen zwar auch zu den Plena, aber dort sind die Männer in der Mehrzahl und setzen sich bei Entscheidungen leichter durch.

Haben die Frauen vor dem Streik eigene Positionen entwickelt?

Teils, teils. Wir hatten früher mal eine Frauengruppe, als es interne Kämpfe und Auseinandersetzungen gab. Die schlief später ein. Man hat nicht immer Lust, sich mit Sexismus zu beschäftigen. Es folgte eine lange Phase der Nicht- Kommunikation. Als Einzelfrauen haben wir schon eigene Positionen vertreten, aber nicht als Frauengruppe.

Wurde Euch während des Streiks irrationales Verhalten vorgeworfen?

Also das war dauernd drin! Für Männer war unser Streik schwer nachzuvollziehen, weil die gewohnt sind, streng in Regeln zu denken, was wirklich ein Mangel ist. Mit dem Streik und unserer Reaktion auf den Streik haben wir uns nach ihrer Meinung nicht folgerichtig verhalten. Das hat Unverständnis und ein bißchen Angst ausgelöst, was dann als Vorwurf der Irrationalität rauskommt.

Welche Veränderungen wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir, daß die Wahrnehmung von Sexismus, auch jenem, der nicht so viel mit Pornographie zu tun hat, in dem Laden hier geschärft wird. Es herrscht ein merkwürdiger verächtlicher Zeitgeist, der auch als frech bezeichnet werden kann und der sich auch gegen Frauen richtet. Da soll sich etwas verändern!
Zur PorNo und der Debatte darüber: Pornographie ist blöd und auch frauenfeindlich. Aber wir sollten uns darum kümmern, daß die Industrialisierung der Pornographie reduziert wird. An der Pornographie allgemein läßt sich schwer ansetzen. Es geht um Sexismus.

Was hat Dich an den Äußerungen von Alice Schwarzer in der letzten „Emma" so geärgert?

Ich finde, sie übertreibt und macht uns auf der Schiene der Konkurrenz ein bißchen fertig. Wir sind da für Pornographie und die tollen Emmafrauen dagegen.

Was hältst Du von speziellen Frauenseiten und Frauenzeitungen?

Ich finde es toll, daß es die „Emma" gibt. Manchmal stelle ich mir vor, eine Frauenmonatszeitung zu machen, aus gutem Papier, mit richtig schönen Bildern, mit relativ viel Geld und klugen Artikeln.
Frauenseiten haben die Funktion, daß da mehr über Frauen in der Zeitung kommt. Trotzdem sollten wir jetzt mal wieder versuchen, das abzuschaffen - trotz des unterschiedlichen Aktualitätsdrucks. Es ist einfach auch langweilig, immer diese Seite zu produzieren, weil sich die Themen wiederholen.

Das Interview führte Ricarda Buch

Blattgold

Weit mehr als ein Monatskalender für Frauen

„Nein - keine neue Zeitung!", hieß die Überschrift unseres ersten Vorwortes. Die Null-Nummer erschien pünktlich zum Jahresbeginn 1985. „Eher ein Terminkalender" wollten wir sein. Das Anliegen war, eine Lücke zu schließen, die seit dem Verschwinden der „Courage" für uns sehr spürbar gewesen war. Die Aktivitäten und Veranstaltungen der Frauenprojekte, Veränderungen in Angebot und Öffnungszeiten, Ankündigungen, Aufrufe - all das blieb den taz-Leserinnen vorbehalten oder wurde nach gut Glück in einer der etablierten Stadtzeitungen gefunden. Blattgold wollte ein Medium sein, in dem die Berliner Frauenprojekte und die Berliner Frauen sich besser finden können. Das umfaßte auch die Möglichkeit für Projekte und Betriebe, preiswert werben können.

Aufgebaut war es auch wie ein Kalender - unser frühes Blattgold: Aktuelle Termine, ständige Termine, Mitteilungen, Angebote der Frauenferienhäuser, das waren die großen Kapitel. Die Goldrauschmitteilungen sind hier seit dem Anfang zu finden, denn Blattgold ist eine Tochter von Goldrausch-Frauennetzwerk e.V., dem Berliner feministischen Finanzierungsnetzwerk für Frauenprojekte. Mit einer Anschubfinanzierung von Goldrausch war auch unser Start und die erste Durststrecke gesichert.

Wir stellten im Laufe des dritten Jahres fest - an unserer Motivation wie an unserer Buchhaltung - daß dieses Angebot weder uns noch unseren Leserinnen mehr genügte. Eine Änderung mußte sein, wir konnten unser eigenes Produkt nicht mehr recht leiden, es machte immer weniger Spaß, monatlich

Fortsetzung nächste Seite, links unten

Vom Widerstand zum Pflasterstrand

Red. Rhein/Main Während allerorten 'Goldene Hallen entweiht werden' (Zitat von mir), macht auch der 'Pflasterstrand' seit Monaten wieder von sich reden. Das einst kollektive Magazin der Metropole Frankfurt hat - so scheint's - auch den letzten Schritt aus der Alternativwirtschaft gewagt; mit einem fröhlichen „Sag beim Abschied leise Servus ...“ (PS 277/278, Daniel Cohn-Bendit) wurde um die Jahreswende die Hälfte der Pflasterstrand GmbH-Anteile an die Fuldaer Verlagsgesellschaft verkauft. Die Kußhand fehlt nicht; den Handkuß hat es wohl nie gegeben? Auf der Suche nach dem Weg „vom Widerstand zum Pflasterstrand“ (S.U.F., 148 S., Inselwitz-Verlag, 1983) half uns eine „Dokumentation vom Informationsdienst: Zentrum für Alternative Medien“ und Dany Cohn-Bendit höchstpersönlich.

Petra Inden

Die Tendenz des 1976 gegründeten selbstverwalteten Zeitungsbetriebs in Richtung stinknormaler Betrieb ist ca. 7 Jahre alt und erst recht keine vom PS „neuerfundene Mischform von Kapital und Autonomie“, wie es Dany so gerne behauptet. Immerhin ist zunächst einmal jeder Wirtschaftsbetrieb im real existierenden Kapitalismus gewissen Zwängen unterlegen, wenn er bestehen will. Schon im Sommer '86 suchte der PS einen möglichst finanzstarken Partner, der logischerweise nur selten in der Alternativszene zu finden ist. Damals platzte der Deal mit Gruner + Jahr, da die redaktionelle Arbeit des PS an die Einhaltung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gebunden sein sollte. Dies verlangen freilich auch die Fuldaer, heißt es doch in einer gemeinsam verfassten Präambel „ ...er orientiert sich an libertären Gedankenstrukturen, (was immer das auch heißen mag; d. Red.) setzt sich zur Aufgabe, unüblich zu denken, tritt uneingeschränkt für die Wahrung der Menschenrechte ein (auch der Fuldaer Verlagsgesellschaft gegenüber? d. Red.) und ist **demokratischer Verfaßtheit verpflichtet.“** (Gott sei dank ist die Volkszählung vorbei, es hätte zu Konflikten kommen können).

Diesmal war's also kein Hinderungsgrund, und die oben erwähnte Mischform soll unter anderem den vom PS aufgenommenen Kredit aus dem Haushaltstitel zur Förderung alternativer Betriebe durch einen „stinknormalen, zinsgünstigen Bankkredit“ (wiedermal Cohn-Bendit) ablösen. Dieser Kreditantrag von DM 260.000 veranlaßte im Januar '86 eine Konferenz Hessischer Alternativzeitungen zu der in einer Presseerklärung formulierten Forderung an das Vergabegremium, dem PS die Bewilligung eines Kredits aus dem Topf für Selbstverwaltete Betriebe zu verweigern.

„Das Verhalten des Frankfurter Blattes, im Februar in Nordhessen und später auch im Großraum Marburg/Gießen Regionalausgaben auf den Markt zu bringen, stelle eine ernsthafte Bedrohung der Existenz anderer Alternativzeitungen, die in den betroffenen Regionen erscheinen ... dar. ...der Pflasterstrand- Herausgeber Daniel Cohn- Bendit müsse sich fragen lassen, ... , ob er mit seinem Vorhaben, das zur Zentralisierung, Vereinheitlichung und Konzentration auf dem linken Zeitungsmarkt führe, so etwas wie ein 'alternativer Axel Springer' werden wolle. ... Es widerspreche dem Sinn der Förderung, wenn mit diesen Geldern Monopolisierung ermöglicht werde. ... Die Konferenz hessischer Alternativzeitungen halte die Pläne des PS für eine marktwirtschaftliche, der kapitalistischen Logik entsprechende Entscheidung. Demzufolge müsse sich der PS für sein Vorhaben **normale Kredite zu banküblichen Bedingungen** verschaffen.“

Nun ja, das tut er ja jetzt. Zudem hatte es der PS nach Abschaffung der Hessenknete durch Wirtschaftsminister Alfred Schmidt Mitte letzten Jahres - just während einer inhaltlichen Wiederbelebungskampagne des Hessenverbands für Selbstverwaltete Betriebe - verdammt eilig, seine Mitgliedschaft aufzukündigen.

Daß die Expansionsgelüste des Pflasterstrands wohl auch nicht zum großen Durchbruch verholfen haben, beweisen die neuesten Ereignisse. Inzwischen wurde die PS-'Kolonialredaktion' Kassel wie sich Richard vom ID ausdrückt - dichtgemacht, und die hessische alternative Presselandschaft hat sich auch wieder beruhigt.

„Viel Rauch um nichts“, mag man sagen. Was aber damals wie heute so betroffen macht - natürlich nur die 'Super'-Alternativen - ist nicht die Absage an die Alternative, sondern die Beliebigkeit, mit der da argumentiert wird, was in gewisser Weise an GRÜNE Realpolitik erinnert. Vielleicht ist ja das damit gemeint, wenn (schon wieder) Cohn- Bendit behauptet, er und Elisabeth Kiderlen bürgen „für die redaktionelle und ideengeschichtliche Kontinuität“, über die schon Isaak van Deelen - zeitweiliger Mitarbeiter des PS - 1983 schrieb: „dieses **zwischen** allen Stühlen neigt sich leicht und oft hinüber **auf** alle Stühle; dieser wichtige und Centimeter nur breite Unterschied geht verloren.“ und weiter „Wer denn von uns, die mit dem Pflasterstrand denken gelernt haben, wäre bereit, für diese Politik auch nur den kleinen Finger zu opfern? Wer von uns möchte glauben, daß die Katastrophenpotentiale dieser Gesellschaft mit Kompromißbereitschaft kontrollierbar sind? Wer wollte uns, den bis zur Verzweiflung Desillusionierten, Machtpartizipation als **politisches** Mittel verkaufen!? Wer auf diese PS- Position setzt und auf diesen Realismus einschwenkt, der will ein Einfachticket zu Macht und Karriere. Das soll man dann aber nicht länger Politik nennen.“

Sie tuns aber. Und genau hier liegt wohl der Punkt: Niemand wird es dem Pflasterstrand verübeln, wenn er sich in die Reihe der sogenannten 'wirtschaftlich arbeitenden' Betriebe eingliedert; uns Alternativen steht ja weiterhin frei - oder vielleicht endlich mal - ihn zu kaufen und zu lesen. Immerhin konnte die Gesamtauflage des PS um ein knappes Drittel gesteigert werden, wie uns die Redaktion mitteilt. Dem 'Größer-Besser- Weiter' unserer Konsumgesellschaft und dessen, was sich freie Marktwirtschaft schimpft, ist allerdings ein weiterer Betrieb zum Opfer gefallen, der einmal alternative Arbeitsbedingungen aufweisen wollte. Daraus ergibt sich automatisch der Rückzug auf Privatinteressen und die damit verbundene mangelnde Bereitschaft, auch weiterhin einen gemeinsam politisch-gangbaren Weg für die Linke in der BRD zu suchen. Und da ist die Pflasterstrand GmbH mit Sicherheit nicht der einzige alternative Betrieb, der sich den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen dieses unseres Landes inzwischen ohne jede Differenzierung unterworfen hat.

Als negativer Beigeschmack bleiben meist die peinlichen Rechtfertigungen, die plötzlich mit dem Anspruch auf Wahrhaftigkeit auf der politischen Tagesordnung stehen, nur um zu vertuschen, daß der einst politische Anspruch eines Projektes sich in dessen Selbstzweck verwandelt hat. So möchten wir und denn an dieser Stelle für die großzügige Abschiedsrede beim Pflasterstrand bedanken und mit einem 'leisen Servus' den Gruß erwidern.

Blattgold Fortsetzung

einiges an unbezahlter Zeit dafür aufzubringen, außerdem rutschten wir geradewegs in eine finanzielle Katastrophe.

Es ist uns gelungen, diese Kurve zu nehmen. Mit neuem Gesicht seit Februar '88 und mit größerem redaktionellem Teil ist aus Blattgold nun doch eine Zeitung geworden. Die Terminankündigungen sind geblieben, denn sie sind nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Inhalts. Sehr umfangreich geworden sind die Mitteilungen und hinzugekommen sind Berichte über Veranstaltungen, Besprechungen von Büchern, Artikel zu Themen wie „Frauen und Aids“, „Ingrid Strobl weiter in Haft“, „Frauen in Südafrika“ und viele mehr.

Nach wie vor nicht zu leugnen ist unsere Verwandtschaft mit Goldrausch - Geld und Geschäft sind bei uns immer Thema. Eine neue Rubrik ist seit einiger Zeit hinzugekommen: Biggi Business schreibt zu aktuellen Fragen in Sachen Projekte-Ökonomie, Frauen und Geld usw.

Gearbeitet wird bei uns - natürlich - unbezahlt. Wir sind froh, wenn wir unsere Rechnungen einigermaßen pünktlich bezahlen können und noch etwas für eigene Werbung übrig haben. Und trotzdem sehen wir nicht schwarz, obwohl die Nachteile der sogenannten Ehrenamtlichkeit unübersehbar sind. Z.B. Frauen, die professionell schreiben, geben ihre Texte natürlich nach anderswo. Die Frauen in der Blattgold-Redaktions- Gruppe sind auch nicht immer regelmäßig bzw. gleichmäßig zu beanspruchen, denn immer mal fällt eine aus, wenn Berufsarbeit oder Studium überhand nehmen. Diese fehlende Kontinuität ist nicht das Ideale für eine Zeitungsgruppe, aber noch leben wir damit.

Wir haben uns von einigem entlastet, z.B. von dem Vertrieb der Zeitung. Das übernimmt eine Frau gegen ein kleines Honorar, so daß wir nicht mehr selbst die Auflage um die Häuser tragen müssen. Einerseits eine willkommene Entlastung, andererseits eine Entfernung mancher in der Gruppe von dem Produkt. Seit sich eine Frau wirklich verbindlich um die Abos und Aborechnungen kümmert und eine andere ebenso verbindlich um Werbung und die damit verbundenen Einnahmen, sieht unser Konto schon wieder viel besser aus. Träume sind z.B., daß wir uns jeden Monat ein richtig gutes Titelfoto kaufen oder daß wir uns mehr Werbung für unser Blatt leisten könnten oder gar Autorinnen bescheidene Honorare zahlen. An Bezahlung für unsere Arbeit ist nicht zu denken - noch nicht.

Unser Ehrgeiz ist nicht, eine große Zeitung à la Courage zu werden, sondern innerhalb Berlins eine spannende Stadtzeitung für Frauen zu sein.

Blattgold

Lieber selbstverwaltet als arbeitslos

Die Ausstellung »Gemeinsam und selbstbestimmt« bietet einen anschaulichen und reich illustrierten Querschnitt über Selbsthilfeprojekte in der BRD. Auf 21 großformatigen Stellwänden (B 97 x H 152) werden selbstverwaltete Betriebe, junge Genossenschaften, Kooperativen und Ausbildungs- und Wohnprojekte vorgestellt, die erfolgreich und ohne Chef gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten. Die Ausstellung »Gemeinsam und selbstbestimmt« ist eine Ermutigung für alle Gruppen und selbstverwalteten Betriebe. Sie unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit und kann problemlos mit der Darstellung des eigenen Projektes ergänzt werden.

Die Ausstellung kann bei der Ausstellungsgruppe »Genossenschaftlich Wohnen«, Jöllenbecker Straße 123, 4800 Bielefeld 1, ausgeliehen werden.
Weitere Informationen: 05 21/88 95 54

Die Kleinanzeigen der Agit 883

Fortsetzung von Seite 12

sagen.“ Und Richtigstellungen: „Das 'B' in der schwarzen Fahne heißt trotz dessen hoher Verdienste nicht Bommi, sondern Bakunin.“. „Reni v. Tent legt Wert auf die Feststellung, daß der Satz 'Berlin muß brennen, damit wir leben können!' nicht von Bodo Segger, sondern von ihm selbst stammt“. „Es sind noch vorgedruckte Enschuldigungszettel für Schüler und Lehrlinge am Basisgruppenladen Zehlendorf ... abzuholen“, wird mitgeteilt, und da wird eine „Revolutionär arbeitende Genossin für Provinzkommune nach Würzburg gesucht! Wir bieten: mindestens 4 Naziprof's, 72 Kirchen (incl. Bischaf), Gasheizung ...“. Charles Manson, wird notiert, habe „schon über 300 Besucher empfangen“. Ein Verliebter klagt: „Leider bin ich zu blöd, Euch in der Uhlandstr. zu finden .. du blond-langhaarig schöne raubst mir den schlaf...“. Ein Chauvi annonciert: „Suche Genossin, die auch mit der unteren Hälfte zu diskutieren versteht.“

Auch das unter „Kleinanzeigen“: „Millionen Deutsche suchen Ostern ihre Eier. 41 fanden den Tod.“ „Der Zentralrat der unherschweifenden Haschrebellen fordert alle Törner auf, Vorbereitungen für die diesjährigen SMOG-INS im Georg von R.-Park zu treffen.“ „Die Kontroverse zwischen Meinard und Michael wurde mit einem Plusp. für Meinard beendet. Meinard übt Selbstkritik und widerrruft die anfangs fälschlich und zu Linksabweichung führende Ansicht, die Transportindustrie würde **nicht grundsätzlich** den Waren Wert zusetzen (vielmehr Verlagerung des Produktionsprozesses in die Zirkulationssphäre) KAPITAL 2. Bd, 6. Kap.“.

Raubdrucke und Neuerscheinungen wurden angepriesen: „In Kürze erscheint das Nachschlagewerk 'How to Kill the Pigs' in deutscher Sprache...“ „Terrorgruppen, lernt von Boris Savinkow 'Die Ermordung des Großfürsten Sergej' (AUS DEN ERINNERUNGEN EINES TERRORISTEN). In jedem Buchladen. Wenn nicht - Terror!“

Warnungen, Drohungen, Kommandomeldungen und Ratschläge: „Hascher! Hasch absorbiert revolutionäre Energien. Ackumuliert sie! Die nächste Straßenschlacht kommt bestimmt!!! Der rote Konrad“. „Genossen Unternehmersöhne, kastriert Euren Vater, beerbt ihn. Enteignet Euch selber dann!“ „Für den Anschlag gegen den BZ-Chefschreibtischtäter erklärt sich das Kommando 'Conny + Ben Wisch' verantwortlich.“ „Das Kommande 'Valerie Solanas' der Frauenbefreiungsfront wartet auf Aufträge.“ „Wir su. Dame zur dreimaligen Anprobe eines Oberschenkelhalfters (speziell für Gerichtsverhandlungen) melden unter Kennwort Egon im RC, 1-15, Wielandstr. 27“. „Bin gekündigt, suche MG“. „Wenn ihr einen Staatsanwalt names Thiele wieder in der Potsdamer trefft, ruft die Bullen und sagt, er habe Euch unsittlich angefaßt. Das ist einer...“ „Wenn Reinhart Wolff wieder autoritär rumschreit, haut ihm auf die Eier. Blu Ze We Re“. Und die Tupamaros Westberlin melden: „Die Selbstkritik v. Karl Moh wird v. ZK (tw) anerkannt. Zur jetzigen Situation: Cool bleiben. Lage sondieren, Perspekt. analys.“ „Vorsicht, Genossen! Die Stadtteilgruppe Kreuzberg hat die 5. Kaderlinie im Giftschrank. I. Ko. z. Be. d. Ka.“. Kommentar zu einer Anzeige der „Geheim“-Organisation UNGO: „UNGO, das Waschmittel, das garantiert alle marxistisch/leninistischen Reste aus deiner Unterhose rauswäscht.“

Und immer wieder Every: „Every näht und ändert für Genossen (auch Schiebermützen) - alles wird mit rotem Garn genäht.“ - Ob sie wohl heute noch näht? Oder die Farbe geändert hat? Doch nicht in Grün?!

Anzünder-Klaus

Nicht alle lesen die UZ!

Basis, Betroffene und der Versuch eine Zeitung daraus zu machen: Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Red. Heidelberg „Wir können davon ausgehen, daß das System nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse seiner Sklaven zu erfüllen."

Solche ergreifenden Sätze lasen sich im Juni 1973 in einem Papier, das für ein Medienprojekt warb, dessen Sinn es war, in den nachfolgenden neun Jahren die „Betroffenen" zu Wort kommen zu lassen. Der Medienalltag der Linken reichte in jenen Tagen von der UZ (Unsere Zeit, DKP) bis zu den verschiedensten Roten Fahnen der untereinander konkurrierenden KPDs. Mit der Sponti-Forderung im Rücken, das Subjekt in den Mittelpunkt der politischen Aktivitäten zu stellen, erschien seit Sommer 1973 wöchentlich der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" auch kurz ID genannt. Es war einer der ersten Versuche nach 1968, Informationen der heterogenen Gruppen, seien es Hausbesetzer, Knastgruppen, Frauen oder Ausländer, einer breiteren nationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen und nicht, wie es damals gang und gäbe war, die Textfahnen solange zu redigieren, bis die Realität dem Weltbild der Zentralkomitees entsprach.

Die Autoren: Axel Diederich u. Waldemar Schindowski *Foto: Hermann Löffler*

Waldemar Schindowski
Axel Diederich

Der Anspruch der ZeitungsmacherInnen ging jedoch weiter. Der ID wollte nicht nur ein Medium für „Betroffene" sein. Häufig war in den Redaktionsräumen des ID davon die Rede, „die Ereignisse neu zu bestimmen", eine Forderung, die auch deshalb entstanden war, weil das Konzept der „Betroffenenberichterstattung" zu kurz griff. Der ID wurde im Laufe der Jahre zum Organ derjenigen, die in der bürgerlichen und auch in der entstehenden, regional begrenzten Alternativpresse keinen Raum fanden. Es war die halbe Wahrheit des Alltags, nur der journalistische Abfallkorb für jene zu sein, die mit ihren Knast- oder „Die-Bullen- haben-uns-wieder-gequält"- Geschichten die ID-Postfächer füllten. Hausbesetzungen zeichneten sich nicht nur durch Bullenüberfälle aus.

Liebesaffären, verschwundene Hauskassen waren Bestandteil des anderen Alltags. Diese Art der „Betroffenenberichterstattung" wurde in der Regel nicht erwähnt. Man kann natürlich Zeitschriften herausgeben, die seitenweise über die unterdrückte Kreatur Mensch berichten, doch was sich unter der Fahne Basisberichte oft versteckte, war nur ein Kostüm starrer Denkmodelle analog zu den ML- Zirkeln. Man sah sich eher in der Opferrolle, denn als handelndes Subjekt. Diese Perspektive glich in fataler Weise derjenigen, die die bürgerlichen Journalisten einzunehmen pflegten.

Heide Platen, ehemalige ID-Mitarbeiterin, heute bei der taz Frankfurt: „Wir machten während des Russell-Tribunals (1978) in Frankfurt-Harheim täglich einen ID! Interessierte waren herzlich eingeladen. Daraus entstand die Legende, daß die taz aus dem ID hervorgegangen sei. Mitnichten! Da kamen dann Hinz und Kunz und benahmen sich, wie sich Lieschen und Hänschen Müller das Zeitungsmachen vorstellen. Sie tanzten um Prominente wie die Motten ums Licht, verschossen, in Trauben auf den Bänken und Masten hängend, kilometerweise Filmmaterial und gebährdeten sich wie die Rüpel von der letzten Bank: Die Presse kommt! Abschrecken ließen sie sich nicht. Manch einer von ihnen wanderte, unbedrückt durch die Tatsache, daß er nicht einmal die Schreibmaschine bedienen konnte und gleich nach der Sekretärin oder dem eigenen Schreibtisch fragte, quer über den Hof zum bald im Entstehen begriffenen neuen taz-Büro."

Wer hat was gefressen?

Von der Vorstellung, ein Medium zu sein, in dem die „Nachrichten vom Volke kommen und wieder zurücckehren" blieb wenig übrig. Das Konzept der „Betroffenenberichterstattung" hatte aber auch Glücksfälle zu verzeichnen: Die Anfänge der Ökologiebewegung in Wyhl, die Jugendzentrumsbewegung, die Antimilitaristische Soldatenbewegung. Dies waren Beispiele, wo der ID seinem Anspruch gerecht wurde. Konsumgewohnheiten, auch Mediengewohnheiten konnten durchbrochen werden, wie sich am Beispiel des Fordstreiks 1973 in Köln aufzeigen läßt. Dazu ein ehemaliger ID- Redakteur: „Das Ereignis Ford-Streik ist neu definiert worden. Gegen die Linken, die sich daran begeistert haben, die Spontis, und neudefiniert gegen die KPD-ML und sowieso gegen die bürgerliche Öffentlichkeit. Wie? Dadurch, daß einer vom Streikkomitee das einfach auf Kölsch erzählt hat! (Es war übrigens Klaus der Geiger). Der hat einfach die ganze Kriegsberichterstattung vom Streik verlassen, und hat ihn als ein großes Fest - was er immer zugleich mit dem Krieg war - beschrieben. Und zweitens hat er die Ebene der Einheit verlassen. Und er hat in seinem Bericht einfach wertgelegt auf solche Sachen wie, „wer hat was gefressen?". Da gab es Hamburger, Pizza, türkische Köfte - das konnte man ja nicht einfach austauschen im Sinne der proletarischen Einheit!"

Eine große Schwierigkeit bestand also darin, den verinnerlichten Journalisten in den Köpfen der „Betroffenen" zu bekämpfen und andererseits den betroffenen Journalisten auf die Finger zu hauen.

knock-out durch „unklare Verhältnisse"

Es ist eine Binsenwahrheit: Wenn man die Ebene der Schülerzeitung überschreiten will, wird außer der Beherrschung einer Schreibmaschine oder des Telefonvorwahlverzeichnisses der ganze Rattenschwanz der Administration nötig. Die Palette von Erfahrungen, an die heute selbstverwaltete Betriebe anknüpfen können, von Betriebsberatern bis Ökobank, war in den 70iger Jahren einfach nicht da. Und außerdem will das Schreiben gelernt sein. Es ist ein Handwerk wie jedes andere.

Hinzu kommt, daß sich ein Medienprojekt wie der ID als Betrieb nicht selber ernstgenommen hat. Enikö Balla, die Urmutter des IDs, in ihrem Abschiedsbrief im letzten ID vom 20. Februar 1981: „Den Grund unseres K.O.s in der ersten Runde des neunten ID- Jahres sehe ich gerade in der bestehenden Konstellation zwischen Verlagsverwaltung und kollektivem Arbeiten und Leben. Die unklaren Verhältnisse, die in dieser Hinsicht wahrscheinlich schon immer existierten, waren gerade noch haltbar in ID-Zeiten, in denen die Erwartungen an den ID - die Projektionen von außen die Fragen, die innen gestellt werden sollten, überdeckt haben." Die Zeitschrift ID hatte in den 70iger Jahren da eine Funktion gehabt, wo das Außen- und Innenverhältnis zwischen Leser und Redaktion noch relativ identisch war. Als dann eine politische Flaute bei der Linken herrschte, wie im „Deutschen Herbst" (1977), als linke Professoren Selbstbezichtigung veröffentlichten und für die Zukunft gelobten, ihren Studenten die freiheitlich-demokratische-Grundordnung (fdgo) näherzubringen, schaute der ID wie das Kaninchen auf die Schlange: Bei der Basis herrschte Funkstille!

Eine intellektuelle Anstrengung wäre nötig gewesen

Daniel Cohn-Bendit beschreibt den Umbruch der Linken so: „Die Gruppe besteht nicht mehr. Aber aus ihr ist ein soziales Milieu entstanden, eine „Szene" mit einer Vielzahl von Untergruppen, die sich in allen Richtungen hinentwickeln."

Was hier über die spontaneistische Gruppe „Revolutionärer Kampf" (RK) gesagt wird, trifft für viele Polit-Aktivisten der 70iger Jahre zu. Als Einschnitt kann das Stammheim- Jahr 1977 genommen werden, wo die Revolutionsgelüste der Linken an der Realität der Härte des Staates zerrieben wurden. Nicht nur aufgrund dieser Ereignisse hat sich seit diesen Tagen eine Vielfalt spiritueller, kultureller und politischer Facetten entwickelt, die mit der „Betroffenenberichterstattung" nicht mehr zu fassen waren. Es wäre eine intellektuelle Anstrengung nötig gewesen, diese oft widersprüchlichen Entwicklungen von der Entstehung der Grünen als Partei bis zu Bhagwan wöchentlich in einer 32- seitigen Zeitung zu dokumentieren. Aufgrund der konservativen Grundhaltung der ID- Mitarbeiter, die persönliche Meinung am Biertisch und nicht in der Zeitung zu veröffentlichen, gingen viele aktuelle Tendenzen an dem Blatt vorbei. Der ID als letzter Gralshüter der maoistischen Parole: „Dem Volke dienen".

Ausbruchsversuche, die Berichterstattung außer mit Knastberichten oder anderen einschläfernden Aktivitäten zu sprengen, waren zaghaft. Angesichts einer abnehmenden Auflage und des Erscheinens der taz (1977), die auch als nationales Organ mit einer höheren Auflage die Aufmerksamkeit auf sich zog, gab es Versuche, aus dem ID ein Magazin zu kreieren. (Mehr Farbe, Fotos...) Erstaunlicherweise wollte jedoch eine kleine Gemeinde von ID-Lesern keine veränderte Zeitung im Magazin-Format, sondern jenes puritanische Blättchen, wo die Schlechtigkeit der Welt Woche für Woche nachzulesen war. Diese Fan-Gemeinde war nicht so groß, um den ID wirtschaftlich über die Runden zu bringen.

Den ID als Forum, z.B. der entstehenden Punk-Bewegung Anfang der 80iger anzubieten, ging voll daneben. Entweder hatten diese Gruppierungen ihre eigenen Medien geschaffen, oder sie brauchten zur Artikulation keine Zeitschrift. Sichtbar wurde dies, als der ID als Mitveranstalter eines Punk- Konzerts auftrat (Drei-Flüsse- Turnier) und ein „Alt- 77-iger" wohlwollend der ID- Redaktion mitteilte:. „Der zufällige Versuch, mit Punks in Kontakt zu treten auf dem Benefiz- Konzert der Frankfurter Uni, hat immerhin dazu geführt, daß jetzt einige ID-ler Punk und New Wave hören."

Die Geister, die inden 70iger Jahren gerufen wurden, wurde man nicht mehr los. Des öfteren, wenn einige Gruppen die Berichterstattung der taz kritisieren, taucht auf den taz- Leserbriefseiten mahnend der Hinweis auf den ID mit seinem „Betroffenenkonzept" auf. Der Mythos der reinen Basisberichte bleibt Wunsch und Forderung der medialen Habenichtse.

Über den Tod hinaus

Die immer wieder auftauchende Diskussion über die Krise der Alternativpresse ist so alt wie diese selber.

Bei genauerem Hinsehen läßt sich allerdings ein ewiger Kreislauf erkennen. Und der verläuft wie folgt:

1. Eine politische Gruppe findet sich und will eine Zeitung machen. Diese Anfänge sind in der Regel durch hohe Ansprüche und heftige Diskussionen gekennzeichnet.
2. Nach einiger Zeit taucht das Finanzproblem auf.
3. Nun überlegt man sich, Professionalisierung oder mittelfristig zumachen.
4. Auf dem Wege der Professionalität werden die Leute älter, und somit schwindet die Chance, mit der nachwachsenden Bewegung auf Tuchfühlung zu bleiben. Dies geschieht nur noch indirekt.
5. Erworbene Qualifikation befähigt zwar, andere Formen der Darstellung zu finden, diese sind aber zugleich auch notwendig und unabdingbar, weil man zu sozialen Gruppierungen keinen direkten Draht mehr hat.
6. Um zu überleben, muß diese Qualifikation so eingesetzt werden, daß die MacherInnen möglichst flexibel und veränderbar sind.
7. Dies wird aber zunehmend durch den Apparat verhindert.
8. Entweder ist man/frau an diesem Punkt bei einer nichtssagenden Hochglanzzeitung angelangt oder in öffentlich-rechtlichen Medien untergekommen. Ansonsten befindet man/frau sich in der obengenannten Krise.
9. Langfristig ist also der Tod einer Alternativzeitung unvermeidlich.
10. Deshalb unsere These:
    Das beste, was einer Alternativzeitung passieren kann, ist ihr Tod. Die Krise der Alternativzeitung wird es solange nicht geben, wie Alternativzeitungen sterben. Die Krise der Alternativblätter ist nur die Krise der MacherInnen, die sich nicht trennen können. Oder wollt ihr das Schicksal mit dem Züricher „Zeitdienst" teilen, der die Menschheit über 40 Jahre beglückte?

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Rezensionen

Zwangsmitglied in einer vorgegebenen Gesellschaftsordnung

Intellektuelle Aufarbeitungen autonomer Positionen haben Seltenheitswert. Dies ist erstaunlich. Hat doch die Verweigerung von Loyalität gegenüber der gesellschaftlichen Ordnung oft harte persönliche Konsequenzen zur Folge: „Entweder ist sie nur zeitlich begrenzt und bricht früher oder später unter dem Druck der Anpassung zusammen, oder sie definiert sich im Abseits des gesellschaftlichen Gemeinwesens bzw. bildet eigene Strukturen des Zusammenlebens mit all ihren Folgekosten."

Daß letzteres gelingt, bezweifelt Günther Klugermann. Sämtliche Abweichungen unterliegen nach seiner Auffassung den heteronomen Bedingungen des etablierten Sozialgefüges. Wird trotzdem bewußt eine oppositionelle Minderheitenposition aufrechterhalten, ergibt sich daraus ein immer andauerndes Spannungsverhältnis. Dessen Hintergründe in Gesellschaft und Individuum versucht der Autor aufzuarbeiten. Selbst parteilich, bedient er sich dabei der autobiographischen Methode. Geprägt durch die Schlüsselerlebnisse „Kriegsdienstverweigerung" und „Vietnamkrieg" macht er in einem Exkurs die Wirksamkeit solcher Erfahrungen auf die persönliche Lebensorientierung nachvollziehbar.

Im ersten Teil seines Buches geht eine „Bestandsaufnahme des Unbehagens" voraus. Dieser stellt er die Geltung und Verwirklichung gesellschaftlicher Werte gegenüber. Besonders der Freiheitsbegriff erfährt dabei eine ausführliche Würdigung. Seine Abklärung ist wichtig für den zweiten Teil, in dem er das Individuum (und damit sich selbst) in seinem sozialen Umfeld verortet. Selbst die Position des Individualismus vertretend, bezweifelt Klugermann die Aussicht auf politische Bedeutung von Vorstellungen des individualistischen Anarchismus. Die dort vertretene extreme Ich-Bezogenheit des einzelnen Menschen erschwere, so Klugermann, die Erreichung eines sozialen Konsens, „selbst in kleinsten Gruppen".

Als sinnvoll sieht er den Entwurf einer „Ich-Identität als empfundene Identität" an, „die einerseits die Eigenart des einzelnen subjektiv beschreibt und diese andererseits mit den Ansprüchen und Erwartungen von außen konfrontiert." Dies ist zudem auch Voraussetzung zur Festigung von Identität, „indem Autonomie bewahrt wird und entgegen allen äußeren Widerständen eigene Werte und Ziele angestrebt werden." Diese und andere Überlegungen in dem Buch sind nicht besonders neu oder originell. Ausgedrückt wird, was viele im Bereich alternativer Bewegungen schon gedacht haben. Genau das aber macht das Buch lesenswert.

Günther Klugermann: Die Außenseiterposition. Zum Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. R.G: Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1987, 234 Seiten, DM 19,80

Burghard Flieger

Wer beschützt uns vor unseren Beschützern?

Tiefflug-Abstürze und die Folgen Hintergrundberichte zu Landshut und Forst; Stellungnahmen; Gefährdung durch AKW's; Absturzstatistik; BRD als Schrottplatz der Alliierten. **MÖP-Thema III: Abstürze.** A4-Broschüre, 5 DM, 10 Stck. 35 DM, 50 Stck. 150 DM.
Bezug:
MÖP e.V.
Postfach 317
4600 Dortmund 1

Freiheit und Liebe wider die Ordnungen

ein Versuch zu einer Anarchie des Friedens von Prof. Konrad Pfaff

Viel besser könnte der Untertitel des vorliegenden Büchleins lauten: „Ein Versuch zur Aufhebung der Institutionen", sind doch die 10 Thesen des Soziologen Konrad Pfaff der gelungene Versuch einer Institutionskritik.

Pfaff leistet in seinem Buch etwas, was in linkssozialistischen Kreisen längst überfällig ist, nämlich eine systematische Kritik am Staat und seinen Institutionen.

Gut ist an der Arbeit, daß sie zwei Disziplinen verbindet und daher nicht das Phänomen der Fachidiotie transportiert. Psycho-soziologisch fundiert weist der Autor auf die Angst und Schwäche des Individuums als Möglichkeit für ein Aufbegehren gegen die alltägliche Unterdrückung hin. Die Ohnmacht gegenüber der Allgewalt der Institutionen, die scheinbare Aussichtslosigkeit läßt den Schritt zur Revolte unter bestimmten Voraussetzungen zu.

Der Staat und seine Institutionen, (und dies gilt im besonderen Maße für die Schule) zwingen die ihnen unterworfenen Menschen zur Aufgabe ihrer Wünsche und Triebe, zwingen sie zur Vergewaltigung ihrer natürlichen Beweggründe und erreichen bei den Menschen Selbsthaß und Selbstzweifel. Der Schritt aus der Verzweiflung und die Besinnung auf sich selbst führen zur Befreiung aus der Versklavung und ermöglichen die Kooperation mit anderen Verzweifelten, mit denen gemeinsam der Kampf gegen das unterdrückerische System geführt werden kann.

Gerhard Kern

Das Bändchen ist reich bebildert und mit Gedichten versehen, hat 75 Seiten gut verständlichen Text und kostet 7,60 DM
Erhältlich bei RUMPELSTILZ 2000
Birkenfeldstr. 13
5552 Morbach
☎ (06533) 53 54

Aufklärung tut weh

Wollen Sie beim Lesen einer Zeitschrift immer bloß lächeln und mit dem Kopf nicken können, weil da drin steht, was Ihren Vorurteilen schmeichelt und Sie sich eh schon gedacht haben? Dann müssen Sie **KONKRET** aus dem Weg gehen. Sollten Sie aber zu den Zeit-Genossen gehören, die sich auch einmal schmerzhaft vor den Kopf schlagen und gegen den Strich bürsten lassen wollen — dann gibt es für Sie nichts besseres als diese Zeitschrift, die der Republik seit 30 Jahren an und auf die Nerven geht: **KONKRET.**

Wer **KONKRET** kennenlernen will, hat jetzt die Chance: Er oder Sie bekommt die nächsten drei Ausgaben umsonst. Coupon ausfüllen!

Einsenden an:
KONKRET-Service
Osterstraße 124
2000 Hamburg 20

ANFORDERUNGS-COUPON
gegen Einsendung dieses Coupons erhalten Sie kostenlos drei Probehefte von KONKRET per Post frei Haus. Damit Sie sich ein Bild machen können.
Wenn Sie KONKRET dann regelmäßig lesen wollen — im anderen Falle schreiben Sie vor Erhalt des dritten Heftes eine kurze Mitteilung an die Bestelladresse —, nehmen Sie unser Angebot an: Monatliche Lieferung frei Haus zum Jahresbezugspreis von 72 Mark (Ausland zzgl. Porto).
Bitte tragen Sie hier Ihre Anschrift ein:

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

Datum Unterschrift

Kleinanzeigen

Jobs

Wir suchen eine Person, die bei uns mitmacht und sich vor allem um folgendes kümmert:
- unsere Vereins- u. Tagungshausbuchhaltung u. Verwaltung,
- unseren Buchladen für Seminargäste

Energie- und Umweltzentrum
am Deister e.V.
3257 Springe-Eldagsen
Tel. (05044) 18 80 (Wolfgang)

Das Café Nepomuk in Reutlingen, Mitgl. der LAKS Ba-Wü., ein gut eingeführtes selbstverwaltetes Café (50 Plätze), mit Kalt- und Garlizenz, einem warmen Mittagstisch, sowie div. warmen und kalten Speiseangeboten (Bistro-Küche), sucht
Ein/e Köchin/Koch und ein/e Serviererin
Wir bieten: Selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten in der Selbstverwalt., die Möglichkeit, kreativ an der Gestaltung unserer Karte mitzuwirken, klar begrenzte 8-9 Std-Schichten.
Arbeitsbeginn September '88.
Bewerbung bis 1.7. an
Café Nepomuk, Burgstr. 9, 7410 Reutlingen
Tel. (07121) 3 48 28

Projekte

Projekt gesucht zum Leben und/oder Arbeiten (keine Landwirtschaft). Wir – Rosi, 35; Volker, 34; Conny, 4 – Kollektiv- und Projekterfahren, suchen eine neue Perspektive. Wir wollen nicht nur ökonomisch gut klar kommen, sondern auch gleichzeitig politisches Engagement verwirklichen. Finanzielle Beteiligung möglich.
Tel. (0234) 51 35 05

Wer hat Lust, eine Woche oder mehr in einer Landgemeinschaft gegen „Kost und Logis" zu arbeiten?
Kontakt: Riedmühle
Riedmühle 1, 6445 Alheim
Tel. (05664) 87 40

Reisen

Studienreisen, Ferienwohnungen, Hotelreservierung in Zakynthos, Griechenland. Reisebüro Iakynthos, Denisstr. 61, 8500 Nürnberg 80, Tel. (0911) 26 86 75

Workcamps – Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, 3. Welt- und Frauenprojekten, sozialen und antifaschistischen Initiativen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter 16 (Inland) bzw. 18 (Ausland). Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen!
Sommerprogramm und Informationen gegen 2 DM in Briefmarken beim
Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Süße BINE,
Fünfmal so alt wie CONTRASTE - werde nie fünfmal so alt wie wir.
Dein Honig

Sonstiges

Solar- und Windkraft ist mehr geworden, als nur mein Hobby. Ich suche für Sommer '88 Land- WG, die sich mit der Energieproblematik auseinandersetzt, und die bereit ist, Ideen und Vorstellungen gemeinsam umzusetzen mit Richtung zur Selbstversorgung. Eine Solaranlage (Strom) und kleine Windräder sind bereits vorhanden. Ihr solltet im Raum Münster (ca. 20 km) leben und Euch bald bei mir melden. Uwe Hallenga, Am Sloot 2, 4460 Nordhorn.
Tel. (05921) 7 57 95

Woher kommen die Talerchen? SVB in Südniedersachsen (seit 3 Jahren im Dschungel des Kapitals kämpfend, 190 Besch., Verkehr + Gastronomie) sucht Finanzierung f. einmalig günstige Gelegenheit.
Chiffre: Geld

Nicaragua-Hemden-Aktion
Ersatzteile für die staatl. Textilfabrik ENAVES, Managua. Hemden, 100% Baumwolle, weiß, mit rotschwarzen Aufnäher, 1/1 Arm, (S,M,L,XL,XXL), 25,- DM/St. für Gruppen ermäßigt, Nähere Infos und Bezug: ATES-Werkhof, Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt
Tel. (06151) 2 66 64

GREENPEACE

Die Resonanz unserer Aktivitäten in der Bevölkerung hat uns zu einer der größten, international tätigen Umweltschutzorganisationen werden lassen. Um diesem Vertrauen und den weiterhin gewaltigen Aufgaben gerecht zu werden, müssen wir neben Aktionen und Kampagnen eine professionelle Organisation und Verwaltung gewährleisten. Wir suchen für unser Hamburger Büro eine/n verantwortungsbewußte/n Mitarbeiter/in für

- **das Rechnungswesen.**
  Sie sollen über einschlägige Berufsausbildung und Berufserfahrung in der Buchhaltung oder in der Steuerberatung verfügen und unseren Bereich Finanzen selbständig leiten.

Gute Englischkenntnisse sind Voraussetzung für die Arbeit bei uns.

Wir suchen Menschen, die Engagement und Berufserfahrung verbinden wollen. Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an (z. Hd. Sabine Brüggemann):

GREENPEACE e.V.
VORSETZEN 53 • 2000 HAMBURG 11

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

KLEINANZEIGEN

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

AG SPAK

Markt der Möglichkeiten

Unter dem Titel „Rechtslage und politische Arbeit mit dem Medium RADIO" veranstaltet die AG SPAK vom 10.-12.6.1988 in München ein Seminar, das sich mit den praktischen Voraussetzungen und Grundlagen der Alternativen im „linken Radiogeschäft" beschäftigt.

Die unterschiedlichen Mediengesetze in den Bundesländern haben unterschiedliche Voraussetzungen geschaffen, im Bereich der privaten Medien Alternativen zu formulieren. So haben sich sehr unterschiedliche Projekte gebildet, die mit diesen Voraussetzungen zu kämpfen haben.

Ziel des Seminars ist es, zwei entscheidende Bereiche zu beleuchten:

1. Finanzierungsmöglichkeiten
2. Organisationsstruktur

1. Anhand der Entwicklung in den einzelnen Bundesländern stehen unterschiedliche Töpfe zur Verfügung, die Geld in die Projekte tragen können. Zum anderen engagieren sich zusehends Verbände, Kirchen, Gewerkschaften im Bereich des privaten Hörfunks. Die Diskussion um HörerInnen-Finanzierung oder Werbung muß an praktischen Beispielen geführt werden.

2.Die bis jetzt bestehenden Projekte organisieren sich durchaus unterschiedlich; Welche Möglichkeiten sind übertragbar, welche haben sich als fehlbar erwiesen? Wo liegen die harten Konfliktpunkte?

InteressentInnen sind eingeladen, mit den VertreterInnen der Projekte die vorgestellten Bereiche zu diskutieren.

Rückfragen und Anmeldungen:
LORA MÜNCHEN
Schwanthaler Str. 76 Rgb.
8000 München 2

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie

10 Jahre Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie Perspektiven alternativer Ökonomie bis ans Ende des Jahrtausends

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Selbstverwaltungswirtschaft (SVW) sind Thema dieses Seminars vom 15.7. bis 22.7.88 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Taunus

Information & Anmeldung:
Andrea Gerth
Kronenstr. 16
6800 Mannheim 51

Selbstverwaltete Jugendzentren

Sommertage für Jugendliche vom 11. bis 21. Juli 1988 im Bahnhof Göhrde/Lüneburger Heide

Anmeldung & Information:
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf/Breese

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org.-biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
Tel. (05543) 7 82

Übergreifende Tagungen

Bundeskongreß der Arbeitslosengruppen. Vom 16. bis 18. Juni 1988 in Düsseldorf.
Anmeldung & Info:
Dieter Koschek
Köchlinstr. 21
8990 Lindau

Bundestreffen der Sozialhilfegruppen. Vom 16. bis 19. Juni 1988 in Dörnberg.
Anmeldung & Info:
Wolfgang Krebs
Burkhardthaus
Herzbachweg 2
6460 Gelnhausen

bewusst + päd

Die Pädagogik Paulo Freires und die Methode des „Unsichtbaren Theaters" (nach Boal) in der Bildungsarbeit. Vom 1. bis 3. Juli 1988 in Gauselfingen.
Anmeldung & Info:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

IWF

Ausstellung zur IWF- und Weltbank-Kampagne

Auf 15 Tafeln (60cm breit, 1m hoch) werden dargestellt:
IWF und Weltbank, ihre Zusammensetzung, Aufgaben, Ziele; die Auswirkungen der Stabilisierungsprogramme zum einen für Banken und Konzerne, zum anderen für die Bevölkerung; die Rolle der deutschen Banken, Konzerne und der Regierung; die Bedeutung des IWF-Weltbank-Treffens September '88 in Berlin.

Die Ausstellung wird Anfang Juni fertiggestellt sein; wenn genügend Nachfrage besteht, werden wir eine Kopie anfertigen, um die Ausstellung über Bayern hinaus ausleihen zu können. Bei Interesse bitte melden bei:
Koordinationskreis für die IWF- und Weltbank-Kampagne
Kontakt: Martin Jung
Pariser Str. 7
8000 München 80
Tel. (089) 448 48 10

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Müssen immer alle alles machen? oder muß ich immer alles machen? Am 25. Juni 1988 in 6057 Dietzenbach, Offenthalerstr. 75.

Ein leidiges Thema, was aber leider aus dem Alltag der Selbstverwalteten Betriebe bis heute nicht verschwunden ist. Folgende Schwerpunkte werden behandelt:

- sinnvolle Verteilung von Arbeit in Selbstverwalteten Betrieben
- Vermeidung von Spezialistentum (?)
- Verteilung und Übernahme von Verantwortung
- Gegen Streß und Selbstausbeutung usw.

Anmeldung:
Gabriele Herbert
c/o HJD
Offenthaler Str. 75
6057 Dietzenbach

Kooperation in der SV-Wirtschaft. Verbände, Netze, Institute. Wo sie (noch) existieren, stecken sie in der Krise, die vernetzenden Einrichtungen im SV-Sektor der BRD. Warum das so ist und was zu tun ist, damit der Verband der SV-Betriebe Hessen funktionsfähig wird, ist Thema dieser Seminarfolge. Die ff. Diskussionsschwerpunkte sind auf drei Abende verteilt:

1. Vernetzung und Verbandsstrukturen, internationaler Vergleich **(8.6., 19 Uhr)**
2. Zur Logik kollektiven Handelns (M. Olson) Theorie und Kritik **(22.6., 19 Uhr)**
3. Organisation des Hessenverbandes - Schlußfolgerungen und Erfahrungen **(13.7., 19 Uhr)**

Ort: Mainzer Landstr. 147, 4.Stck., Frankfurt/Main
Literatur: Daviter, Gessner, Höland: „SV-Wirtschaft", Bielefeld 1987, S. 25-63, M. Olson: „Zur Logik kollektiven Handelns", Tübingen 1968.
Anmeldung & Information:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung
Rundeturmstr. 16
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 7 69 28

Netzwerk Rhein-Main
Kooperativen in Italien
Selbstverwaltung in der BRD - ein Vergleich

Seminar des Netzwerk Rhein-Main vom 1.7. (19 Uhr) bis 3.7. (16 Uhr) im Jugendhof Bessunger Forst mit dem Institut für Selbstorganisation und dem CGIL-Bildungswerk
Anmeldung & Information:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung
Rundeturmstr. 16
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 7 69 28

Leben ohne Zwang und Herrschaft
Anarchisten und der Anarchismus

Themenschwerpunkte: Ziele der Anarchisten gestern und heute/Anarchismus und Ökologie/-Anarchismus und Gewalt/Anarchismus und Feminismus. Vom 4. bis 8. Juli 1988 im Gustav-Stresemann-Institut, Bad Bevensen. **Kosten** bei vier Übernachtungen in Doppelzimmern, Vollpension und Exkursion: 155 DM, ermäßigt: 125 DM
Anmeldung & Information:
Rolf Cantzen
Freienwalder Str. 21
1000 Berlin 65
Tel. (030) 493 11 56

Sozialistisches Büro Sommerschule 1988

Wie der Stein ins Rollen kam. '68- ein Jahr ist zum Mythos geworden. Von manchen verklärt, von anderen belächelt oder verdrängt, von denen, die auf der anderen Seite standen, bis heute mit Schrecken erinnert.

Die Geschichte der längst in die Jahre gekommenen „Neuen Linken" wird mit diesem Datum identifiziert. Was in den folgenden Jahren in der Bundesrepublik entstand, hatte mit '68zu tun: Seien es die längst entschlafenen maoistischen KPs, die RAF, die Spontis, die Alternativbewegung und das SB. Aber auch in den Institutionen kam unter dem Einfluß von '68so manches in Bewegung. Die Alltagskultur des Landes veränderte sich tiefgreifend.

Geht man all dem aber genauer nach, erweisen sich die Zusammenhänge als vielschichtig und widersprüchlich. Noch schwieriger wird es, sucht man den Bezug der Frauenbewegung, der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung und der Grünen zur Bewegung von '68.Gibt es da noch eine Kontinuität oder einen Bruch?

Zwanzig Jahre sind seit '68vergangen - Zeit der Rückbesinnung und der Spurensuche. Doch nicht nur mit Blick in die Gegenwart und in die Zukunft. Es geht auch um die Vorgeschichte der Studentenbewegung: Wie kam es eigentlich zu den Ereignissen des Jahres '68,die die Bundesrepublik so tiefgreifend veränderten? Es geht um die Jahre des Aufbruchs in die Revolte: die Zeit der Restauration und des Wirtschaftswundes mit ihrer erstickenden und lähmenden Atmosphäre.

Eine Sommerschule für die, die die damalige Zeit bewußt und vielleicht schon politisch aktiv miterlebten. Nicht weniger aber auch für die, die sich erst später politisierten und für die '68 zu einem schillernden Bezugspunkt wurde.
Termin: 16. bis 19.6.1988 in einem Tagungshaus in der Nähe von Marburg.
Anmeldung:
Sommerschule, c/o Sonja Tesch
Heilholtkamp 54
2000 Hamburg 60
Tel. (040) 51 58 69

"Möge der Pfingstochse munden..."

Erstmal: Für so gut wie alle Mittelmeerziele gibts für Mai/Juni jede Menge Sonderangebote ab vielen Flughäfen. Ein Anruf sollte sich also ziemlich lohnen.

Weiter weg isses ähnlich, z.B.:

NEW YORK ab/bis Ffm 4. + 11. + 18. Juni	**777,— DM**
MIAMI ab/bis Ffm 3. + 10. + 17. Juni	**999,— DM**
LOS ANGELES ab/bis Ffm 7. + 14. Juni	**1099,— DM**
BANGKOK ab/bis Ffm jeden Di im Juni/Juli	**1420,— DM**
SYDNEY mit Stops in **L.A., HONOLULU, NADI, AUCKLAND** jeden Sa bis Sept. ab/bis Ffm	**2699,— DM**

Jede Menge schöner Preise gibts im neuen Flug-Katalog. Wir freuen uns, wenn ihr'n haben wollt.

srid – reiseladen
Bockenheimer Landstraße 133. Tel. 069 - 70 30 35
Waldschmidstraße 11. Tel. 069 - 49 03 60
6000 Frankfurt 1

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 5 51 od. 10 31

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .

O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**

O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.